# Die Politische Meinung



**ZUM SCHWERPUNKT** Yana Prymachenko, Über russische und ukrainische Geschichtsnarrative; Martin Aust, Die Geschichte von Nationen in der Sowjetunion; Evgenia Lezina, Geheimdienste in Russland; Frank Priess, Imperiales Revival; Jeronim Perović, Tschetschenien als inneres Ausland; Katrin Boeckh, Kirchen und Politik in der Ukraine und in Russland im Vergleich

**INTERVIEW** Stefan Creuzberger über das "deutsch-russische Jahrhundert" und seine Folgen

**LEBENSWELTEN** Julia Gusenfeld, Russischsprachige Emigranten in Berlin damals und heute

**PORTRÄT** Christopher Beckmann, "Toleranz und Grundsatztreue". Bernhard Vogel zum 90. Geburtstag

9 €, Nr. 577, November/Dezember 2022, 67. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de



Performance gegen den damals noch drohenden Krieg gegen die Ukraine. Gänzlich ungeschützt tritt der Künstler Aljoscha am 22. Februar 2022 der 102 Meter hohen "Mutter-Heimat-Statue" gegenüber und verweist auf die Verletzlichkeit der Menschen im Angesicht anrollender Panzer.

Die Monumentalfigur über Kyjiv erinnert an den sowjetischen Sieg über Hitler-Deutschland, doch ist sie nicht mehr allein ein Denkmal für die Vergangenheit. Die russische Propaganda stellt den Überfall auf die Ukraine als Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs dar und verbrämt das Ziel der Invasion mit der "Entmilitarisierung und Entnazifizierung" des Landes.

© Aljoscha

#### **Editorial**

#### Bernd Löhmann, Chefredakteur

Vor 100 Jahren, am 30. Dezember 1922, wurde die Deklaration über die Gründung der "Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" – kurz Sowjetunion oder UdSSR (kyrillisch "CCCP") – verabschiedet. Dieser riesige Machtkomplex, der die Geschichte des 20. Jahrhunderts maßgeblich mitbestimmte, fiel 1991 wieder auseinander, ohne dass die daraus erwachsenen Entwicklungen und Verwerfungen bei den mit ihrer Wiedervereinigung beschäftigten Deutschen große Beachtung gefunden hätten.

Trotz aller Umbrüche – damals wahrlich eine Zeitwende – blieb der Blick nach Osten seltsam dem Status quo ante verhaftet. Noch heute fällt es den meisten schwer, die vierzehn längst unabhängigen Staaten auf der Weltkarte zu verorten, die einst nicht-russische Sowjetrepubliken waren. Bis zuletzt hielt es kaum jemand der Mühe wert, zwischen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern und "Russen" zu unterscheiden. Das nicht zu Unrecht als russisch wahrgenommene Sowjetimperium existierte auch in deutschen Köpfen fort – zulasten derer in den sowjetischen "Nachfolgestaaten", die aus dieser Nachfolge aussteigen wollen.

Vor allem die deutsche Außenpolitik ließ sich von überkommenen Denkmustern leiten, indem sie sich auf das Verhältnis mit Moskau fixierte und dabei in eine unkritische, teils sträfliche Nähe und Abhängigkeit zum jetzigen Machthaber geriet. Selbst nachdem Repressionen nach innen sowie KGB-Methoden und militärische Gewalt nach außen erneut ins Zentrum des Staatshandelns gerückt waren, kam die hiesige Grundauffassung, nach der nur *mit* Russland die Sicherheit und Stabilität in Europa zu gewährleisten sei, kaum ins Wanken. Mancher Experte und politisch Verantwortliche zeigt sich trotz allem weiterhin geneigt, russische Einflusssphären jenseits der Landesgrenzen zu akzeptieren.

Zu begründen, woraus Russland das Recht ableitet, seine Nachbarn zu dominieren oder gleich ganz zu vereinnahmen, erweist sich als rhetorisch aufwendiges Unterfangen. Unmittelbar vor dem Überfall auf die Ukraine versuchte sich Wladimir Putin in einem einstündigen Fernsehmonolog daran. Doch blieb es bei einem weitgehend unverständlichen "historiosophischen Gebräu" (Gerd Koenen) aus großrussischen Einheitsphantasien, postsowjetisch-imperialem Phantomschmerz und jeder Menge anti-westlichen Ressentiments.

Es ist höchste Zeit, die Zentralperspektive der Kremlherren zu diversifizieren und die Sichtweisen derer einzubeziehen, die unter großen Risiken und Opfern ihr Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen suchen. An den allzu großen Tisch Putins möchte schließlich niemand gern geladen sein.

Bund Library

#### **INHALT**

#### 1 EDITORIAL

#### **SCHWERPUNKT**

CCCP – der lange Schatten des sowjetischen Imperiums

#### 18 KRIEG DER ERINNERUNGEN

Yana Prymachenko Über russische und ukrainische Geschichtsnarrative

#### 25 VÖLKERFREUNDSCHAFT?

Martin Aust Die Geschichte von Nationen in der Sowietunion

#### 33 DIE ANGST REGIERT

Evgenia Lezina Geheimdienste in Russland

#### **44 IMPERIALES REVIVAL**

Frank Priess Russland und seine Nachbarn

#### 51 STAAT IM STAATE

Jeronim Perović
Tschetschenien als inneres Ausland

## 62 INTERVIEW: BESONDERE BEZIEHUNGEN

Der Historiker Stefan Creuzberger über das "deutsch-russische Jahrhundert" und seine Folgen

#### 68 JA UND AMEN?

Katrin Boeckh Kirchen und Politik in der Ukraine und in Russland im Vergleich

## 75 "UNSERE GEHEILIGTE MACHT"

Helmut Altrichter Stalin und die verstaatlichte Erinnerung im postsowjetischen Russland

#### 82 VERBOTENE ERINNERUNG?

Wolfgang Eichwede Die Menschenrechtsorganisation "Memorial" bleibt ein Botschafter der Aufklärung

#### 92 MARXISMUS-LENINISMUS

Stefan Donth

Die Ideologie der SED-Diktatur

#### 103 REFORM UND UNTERGANG

Hermann Wentker Michail Gorbatschow und die Sowjetunion

#### Im Fokus

#### 39 PUTINS SYSTEM

Stefan Goertz Russische Desinformationskampagnen in Deutschland und ihre Wirkung auf

in Deutschland und ihre Wirkung auf den deutschen Extremismus

#### 57 **NEBENSCHAUPLATZ?**

Katia Leikert

Russlands wachsender Einfluss in Afrika

## 87 ANGRIFF AUF DAS WELTERBE

Maria Böhmer Schutzmaßnahmen der UNESCO für Bildung, Kultur und Welterbe in der Ukraine

#### Lebenswelten

#### 98 "SOLANGE PUTIN LEBT"

Julia Gusenfeld Russischsprachige Emigranten in Berlin damals und heute

#### Gelesen

#### 109 GLAUBE UND ABERGLAUBE

Philip Rosin

Eine ambivalente Überblicksdarstellung zur Bedeutung von Religion im "Dritten Reich"

### 121 HERZFLIMMERN DER DEMOKRATIE?

Christine Bach

Parlamentarismus in Deutschland und Europa

#### Porträt

## 113 "TOLERANZ UND GRUNDSATZTREUE"

Christopher Beckmann Bernhard Vogel zum 90. Geburtstag

#### 126 AUS DER STIFTUNG



#### Best of Belarus

In der Sowjetunion trieb das Auszeichnungswesen skurrile Blüten. Massenhaft wurde der Titel "Held der sozialistischen Arbeit" verliehen. Im Laufe der Zeit überfluteten staatlich initiierte Ehrungen aller Art die in den sozialistischen Ländern lebenden Menschen. In der DDR beispielsweise gab es vor geschätzten 8.000 verschiedenen Orden, Medaillen und Preisen kaum ein Entrinnen.

Der polnische Fotograf und Künstler Rafał Milach porträtiert in seinem Werk "The Winners" Sieger staatlich geförderter Wettbewerbe in Belarus, denen es allerdings sichtlich an der Heldenpose mangelt. Die Aufnahmen überraschen umso mehr, als sich Rafał Milach von den jeweils zuständigen Kadern anleiten ließ, wen, wo und wie er fotografieren solle.

Für diese müden Helden ist die Sowjet-Ära noch nicht vorbei. Der belarussische Staat als Ehrender verschafft sich über Gunstbeweise weiterhin billig, aber inflationär Legitimation. Für die penetrant Geehrten kann eine solche Auszeichnung auch demütigend sein.

© Rafał Milach

# **CCCP**

## Der lange Schatten des sowjetischen Imperiums



Vasiliy, der beste Polizist in Minsk.



Anastasia, Gewinnerin eines Schönheitswettbewerbs der Belarussischen Republikanischen Jungen Union (BRSM).



Elena, die beste Melkerin im Bezirk Slutsk. Als das Foto aufgenommen wurde, lag ihr Rekord bei 1.160 Litern Milch im Monat.



Sasha, Gewinner des Wettbewerbs der Bruderschaft des russischen und belarussischen Volkes für den besten Schweißer.



Konferenzraum in der Zuckerfabrik Slutsk, die einen Wettbewerb für die beste ideologische Arbeit unter der Belegschaft gewonnen hat.



Marina, Gewinnerin der Wahl zur Miss Belarusian Railways des Bezirks Brest. Sie mag ihre Arbeit nicht.



Olga, Gewinnerin eines Wettbewerbs für die beste Mutter einer Mehrkindfamilie. Sie erzieht acht Kinder, davon einige adoptiert. In ihrem Keller hält sie zwei lebendige Pfauen.



Familie Sogchev, Gewinner des Wettbewerbs "Ländliche Behörden", organisiert von der Belarussischen Republikanischen Jungen Union (BRSM).



Arri, Gewinner eines Wettbewerbs für den besten Grenzschutzhund in der Kategorie "Aufspüren von Rauschgift".



Spitzenhund Arri, mehrfacher Sieger zahlreicher Schönheitswettbewerbe.



Natalia und Konan, Gewinner des Wettbewerbs um das verliebteste Paar der Belarussischen Republikanischen Jungen Union (BRSM).



Büro der Kolchose in Kreyvantsy. Dort war der Pflüger Valeriy mit dem Ehrentitel "Schockarbeiter" ausgezeichnet worden. Er verweigerte die Zusammenarbeit mit dem Fotografen – trotz strikter Anweisung seiner Vorgesetzten.

# Krieg der Erinnerungen

Über russische und ukrainische Geschichtsnarrative

#### YANA PRYMACHENKO

Geboren 1979 in Tschernihiw (Ukraine), Research Fellow, Institut für Geschichte der Ukraine, Nationale Akademie der Wissenschaften, Kyjiv. Es hat Symbolcharakter, dass der russische Angriff auf die Ukraine ausgerechnet im hundertsten Jahr nach Gründung der Sowjetunion erfolgte. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) war eine Wiederbelebung des Russischen Reiches, jedoch unter kommu-

nistischer Ideologie und mit totalitärem Anspruch. Die sowjetische Erinnerungskultur war ein Faktor, der das Imperium konsolidierte. Deshalb ist ihre Bewahrung für die Verwirklichung der imperialen Pläne Wladimir Putins von entscheidender Bedeutung. Da das Erbe der Kiewer Rus, die als Vorläufer der heutigen Staaten Russland, Ukraine und Belarus angesehen wird, ein Schlüsselelement des russischen und sowjetischen Erinnerungsrahmens war, bleibt die Ukraine Kernstück der imperialen Erinnerungskultur.

In den letzten drei Jahrzehnten veränderte sich dagegen die ukrainische Erinnerungskultur dramatisch – von nationaler Amnesie hin zu einer neuen postkolonialen Identität, die auf demokratischen Werten beruht. Einen wichtigen Platz in der ukrainischen Erinnerungskultur nimmt seit jeher der Lyriker und ukrainische Nationaldichter Taras Schewtschenko ein. Während der Feierlichkeiten zu seinem 200. Geburtstag im Jahr 2014 nutzten die Euromaidan-Aktivisten sein antikoloniales Vermächtnis als Manifest. Heute inspirieren seine Gedichte die Ukrainer in ihrem Kampf gegen Russland. Die breite Öffentlichkeit in der Ukraine ist sich dagegen immer noch nicht bewusst, wie tief das "sowjetische Gedächtnis" den russischen Krieg in der Ukraine beeinflusst.

#### MYTHOS DER "RUSSISCH-UKRAINISCHEN BRÜDERLICHKEIT"

Ein wesentlicher Aspekt stellt das Konzept der "Völkerfreundschaft" dar. Es bildete gewissermaßen einen Eckpfeiler der Gedächtnispolitik der Sowjetunion und sicherte die Existenz des russisch dominierten Sowjetimperiums für siebzig Jahre. Nach einer Frühphase, in der mit der Idee gleichberechtigter und partnerschaftlicher Beziehungen zwischen allen sowjetischen Völkern geliebäugelt wurde, änderte sich jedoch der politische Kurs: Seit den 1930er-Jahren wurde die Vorstellung der Missionierung und Führung durch das "große russische Volk" aufgegriffen, und in der Nachkriegszeit wurde sie dominierend.

Die "Völkerfreundschaft" wurde auf die gesamte Vorgeschichte der Sowjetunion projiziert. Sie sollte das "gemeinsame historische Schicksal" der sowjetischen Völker demonstrieren und ihre Vereinigung in einem Einheitsstaat rechtfertigen. Der zentrale Platz in der Geschichte der UdSSR gehörte Russland, während die Geschichte der nicht-russischen Völker an das gängige russische Narrativ "angehängt" wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die territoriale Ausdehnung des Reiches von den Russen als großer Segen erachtet. Zwar erkannte man formal noch den kolonialen Charakter der Zarenpolitik gegenüber den nationalen Randgebieten an, das neue Paradigma verurteilte jedoch die nationalen Befreiungsbewegungen der eroberten Völker gegen den Zarismus als reaktionär oder von ausländischen Mächten inspiriert. Da die Ukraine als "Juniorpartner" in der UdSSR eine Sonderstellung einnahm, ließ die sowjetische Geschichtsschreibung noch nicht einmal eine Erinnerung an die ukrainischen Aufstände gegen die russische Kolonialherrschaft zu.

Die Sowjetregierung veranstaltete 1954 eine Feier zum 300. Jahrestag der russisch-ukrainischen "Wiedervereinigung" – des Abschlusses des Vertrags von Perejaslaw. Nach dem damals neuen sowjetischen Narrativ kämpfte das ukrainische Volk im Befreiungskrieg von 1648 bis 1654 für die Befreiung vom "polnischen Joch" und für die Wiedervereinigung mit dem brüderlichen

19

russischen Volk im vereinigten russischen Staat. Seitdem ist der Mythos der ewigen russisch-ukrainischen Freundschaft und Brüderlichkeit Teil des sowjetischen kulturellen Gedächtnisses geworden. Das imperiale Narrativ richtete die gesamte ukrainische Geschichte auf ein einziges Ziel aus – die Vereinigung mit dem russischen "älteren Bruder". Diese Teleologie löschte jedes anders gerichtete historische Ereignis aus oder deutete um, was nicht in das Paradigma der "russisch-ukrainischen Brüderlichkeit" passte.

Alle Persönlichkeiten, die für die ukrainische Unabhängigkeit gekämpft hatten, wurden zu Verrätern erklärt, während historische Persönlichkeiten mit pro-russischer Haltung stets positiv dargestellt wurden, selbst wenn sie Untaten begangen hatten. Drei Persönlichkeiten der ukrainischen Geschichte wurden in der sowjetischen Erzählung zutiefst missachtet und dämonisiert: Iwan Mazepa, Simon Petlura und Stepan Bandera. Die Hauptsünde dieser "Dreifaltigkeit" war ihr Versuch, die Ukraine in unterschiedlichen historischen Phasen von Russland zu trennen. Das reichte aus, um sie zu Außenseitern zu deklarieren. So wurde das Konzept der "Völkerfreundschaft" zu einem Ersatz für das "geeinte und unteilbare" Russland.

## UKRAINISCHE ANTIHELDEN IM RUSSISCHEN NARRATIV

In der sowjetischen Erinnerungskultur nahm Bandera, der als nationalistischer ukrainischer Politiker und Partisanenführer in den 1930er-Jahren und im Zweiten Weltkrieg hervorgetreten war und mit der deutschen Wehrmacht kollaborierte, einen herausragenden Platz ein. Seine umstrittene Biographie ließ ihn zu einem hervorragenden Prototyp für das abstoßende Bild des rücksichtslosen Schlägers werden, das er auch seinen Anhängern vermittelte, die "Banderisten" genannt wurden. Für das Komitee für Staatssicherheit (Komitet gossudarstwennoi besopasnosti SSSR, KGB) war Bandera ein nützliches Instrument, um die Idee der ukrainischen Unabhängigkeit zu diskreditieren. Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion war Bandera im Ausland besser bekannt als in der Ukraine; dort war sein Name tabu. Die sowietischen Behörden vermieden es, den Begriff "Banderist" innerhalb des Landes zu verwenden. So wurde er speziell für die ukrainische Diaspora geprägt. In der UdSSR hingegen wurde jeder Ukrainer, der sich gegen das Regime stellte, als "ukrainischer bürgerlicher Nationalist" (kurz "UBN") bezeichnet. Unabhängig von der tatsächlichen politischen Überzeugung konnte jemand zum "UBN" erklärt werden, wenn seine Aktivitäten die "russisch-ukrainische Brüderlichkeit" bedrohen konnten.

Seit 2005 hat Russland das alte sowjetische Narrativ wiederbelebt, dem zufolge alle Anhänger einer pro-europäischen Entscheidung in der Ukraine als "Banderisten" bezeichnet werden. Der Mythos, die Pro-Europäer in der Ukraine seien "Faschisten", wurde zu einem Eckpfeiler von Putins Erinnerungspolitik. Laut der ukrainischen Linguistin Larysa Masenko ist das Wort "Banderist" eine direkte Entlehnung aus dem totalitären sowjetischen Neusprech und ein verbaler Ausdruck des größten Hasses auf die Idee der ukrainischen Unabhängigkeit.

#### "DIE UKRAINE IST NICHT RUSSLAND"

Im Jahr 2003 veröffentlichte Leonid Kutschma, der zweite Präsident der Ukraine, ein Buch mit dem damals provokanten Titel *Die Ukraine ist nicht Russland*. Die von Kutschma vorgeschlagene Gegenthese sollte den Unterschied zwischen den beiden Ländern erklären, der für die meisten Außenstehenden bisher kaum ersichtlich war. Aufgrund der anhaltenden Russifizierungspolitik sprechen viele Ukrainer weiterhin Russisch, während der Mythos der "russisch-ukrainischen Brüderlichkeit" in beiden Ländern populär blieb.

Kutschma sah die Probleme, die eine Abspaltung der Ukraine von Russland mit sich bringen würde, voraus. Er kam zu dem Schluss, dass die meisten Russen die Ukraine "historisch gesehen als einen untrennbaren Teil Russlands erachten, der nur durch ein seltsames Missverständnis abgetreten wurde". Gleichzeitig würden die Ukrainer als nette Dorfbewohner betrachtet, die sich von einigen "Banderisten" verwirren ließen. Er war der Meinung, dass alle Missverständnisse mit Russland auf einen "Mangel an Wissen und nicht auf eine übermäßige Arroganz" des ehemaligen Kolonialherrn zurückzuführen seien.

Die Präsentation von Kutschmas Buch in Moskau fiel in eine Zeit, in der Russland Gebietsansprüche gegenüber der Ukraine stellte. Im September 2003 brachte der Konflikt um die Halbinsel Tusla die russisch-ukrainischen Beziehungen an den Rand eines kriegerischen Konflikts. Zum ersten Mal in der neueren Geschichte bedrohte Russland offen die Integrität der Ukraine. Es zeigte sich, dass ein Großteil der russischen Bevölkerung das ehemalige Imperium weiterhin mit Russland verwechselte, obwohl sich die Sowjetunion aufgelöst hatte.

Spätestens mit Beginn der Orangenen Revolution 2004 wurde deutlich, dass die Ukraine nicht zu Russland gehört. Die russische Gesellschaft nahm deren pro-europäische Entscheidung negativ auf und erachtete sie als Verrat des "ehemaligen kleinen Bruders" – ein Gefühl, das teils tiefe Verbitterung hervorrief. Die Orangene Revolution führte zu einem Wandel in der ukrainischen Erinnerungspolitik und beendete die Koexistenz sowjetischer und ukrainischer Diaspora-Narrative. Der dritte ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko wählte den Holodomor ("Tötung durch Hunger") in der Stalin-Zeit und die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und

deren militärischen Arm, die Ukrainische Aufständische Armee (UPA), zum Hauptthema seiner Geschichtspolitik. Juschtschenko setzte sich für die Ehrung von Mitgliedern der OUN und der UPA ein, was international auf Kritik stieß, da diese während des Zweiten Weltkriegs mit dem nationalsozialistischen Deutschland kollaboriert hatten und an Kriegsverbrechen beteiligt waren.

Seit 2008 versuchte Juschtschenko, die Inhalte der Prager Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus vom 3. Juni 2008 umzusetzen, die sowohl die Verbrechen der Nazis als auch die des Kommunismus verurteilten, während Russland jeden Versuch ablehnte, die sowjetische Geschichte zu revidieren. Die ukrainische Entscheidung, mit dem sowjetischen Erbe zu brechen, erzürnte sogar das russische Regime und führte zu den russisch-ukrainischen "Erinnerungskriegen". Seitdem stehen sich das russische neoimperiale und das ukrainische postkoloniale Narrativ gegenüber.

#### BRUCH MIT DER POLITIK DER IDENTITÄTEN

Die sowjetisch-imperiale Erinnerungskultur teilte die Ukrainer gemessen an ihrer Loyalität zum Imperium in "unsere Guten" und "die anderen Bösen" ein. Juschtschenko versuchte, diese Dichotomie zu überwinden, was ihm teilweise auch gelang. Dank seiner Politik bildete der Holodomor einen integralen Bestandteil der ukrainischen Erinnerungskultur, während Juschtschenkos Versuch, Veteranen des "Großen Vaterländischen Krieges" und UPA-Soldaten miteinander zu versöhnen, erfolglos blieb. Die posthume Verleihung des Titels "Held der Ukraine" an Stepan Bandera polarisierte die ukrainische Gesellschaft, die eine widersprüchliche Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg bewahrte. Denn die Beurteilung Banderas ist in der Ukraine umstritten. Während er im Osten des Landes ebenso wie in Russland, Polen, aber auch in Israel überwiegend als Kollaborateur mit den Nationalsozialisten und als Kriegsverbrecher angesehen wird, verehren ihn im Westen der Ukraine viele als Nationalhelden.

Nach kurzer Rückkehr zum sowjetisch-imperialen Paradigma während der Präsidentschaft von Wiktor Janukowitsch markierte der Euromaidan – die "Revolution der Würde" – den Punkt, an dem es in der ukrainischen Erinnerungspolitik kein Zurück mehr gab. Der russische Historiker Ilya Gerasimov definiert den Euromaidan als die erste postkoloniale Revolution, die die Logik fester Identitäten – bürgerlich versus ethnisch oder politisch versus kulturell – überwunden hat. Obwohl die multinationalen Aktivisten des Euromaidan ihre "Ukrainität" betonten und die wichtigsten Symbole der ukrainischen kulturellen Identität verwendeten, brachen sie mit der Politik der Identitäten. Das Ergebnis: Während Putin und Russland weiterhin über Sicherheit und Identitäten nachdenken, denken die Ukrainer über Modernisierung und Werte nach.

Gerasimov weist darauf hin, dass potenziell einsatzbereite historische Präzedenzfälle und Symbole einen neuen Sinn erhalten haben. Die Ukrainer nutzen die politische Symbolik sowie den historischen Mythos der OUN-UPA und ignorieren dabei den identitätsbezogenen komplexen Nationalismus, der mit dem Erbe Stepan Banderas verbunden ist. Als die russische Propaganda versuchte, die Ukrainer als "Banderisten" darzustellen, reagierten sie kreativ mit der Erfindung des Memes "zhidobanderobets": Dieser Begriff basiert auf einem Oxymoron, das die zwei Worte "Jude" und "Banderist" vereint und das impliziert, dass auch Juden Anhänger der Ideen von Bandera sein können. Mit "Banderist" wird jedoch jeder ukrainische Bürger bezeichnet, der eine pro-europäische Entscheidung unterstützt. Auf diese Weise stichelten die Euromaidan-Aktivisten gegen die russischen Propagandisten und zeigten. dass das Prinzip "divide et impera" nicht mehr funktioniert. Ukrainische Juden entwickelten dieses Meme zu einer sozialen Identität, auf die viele stolz waren. Seit Putin den Krieg in vollem Ausmaß entfesselte, haben Ukrainer damit begonnen, Russen in den sozialen Medien zu "trollen" und gefälschte Geschichten zu verbreiten, so etwa, dass Bandera persönlich eine der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte anführt.

2014 fand die ukrainische postkoloniale Logik ihre Verkörperung in dem Slogan *Edinaya Strana*, *Iedyna Kraïna*, was etwa "Geeintes Land" bedeutet – einmal in russischer und einmal in ukrainischer Sprache. Dies war die weltanschauliche Antwort der Ukrainer auf die Krim-Annexion und den Krieg im Donbass, der von der russischen Propaganda als "Schutz" der russischsprachigen Bevölkerung dargestellt wurde.

## DEKONSTRUKTION DES IMPERIALEN NARRATIVS

Dieser Slogan stand im Gegensatz zu Putins Narrativ von "einem Volk", das auf einer "gemeinsamen" kulturellen Identität beruht, in der die russische Sprache und der Mythos der russisch-ukrainischen Brüderlichkeit eine zentrale Rolle spielen. Bis zum Ausbruch des russischen Krieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 war die Sprache kaum ein Thema. Jetzt gewinnt sie jedoch an Bedeutung, weil die ukrainische Sprache zu einer Art "Freund-Feind"-Markierung geworden ist, die für das Überleben des Krieges wichtig erscheint.

In Putins Artikel "Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern", veröffentlicht am 12. Juli 2021 auf der Website der russischen Regierung, bediente er sich des sowjetischen Narrativs vom "Brudervolk" und der Wiedervereinigung, während die Ukrainer die imperiale Logik nicht mehr akzeptieren. Putin betrachtet Leonid Kutschmas Formel "Die Ukraine ist nicht Russland" als Bedrohung für das russische imperiale Narrativ, das weiterhin das sowjetische Imperium mit Russland verwechselt. Die ukrainische

Entscheidung für Europa wird als ein von Russlands Rivalen inspiriertes Komplott betrachtet, während die unabhängige Ukraine als "antirussisches" Projekt wahrgenommen wird.

Nach der schweren Niederlage der russischen Truppen in der Nähe von Kyjiv veröffentlichte die Nachrichtenagentur *RIA Novosti* am 3. April 2022 einen Artikel des russischen Politologen Timofey Sergeytsev mit dem Titel "Was Russland mit der Ukraine tun sollte", in dem vorgeschlagen wurde, "das ukrainische Problem durch Völkermord zu lösen". Die russischen Verbrechen lassen keinen Zweifel an der Dimension dieses Krieges als Völkermord. In seinem Interview am 3. April 2022 mit der Wochenzeitung *Die Zeit* zum Massaker von Butscha meinte der amerikanische Politologe Eugene Finkel, dass man im Falle der Ukraine von einem Völkermord an der ukrainischen Idee und Staatlichkeit sprechen könne.

Die Komponente des historischen Gedächtnisses ist für das Verständnis des Krieges entscheidend. Deshalb ist das Erste, was die russischen Truppen in den besetzten ukrainischen Gebieten tun, die Verbrennung der ukrainischen Geschichtsbücher. Dies erklärt Putins "irrationale" Hartnäckigkeit, die "russischen militärischen Ziele" in der Ukraine um jeden Preis zu erreichen. Seit 2014 ist die ukrainische postkoloniale Erinnerungskultur zu einer Bedrohung für das russische Erinnerungsimperium geworden und hat dessen weitere Dekonstruktion bewirkt. Das neoimperiale russische Narrativ ist gescheitert. Putin konnte die Idee eines freien, demokratischen ukrainischen Staates nicht auslöschen; also beschloss er, die Anhänger dieser Idee auszulöschen.

## Völkerfreundschaft?

Die Geschichte von Nationen in der Sowjetunion

#### **MARTIN AUST**

Geboren 1971 in Hannover, Professor für Geschichte und Kultur Osteuropas, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Die Verbreitung der Idee der Nation stellte das Russländische Imperium im 19. Jahrhundert vor die Frage, wie mit dieser neuen Vorstellung von Gruppenzugehörigkeit und ihrem Anspruch auf politische Partizipation umzugehen sei. Die

Zaren und Eliten des Reiches fanden darauf unterschiedliche Antworten. Nikolaus I. (Regierungszeit 1825–1855) betonte in seiner Herrschaft die Loyalität zur Dynastie als politisches Prinzip des Imperiums und versuchte, nationale Bewegungen im Zarenreich einzudämmen. Alexander II. (Regierungszeit 1855–1881) ließ in seiner Krönungszeremonie die Vielfalt des Reiches mit seinen zahlreichen Ethnien, Kulturen und Sprachen als Ausdruck der Größe

dieses Reiches inszenieren. Doch daraus entwickelte sich kein stringentes politisches Programm. Ganz im Gegenteil bekamen gerade Nationen wie die Ukrainer mit dem Publikationsverbot ukrainischer Sprache die repressive Seite des Imperiums zu spüren.

Alexander III. (Regierungszeit 1881–1894) ließ eine Politik fördern, die den Anschein erweckte, die russische Nation könne die Rolle des Trägers des Imperiums ausfüllen. Sichtbaren Ausdruck fand diese Politik im Bau prächtiger orthodoxer Kirchen in nicht-russischen Städten des Reiches. Der Generalstab der Armee – die allgemeine Wehrpflicht war 1874 eingeführt worden – begann zu dieser Zeit, die Ethnien des Zarenreiches nach unterstellten Loyalitätsgraden zu kategorisieren. Ostslawen, vor allem Russen, genossen den Ruf absoluter Loyalität, Juden und Muslime hingegen sahen sich stigmatisierenden Vorwürfen von potenzieller Illoyalität ausgesetzt. Unabhängig von Symbolpolitik und Loyalitätsdiskursen im Generalstab blieb das Zarenreich jedoch bis in den Ersten Weltkrieg hinein ein Vielvölkerstaat, der sein Funktionieren der Arbeit einer multiethnischen, in erster Linie der Dynastie und dem Reich verpflichteten Elite in Militär, Bürokratie und Ökonomie verdankte. Gleichwohl stellte sich die Frage, welchen Platz unterschiedliche Nationsbildungen im Reich einnehmen könnten.

#### HOFFNUNG AUF AUTONOMIERECHTE

Diese Frage überdauerte das Ende des Zarenreiches 1917. Nachdem Nikolaus II. in der Februarrevolution 1917 abgedankt hatte, erhofften sich viele Nationalitäten Autonomierechte in einem neuen, föderalen Russland. Die von Liberalen getragene Provisorische Regierung in Petrograd wollte solche Fragen jedoch einer erst noch einzuberufenden Konstituierenden Versammlung überlassen. So entfremdete sie die nationalen Bewegungen der Revolution, so auch die der Ukrainer, und leitete eine Entwicklung ein, in der sich die revolutionäre Bewegung in der Ukraine nicht nur zu einer sozialen, sondern auch zu einer nationalen, zu einer Emanzipation von Russland formte.

So gerieten die nationalen Fragen, die die Revolution vom Zarenreich geerbt hatte, 1918 bis 1921 zu einem Faktor im Bürgerkrieg zwischen den Roten, den Bolschewiki, und den Weißen, die von einer Wiederherstellung des Imperiums träumten. In ihren überschießenden weltrevolutionären Erwartungen waren einige Bolschewiki zunächst der Ansicht, dass Nationen ebenso wie der Kapitalismus alsbald der Vergangenheit der bourgeoisen Welt angehören würden und die Zukunft allein der globalen Herrschaft des Proletariats gelte. Der Bürgerkrieg und der polnisch-ukrainisch-sowjetrussische Krieg 1920 erwiesen sich jedoch als prompte Lehrmeister, die den Bolschewiki die Bedeutung nationaler Fragen vor Augen führten. Als polnische und

ukrainische Truppen 1920 Kyjiw einnahmen, überwanden einige ehemalige russische Offiziere der zaristischen Armee die Hürde ideologischer Abgrenzung zu den Bolschewiki und entschlossen sich zum Kampf um Kyjiw für die Roten, da sie glaubten, allein die Bolschewiki könnten Kyjiw als eine russische Stadt erhalten und verhindern, dass sie zur Kapitale ukrainischer Staatlichkeit würde.

#### "MARXISMUS UND NATIONALE FRAGE"

Vor diesem Hintergrund entbrannte unter den Bolschewiki eine fundamentale Diskussion über den Umgang mit nationalen Fragen. Die hochfliegenden Erwartungen einer Überwindung nationaler Fragen im Zuge einer Weltrevolution unterlagen dabei einer Nationalitätenpolitik, die wesentlich von Wladimir Iljitsch Lenin konzipiert war und die Nationen als Instrumente revolutionärer Politik und des Aufbaus des Sozialismus zu nutzen gedachte.

Diese Argumentation ging davon aus, dass kolonialisierte Gesellschaften in der Welt und die bis zum Weltkriegsende von Imperien beherrschten Nationen im östlichen Europa auf ihrem Weg vom Feudalismus zum Sozialismus die Phase der kapitalistischen Welt und ihres Überbaus der Nation nicht gänzlich überspringen könnten. Insofern – so die Argumentation Lenins – gelte es, die Nation als eine Teilstrecke auf dem Weg zum Sozialismus zu begreifen. Dabei könne die Nation eine dem Sozialismus dienende Rolle spielen, indem sie den Menschen den Marxismus in ihrer Muttersprache nahebringe.

Die Formel von der nationalen Form und ihrem sozialistischen Inhalt leitete nun die Nationalitätenpolitik in der 1922 gegründeten Sowietunion an. Als Volkskommissar für Nationalitätenfragen brachte Josef Stalin dabei sein Nationsverständnis ein, das er 1913 in Auseinandersetzung mit dem Austromarxismus in seiner Schrift Marxismus und nationale Frage formuliert hatte. Demzufolge verfüge jede Nation über eine eigene Geschichte, eine eigene Sprache, ein eigenes Territorium, eine nationale Ökonomie und schließlich geteilte psychisch-geistige Wesensmerkmale. Mit dieser ausgesprochen kruden Formel von Nation begann eine Territorialisierung von Verwaltungseinheiten in der UdSSR entlang nationaler Linien. Mehrfachidentitäten der Menschen und aus Migrationsprozessen resultierende Multiethnizität in unterschiedlichen Regionen fielen durch das Raster dieser schablonenhaften Auffassung. Auf der gesamtstaatlichen Ebene setzte sich die UdSSR aus Sowjetrepubliken wie denjenigen von Russland, der Ukraine, Weißrussland (heute Belarus) und anderen im Kaukasus und Zentralasien zusammen, deren Zugehörigkeit, Grenzen und Bezeichnungen sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs mehrmals änderten. Das Grundprinzip, die Sowjetrepubliken als nationale Projekte zu begreifen, durchzieht die gesamte sowjetische Geschichte, bis 1991 die fünfzehn Unionsrepubliken Russland, Ukraine, Belarus, Estland, Lettland, Litauen, Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan, Kirgisistan und Turkmenistan als Nachfolgestaaten der Sowjetunion hervorgingen.

Die Nationalitätenpolitik der 1920er-Jahre begriff die Einteilung in Unionsrepubliken vor allem als Förderung sogenannter kleiner Nationen, die – wie Lenin es bezeichnete – im Zarenreich unter dem russischen Chauvinismus zu leiden hatten. Lenin sah das Zarenreich als einen Völkerkerker, in dem die russische Nation die Rolle des Gefängniswärters gespielt habe – eine Einschätzung, die ein Körnchen Wahrheit enthält, an der Komplexität des Zarenreiches jedoch vorbeigeht. Die Unionsrepubliken sollten nun eigene wissenschaftliche und künstlerische Institutionen erhalten, um das Defizit ihrer Nationsbildung, das das Zarenreich ihnen aufgebürdet hatte, wettmachen zu können. So entstanden in den Unionsrepubliken nationale Akademien der Wissenschaft und nationale Musik-, Kunst- und Literatureinrichtungen. Zugleich förderten die Bolschewiki den Schulunterricht in nationalen Sprachen und die Entstehung nationaler Kader in den Unionsuntergliederungen der Kommunistischen Partei. Die Suche nach eindeutiger nationaler Zugehörigkeit führte innerhalb der Unionsrepubliken zur Einteilung autonomer Gebiete und Kreise, in denen nach Lesart der Bolschewiki Menschen die Mehrheit bildeten, die nicht zur Titularnation der Unionsrepublik gehörten. Es ist auch heute immer wieder zu hören, das imperiale Zentrum habe Nationalitätenkonflikte auf diese Art und Weise stillgelegt. Die umgekehrte Lesart hat jedoch gleichfalls eine starke Berechtigung. Indem sich die Territorialisierung von Verwaltungseinheiten an ethnischen Kriterien orientierte und das Zentrum und seine ethnografischen Experten dabei eine Rolle spielten, erhielt und schuf das Imperium die Grundlagen für Nationalitätenkonflikte, die wie etwa derjenige zwischen Armenien und Aserbaidschan bis heute bestehen.

## NEUER KURS DURCH STALINS KOLLEKTIVIERUNGSKAMPAGNE

Die offizielle Lesart der 1920er-Jahre bestand jedoch in einer international-marxistischen Auffassung der Multiethnizität. Das idealistische Selbstbild der UdSSR war das einer großen Kommunalwohnung, in der jede Nation ihr eigenes Zimmer bewohnte. Diese doppelte Zugehörigkeit schlug sich in der Ausgabe von Pässen nieder, die neben der alle verbindenden sowjetischen Staatsbürgerschaft den Eintrag einer nationalen Zugehörigkeit enthielt, zu der außer den national begriffenen Unionsrepubliken auch die jüdische Nationalität gehörte. In ihrer freundschaftlichen Verbundenheit sollten die Nationen der Sowjetunion allen noch kolonialisierten Bevölkerungen in der Welt ein Beispiel für den Kampf gegen Imperialismus und Rassismus sein.

Die Grenzen dieser Nationalitätenpolitik traten jedoch schon bald deutlich zutage, als Stalin als unumstrittener Alleinherrscher ab 1928 in seiner Industrialisierungs- und Kollektivierungskampagne der UdSSR einen neuen Kurs vorgab. Die Sowietunion hatte zu diesem Zeitpunkt das Wirtschaftsniveau des Zarenreiches vor dem Ersten Weltkrieg erreicht und war weit von den Vorstellungen entfernt, die sich die Bolschewiki von einer industrialisierten und urbanisierten sozialistischen Gesellschaft machten. Die Ernährung des Landes hing nach wie vor stark von einer Landwirtschaft ab, in der Bauern individuell ihre Felder bestellten und damit ganz wesentlich zur Ernährung des Landes beitrugen. Damit sollte nun Schluss sein. In einem überehrgeizigen Fünfjahresplan gedachte Stalin, das Land in die industrielle Moderne zu katapultieren. Urbanisierung und Industrialisierung sollten rasant steigen. Nomaden in Zentralasien und Bauern in den westlichen, zentralen und südlichen Regionen der Sowjetunion sollten ihre individuelle Wirtschaftsweise aufgeben, ihr Land in Kollektivwirtschaften, die Kolchosen, einbringen und festgesetzte Mengen an Getreide zur Versorgung der Städte und für den Export auf die Weltmärkte abliefern. Damit sollten die nötigen Devisen für die Investitionen in die Industrialisierung gewonnen werden.

## BOLSCHEWISTISCHE FEINDBILDER UND DER GROSSE TERROR

Dieser Plan war in seiner monströsen Ambition von Anbeginn zum Scheitern verurteilt. Da das Eingeständnis eigener Fehler in Stalins Selbstentwurf jedoch nicht vorgesehen war, objektive Fehler im vermeintlich streng wissenschaftlichen Weltbild der Bolschewiki gleichfalls ausgeschlossen waren, mussten die Ursachen für das Scheitern woanders liegen. Schuldige mussten gesucht und gefunden werden. Schon seit der Revolution von 1917 gehörte das Bild von Saboteuren zum Arsenal bolschewistischer Feindbilder. Nun wurde es um nationale Feinde des bolschewistischen Projektes erweitert. So gerieten vor allem Nationen in den Randgebieten der UdSSR in den nach Verschwörern Ausschau haltenden Blick Stalins und des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (Narodny Kommissariat Wnutrennich Del, NKWD), des sowjetischen Geheimdienstes.

Den Misserfolg der Kollektivierungskampagne in der Sowjetukraine lastete Stalin nun der ukrainischen Nation an. Säuberungen ukrainischer Parteikader setzten ein. Nach unterschiedlichen Berechnungen starben im Holodomor (ukrainisch: "Tötung durch Hunger") bis 1933 in der Sowjetukraine bis zu fünf Millionen Menschen einen qualvollen Tod unter den Maßnahmen, mit denen Stalin den Widerstand der Bauern gegen die Kollektivierung brechen wollte. In der Ukraine gilt der Holodomor heute als Genozid. Die Geschichtswissenschaft ist sich uneins, ob der Tatbestand des Genozids aus

der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1948 auf Stalins Massenverbrechen in der Sowjetukraine in den frühen 1930er-Jahren zurückprojiziert werden kann. Zu Beginn der Kollektivierung richtete sich der Terror gegen Bauern, gegen eine soziale Gruppe, nicht eine nationale oder ethnische Gruppe. Erst im Laufe der Kollektivierungskampagne kam der nationale Faktor in der Politik Stalins hinzu. Im weiteren Verlauf des großen Terrors in den 1930er-Jahren gerieten weitere Ethnien in den Fokus der Massengewalt. In sogenannten nationalen Aktionen richtete sich die Massengewalt des NKWD beispielsweise auch gegen Polen in der Sowjetunion.

#### PROPAGANDA DES ANTIIMPERIALISMUS

Stalin setzte in den 1930er-Jahren in die Tat um, wovon schon russische Nationalisten im Zarenreich geträumt hatten: Er wies russischen Kadern die führende Rolle in der Administration des Gesamtstaates zu und setzte sie auch zunehmend in führenden Positionen in den Unionsrepubliken ein. Die Russen erhielten eine Führungsrolle in der Sowjetunion und galten Stalin als Garant des Zusammenhalts der UdSSR.

In der Selbstdarstellung nach innen und außen, in der sowjetischen Propaganda blieb das Motiv der Völkerfreundschaft jedoch erhalten. Die Sowjetunion versuchte, sich international in Szene zu setzen als ein Vielvölkerstaat, dessen Völkerfreundschaft sich positiv abhebe vom Rassismus in den USA und den Kolonialreichen der Briten und Franzosen. Der Geschichtswissenschaft erscheint die Sowjetunion im Rückblick als Imperium. Die Bolschewiki selbst begriffen die Sowjetunion als antiimperialistisches Projekt und versuchten, daraus in Beziehungen zu Staaten und revolutionären Bewegungen in Südamerika, Afrika und Asien Kapital zu schlagen.

Die Verteidigung gegen den deutschen Vernichtungskrieg, der mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann, führte dazu, den Grundsatz der Völkerfreundschaft in der Sowjetunion mit neuem Leben zu erfüllen. Die deutsche Besatzung erfasste die Unionsrepubliken Weißrussland und Ukraine in ihrem vollen Umfang und partiell die russische Teilrepublik. In der Roten Armee kämpften alle Nationen der Sowjetunion gemeinsam für die Befreiung und gegen den menschenverachtenden Vernichtungskrieg der Deutschen, in dem die Vernichtung der Juden und der Sowjetmenschen zeitgleich abliefen und sich wechselseitig radikalisierten. Jedoch knüpfte Stalin nach der Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 nahtlos an seiner Politik aus der Vorkriegszeit an. In seinem Siegestoast im Moskauer Kreml lobte er die Verteidigungsleistung des gesamten sowjetischen Volkes, hob dann jedoch die Rolle der Russen explizit hervor. Damit war der Ton für die folgenden Jahrzehnte der sowjetischen Geschichte gesetzt. Es blieb dabei, dass die Sowjetunion sich als Staat der Völkerfreundschaft und internationalen revolutionären

Genossenschaft begriff. De facto blieb die Geltung von Nationen in der Sowjetunion jedoch in den Unionsrepubliken auf eng gesteckte Rahmen von elementarer Sprachausbildung, Kultur und Folklore begrenzt. Die Lingua franca der Sowjetunion blieb Russisch, und Russen besetzten auch in den Unionsrepubliken führende Positionen. Sie galten der Parteiführung in Moskau als Garant des Zusammenhalts der UdSSR.

Erst als Michail Gorbatschow mit seiner Perestroika auf den Widerstand von Hardlinern in der Kommunistischen Partei stieß, versuchte er, die Rolle von Unionsrepubliken aufzuwerten, um neue Bündnispartner für den Umbau der Sowjetunion zu gewinnen. Daraus resultierte der Entwurf eines neuen Unionsvertrags, dem 1991 Russland, Ukraine, Belarus, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan zustimmten. Die anberaumte Vertragsunterzeichnung wollten die Putschisten vom 19. August 1991 verhindern, um die herkömmliche Sowjetunion und vor allem das Gewicht der KPdSU zu erhalten. Mit dem Putsch scheiterte auch die Sowjetunion. Russland, Ukraine und Belarus kamen überein, die Sowjetunion aufzulösen. Am 25. Dezember 1991 hielt Gorbatschow im Fernsehen seine Abtrittsrede, über dem Kreml wurde die Sowjetfahne eingeholt und die russische Trikolore gehisst. An die Stelle der Sowjetunion traten fünfzehn souveräne Nachfolgestaaten.

#### RUSSISCHER NEOIMPERIALISMUS

Die fünfzehn Nachfolgestaaten verhielten sich unterschiedlich zum Erbe der Sowjetunion. Estland, Lettland und Litauen begreifen ihre Souveränität als Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit, die sie nach der sowjetischen Annexion im Gefolge des Hitler-Stalin-Pakts 1939 verloren hatten. In Belarus hat Aljaksandr Lukaschenka lange Zeit damit politischen Erfolg gehabt, im Inneren das sowjetische Wirtschaftsmodell zu konservieren und dem Land die Erschwernisse einer ökonomischen Transformation zu ersparen. Die Proteste gegen die gestohlene Präsidentschaftswahl von 2020 haben jedoch verdeutlicht, dass ein Großteil der Menschen in Belarus nicht gewillt ist, die persönliche Diktatur von Lukaschenka hinzunehmen, der mittlerweile vollkommen von Wladimir Putin abhängig ist.

Die Ukraine hat sich anfangs angesichts ihrer facettenreiche Geschichte in Polen-Litauen, dem Habsburgerreich, dem Zarenreich und der Sowjetunion als Brücke zwischen Ost und West verstanden. Die mit der ukrainischen Präsidentschaftswahl 2004 beginnenden Versuche der Einflussnahme Putins in der Ukraine, die er 2022 zu einem genozidalen Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine ausgeweitet hat, haben jedoch die Anhängerschaft eines Westkurses in der ukrainischen Gesellschaft enorm anwachsen lassen.

**SCHWERPUNKT** 

Auch die Ukraine begreift die eigene Nationsbildung mittlerweile uneingeschränkt als Abkehr von der sowjetischen Vergangenheit.

In Russland hat es lange Zeit unterschiedliche Einschätzungen des sowjetischen Erbes gegeben. Sowjetnostalgie und die Erleichterung über die Befreiung von der Bürde des Imperiums waren gleichermaßen zu beobachten. Putin hat 2005 den Untergang der Sowjetunion als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Wie sein Krieg gegen die Ukraine und seine damit verbundenen Äußerungen im Februar 2022 gezeigt haben, geht es ihm jedoch nicht um die Wiederherstellung der Sowjetunion. Gegen Lenin und Stalin erhebt Putin den Vorwurf, die Russifizierung und Zentralisierung der Sowjetunion verfehlt zu haben. Putin denkt in den Kategorien eines russifizierten Imperiums. Seine Zukunftsvorstellung führt in die Vergangenheit, in die Ideenwelt des russischen Nationalismus aus dem 19. Jahrhundert, der davon träumte, die Russen allein könnten ein großes Imperium beherrschen.

Das Scheitern dieses Neoimperialismus ist absehbar. Die Ukraine verteidigt sich seit acht Monaten standhaft gegen Russlands Krieg. Die Menschen in Belarus haben ihren eindrucksvollen Protest von 2020 nicht vergessen. Russland konnte 2021/22 Armenien nicht gegen Aserbaidschans Aggressionen schützen. Russland musste zusehen, wie die Türkei Aserbaidschan im Krieg gegen Armenien unterstützte. Georgien hat sich Richtung Westen orientiert. Kasachstan bietet Russen, die vor der Mobilmachung in ihrem Land geflohen sind, Zuflucht. Die Völkerfreundschaft, die die Sowjetunion propagierte, konnte auch für Menschen außerhalb der Sowjetunion ideologisch im Rahmen der Kommunistischen Internationale verlockend sein. Der russische Großmachtnationalismus, die Beschwörung der historischen Größe des russischen Staates, die Putin nun in den Mittelpunkt gerückt hat, sind für niemanden außerhalb Russlands von Interesse. Und selbst im Inneren Russlands vermag das Projekt keine weitreichenden Begeisterungsstürme zu entfachen. Es verleitet jedoch genügend Menschen in Russland dazu, den genozidalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine einstweilen fortzusetzen.

#### Literatur

Aust, Martin: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017.

Ders.: Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991, München 2019.

Martin, Terry: The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939, Ithaca / New York 2001.

O'Keeffe, Brigid: The Multiethnic Soviet Union and its Demise, London 2022.

Schattenberg, Susanne: Geschichte der Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zum Untergang, München 2022.

# Die Angst regiert

Geheimdienste in Russland

#### **EVGENIA LEZINA**

Geboren in Nischni Nowgorod, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, DFG-Projekt "Die Machtressourcen der sowjetischen Staatssicherheit. Strukturen, Praktiken und Methoden des KGB in den letzten Jahrzehnten der Sowjetunion", Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Die Sowjetunion und ihre politische Polizei, das Komitee für Staatssicherheit (Komitet gossudarstwennoi besopasnosti SSSR, KGB), existieren seit über dreißig Jahren nicht mehr. Russland wird jedoch nach wie vor – bekanntlich bis hin zum Präsidenten – von einer konsistenten Gruppe ehemaliger Sicherheitsbeamter regiert, die das Denken und die Methoden des KGB beibehalten haben. Heute bedient sich

die russische Propaganda zur Rechtfertigung des Krieges gegen die Ukraine des ideologischen Diskurses über den ukrainischen Nationalismus, wie er einst von den sowjetischen Staatssicherheitsorganen entwickelt worden war und der das öffentliche Bewusstsein derzeit prägt. Das Fehlen einer Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit, die eine systematische Reform der staatlichen Sicherheitsorgane und eine strafrechtliche Ahndung begangener Verbrechen einschließt, kann als eine Ursache für den Angriffskrieg gegen die Ukraine gelten.

In den 74 Jahren der Sowjetherrschaft setzten die Sicherheitsorgane die repressive Politik der Kommunistischen Partei um. Es lassen sich grob zwei Hauptperioden unterscheiden: die Periode des Massenterrors (1917–1953) und die der sozialen Massenkontrolle (1954–1991). Während dieser Periode wurden das Ausmaß der Gewaltanwendung sowie der Modus Operandi der Geheimpolizei von den vorherrschenden ideologischen Einstellungen der politischen Führung geprägt.

Die Phase des Massenterrors hatte ihre eigene Dynamik, ihre Höhepunkte und ihr Scheitern. Beginn und Ende einzelner Repressionskampagnen brachten diese Dynamik in dieser Phase zum Ausdruck. Die Rhetorik des aktiven Klassenkampfes erklärte und rationalisierte scheinbar die Zerstörung "feindlicher" sozialer und politischer Gruppen, deren Haltungen als Rückfall in das alte Regime vor der Russischen Revolution 1917 erachtet wurden, was zu außergerichtlichen Organen ("Troika"), Massenhinrichtungen, Deportationen, zur Errichtung der Gulags und zur Kollektivierung führte. Der Übergang zur Phase der sozialen Massenkontrolle setzte ein, als die Partei – nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 und der Einsetzung einer kollektiven Führung – verkündete, dass die Phase des Klassenkampfes beendet und die "Einheit des Sowjetvolkes" erreicht worden sei. Die homogenisierten "Massen" bedurften nun der Kontrolle und Beseitigung unzuverlässiger, vom Ausland inspirierter "Elemente", denn in den Augen der sowjetischen Ideologen gab es innerhalb der UdSSR keine Rechtfertigung für irgendwelche Abweichungen.

Der 1954 gegründete KGB wurde zu einer neuen Art von Geheimpolizei, die moderne sozialtechnische Praktiken anwandte: Umerziehung, bezeichnet als "Präventivmaßnahmen", Zersetzung (analog zu den von der Staatssicherheit der DDR aktiv eingesetzten Maßnahmen), massive bürokratisierte Loyalitätskontrollen, technisch hochentwickelte Überwachungsmethoden, Strafpsychiatrie, Propagandaunterstützung, die alle Formen von Medien und Kunst einschloss, und Bemühungen um die Aufrechterhaltung ihres Images. Gleichzeitig wirkte das Mittel der Angst, das durch die offene Gewalt der vorherigen Ära geschürt worden war, lange Zeit im Verborgenen für den KGB weiter.

Anhand der verfügbaren Archivdokumente lässt sich nachvollziehen, wie die operativen Praktiken und Methoden des KGB den vom Politbüro vorgegebenen ideologischen und politischen Vorgaben folgten. Der KGB verfügte zwar über ein Monopol auf institutionalisierte Gewalt, allerdings nicht über die Macht, die strategische ideologische Ausrichtung des Politbüros zu bestimmen.

Tatsächlich kann in gewissem Sinne als Beweis für die Effektivität der KGB-Aktivitäten gelten, dass die sowjetische Geheimpolizei im Gegensatz zu ihren Pendants in den meisten besetzten Ländern Mittel- und Osteuropas in den Augen der russischen Gesellschaft nicht ausreichend diskreditiert wurde, um in der postsowjetischen Zeit zumindest eine minimale rechtliche Verantwortung zu übernehmen.

Als Reaktion auf den gescheiterten Putschversuch des "Staatskomitees für den Ausnahmezustand", einer Gruppe konservativer und reaktionärer sowjetischer Funktionäre, im August 1991 gegen Michail Gorbatschow wurde das Denkmal von Feliks Dzierżyński, dem Gründer der *Tscheka*, das berühmte Symbol für die Macht der "Organe", auf dem Lubjanka-Platz umgestürzt. Viele erachteten diesen Moment als eine entscheidende historische Zäsur. Bald jedoch, wenn auch fast unbemerkt aufgrund der Turbulenzen im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Reformen, gewannen die Geheimdienste allmählich ihre Strukturen und ihren Einfluss zurück. Die vollständige Demokratisierung Russlands blieb aus.

#### DAS "ÜBERLEBEN" DER SICHERHEITSDIENSTE

Die demokratische Transformation geriet auch deshalb weitgehend ins Stocken, weil der Staatssicherheitsapparat des überwundenen Sowjetregimes, das Vehikel repressiver Praktiken, nicht abgelöst wurde und seine funktionale, personelle und symbolische Kontinuität wahren konnte. Sein an zahlreichen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen beteiligtes Personal wurde nicht zur Rechenschaft gezogen und blieb unbestraft.

Das Fundament für das "Überleben" und die Rache der Sicherheitsdienste war bereits in den Jahren der Perestroika ("Umgestaltung") gelegt worden. Diese Ära, zu der auch die Glasnost ("Transparenz") gehörte, war eigentlich eine Zeit der öffentlichen Enthüllung der stalinistischen Verbrechen. Dennoch litt der KGB nicht unter der Perestroika, sondern passte sich strukturell an die veränderte sozioökonomische Situation an, griff neue ideologische Strömungen auf und verstärkte seine Geheimhaltung. Seinen Schwerpunkt verlegte er auf verdeckte Arbeitsmethoden und reduzierte zunächst das Ausmaß der offenen Repression. Bis in die letzten Tage der UdSSR behielt der KGB seinen Einfluss, sein "Gewicht" als Apparat und seine Personalstärke.

Paradoxerweise trug die Kampagne zur Rehabilitierung der Opfer des stalinistischen Terrors mit dazu bei, das Image des KGB anzupassen. Der Rehabilitationskommission des Politbüros, die im September 1987 ihre Arbeit aufnahm, gehörten erstaunlicherweise der KGB-Vorsitzende Wiktor Tschebrikow und andere hochrangige Tschekisten an. Generalleutnant Iwan Abramow, seit 1983 Leiter der ideologischen Fünften Direktion des KGB, wurde im Mai 1989 zum stellvertretenden Staatsanwalt der UdSSR ernannt und mit dem Rehabilitationsprozess betraut.

Die Rehabilitierungskampagne wurde in den Medien als Beweis für die Offenheit des KGB, seine Demokratisierung und die Aufarbeitung der Vergangenheit durch einen großen Teil der Gesellschaft dargestellt. Wie Dokumente aus den freigegebenen Archiven des litauischen und ukrainischen KGB zeigen, war dies jedoch nur ein Vorwand. Die wahren Prioritäten des

KGB und des Politbüros waren andere: die öffentliche Diskussion über die sowjetischen Verbrechen auf die stalinistische Periode zu beschränken, das heißt, Nachfragen zu späteren, zeitlich näher liegenden Verbrechen oder zur Kriminalität im gesamten Sowjetregime zu verhindern; die Unterdrückung von Versuchen, die am stalinistischen Terror und an späteren Verbrechen Beteiligten strafrechtlich zu verfolgen, und generell die Idee einer juristischen Verfolgung zu diskreditieren; die Unterdrückung jeglicher Forderungen nach Öffnung der Archive der Staatssicherheitsdienste; die Abschaffung unabhängiger Initiativen zur Identifizierung von Verbrechern und zur Suche nach Massengräbern.

## NICHTVERFOLGUNG DER VERANTWORTLICHEN

In den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren akzeptierte die russische Gesellschaft die von den Behörden gewollten Beschränkungen bei der Aufarbeitung. Es stellte sich heraus, dass die Bemühungen der Bürgerrechtsaktivisten vor allem darauf abzielten, der Opfer des Stalin'schen Terrors zu gedenken. Die vollständige Öffnung der Archive und ihre Überführung aus dem Besitz der Ministerien waren keine zentrale politische Agenda. Vor allem diejenigen, die zu Verfechtern der Idee der Wiederherstellung der Gerechtigkeit hätten werden können, weigerten sich, die Täter der Verbrechen der staatlichen Sicherheitsorgane zu verfolgen.

Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Entstehungsgeschichte der Gedenkstättengesellschaft, der wichtigsten und de facto monopolistischen zivilgesellschaftlichen Institution im Bereich der Erinnerungspolitik: Auf der Gründungskonferenz von *Memorial* im Januar 1989 wurde eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wurde, Stalin vor ein öffentliches Gericht zu stellen – gleichzeitig wurde die Nichtverfolgung der Verantwortlichen für die Repressionen der Sowjetzeit "im Interesse der Menschlichkeit und der Barmherzigkeit" proklamiert. Diese Position, die 1989 als erzwungener Kompromiss angesehen werden konnte, wurde nach 1991 nicht mehr revidiert.

Außerdem teilten die meisten russischen Liberalen, darunter auch ehemalige Dissidenten, die Ansicht, dass die Lustration, die Entfernung politisch belasteter Mitarbeiter vor allem aus dem öffentlichen Dienst, gefährlich sei. Die meisten hielten sie für "eine Hexenjagd". Dies ist einer der Gründe, warum der von Präsident Boris Jelzin initiierte Prozess gegen die KPdSU keine ernsthaften rechtlichen Konsequenzen nach sich zog. Aus diesem Grund scheiterte 1993 auch die einzige Gesetzesvorlage – ein Entwurf zur Lustration –, die Galina Starowoitowa, Menschenrechtsaktivistin und Vorsitzende der Bewegung "Demokratisches Russland", dem Parlament vorgelegt hatte (sie wurde 1998

von einem Auftragskiller erschossen; der Drahtzieher wurde nie gefunden). Sowohl Anhänger der demokratischen Bewegung als auch Journalisten und andere Abgeordnete hatten Starowoitowas Konzept abgelehnt. Kurz vor ihrem Tod schlug sie eine aktualisierte Fassung des Gesetzes vor; allerdings weigerten sich die Abgeordneten der Duma, seine Beratung überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen.

#### BEIBEHALTUNG TSCHEKISTISCHER STRUKTUREN

Anders als in der DDR, wo Forderungen nach der Auflösung der Staatssicherheit während der Friedlichen Revolution von 1989 ein bedeutendes Phänomen waren, standen in Russland die Beschwerden über die politische Polizei nicht an der Spitze der Protestagenda. Dies gab Boris Jelzin die Möglichkeit, die Sicherheitsdienste zu reformieren, ohne etwas an der Substanz ihrer Arbeit zu ändern.

Jelzin teilte den KGB zwar in mehrere konkurrierende Agenturen auf, tat dies allerdings nicht im Interesse der Bürgerrechte, sondern zum Schutz seiner eigenen Macht. Die tschekistischen Strukturen wurden mehrfach umbenannt und verwaltungstechnisch umgestaltet, behielten jedoch im Wesentlichen ihre Funktionen, ihr Personal, ihre Symbole und vor allem ihren geschlossenen Korpsgeist bei, der liberalen Werten feindlich gegenüberstand und von antiwestlichem Verschwörungsdenken durchdrungen war.

Durch die heftige Konfrontation mit dem Obersten Sowjet im Herbst 1993 und den blutigen Krieg in Tschetschenien, der 1994 ausbrach, sah sich Jelzin dazu genötigt, die Unterstützung der Sicherheitsdienste zu suchen. Mitte der 1990er-Jahre endete daher die Übergangszeit: Der Föderale Spionageabwehrdienst (FSK) erhielt in Anlehnung an den KGB die umfassendere Bezeichnung "Föderaler Sicherheitsdienst" (FSB), und seine Befugnisse wurden erweitert. Als Ermutigung und Anerkennung erhob Jelzin 1995 den Tag der Tschekisten, der offiziell als "Tag der Mitarbeiter der Sicherheitsorgane der Russischen Föderation" begangen wird und selbst zu Sowjetzeiten nur inoffiziell gefeiert wurde, zu einem offiziellen Staatsfeiertag.

Gleichzeitig verschlechterte sich die Menschenrechtslage in Russland ab Mitte der 1990er-Jahre stetig. Im Juli 1998 ordnete Jelzin die Schaffung der Abteilung für konstitutionelle Sicherheit innerhalb des FSB an und stellte damit im Wesentlichen die ehemalige ideologische Fünfte Direktion des KGB wieder her (die später in den berüchtigten Zweiten Dienst des FSB umgewandelt wurde). Der Leiter der neuen Behörde, Gennadi Zotow, erklärte damals, dass "der Staat das Ziel verfolgte, aus dem FSB-System eine separate Einheit auszugliedern, die sich auf den Kampf gegen Sicherheitsbedrohungen im gesellschaftspolitischen Bereich oder gegen 'innere Unruhen' 'spezialisiert', die für Russland immer beängstigender waren als jede militärische Invasion".

**IM FOKUS** 

Mit der Machtübernahme Wladimir Putins, eines ehemaligen KGB-Mitarbeiters, wurden nicht nur die Sicherheitsdienste gestärkt und ihre Personalstärke erhöht, sondern es kamen auch zahlreiche Tschekisten in Machtpositionen, die anschließend mit den Mitteln der Angst regierten. Obwohl dieser Trend erst in den späteren Jahren der Jelzin-Herrschaft einsetzte, könnte der Anteil der ehemaligen Sicherheitsbeamten in der obersten Führungsebene des Landes nach Schätzungen Mitte der 2000er-Jahre bereits bei zwei Dritteln liegen. Die Sicherheitsdienste kontrollierten auch die Wirtschaft sowie die Finanzund Ölströme. Diese Trends spiegeln sich auch im öffentlichen Bewusstsein wider. Auf die Frage von Meinungsforschern des unabhängigen Lewada-Zentrums im Februar 2000: "Würden Sie die Idee unterstützen, alle russischen Sonderdienste zusammenzulegen und wieder ein einziges Staatssicherheitskomitee im Stil des KGB einzurichten?" antworteten etwa sechzig Prozent der Russen mit Ja (nur 22 Prozent stimmten dagegen, während 21 Prozent die Frage nicht beantworten konnten).

Heute, da Russland einen aggressiven Krieg gegen die Ukraine führt, bedient sich die russische Propaganda des langjährigen Erbes des KGB: des Diskurses über die Gefährlichkeit und Kriminalität der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung, der von den sowjetischen Staatssicherheitsdiensten aktiv entwickelt und gefördert wurde.

Es war die sowjetische Geheimpolizei, die nach dem Ende des bewaffneten Widerstands (Anfang der 1950er-Jahre) ständig versuchte, die Idee der politischen Emanzipation der Ukraine zu diskreditieren, indem sie die Verfechter der ukrainischen nationalen Selbstbestimmung als Kollaborateure von Nazis darstellte, als Marionetten des Westens, die gegen die Interessen des ukrainischen Volkes handelten und es daher nicht vertreten könnten. Das Ziel des KGB bestand darin, den ukrainischen Widerstand gegen die Sowietisierung und Russifizierung zu verunglimpfen, all seine Spielarten und Formen als zum Nationalsozialismus tendierend darzustellen und die ukrainische Nationalbewegung mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen. Diese Bemühungen des KGB, die sich unter anderem in der Schaffung von Massenliteratur, Filmen, zahlreichen Veröffentlichungen in den Medien und öffentlichen Kampagnen zur Dämonisierung des ukrainischen Nationalismus äußerten, schufen den fruchtbaren Boden des öffentlichen Bewusstseins in Russland, aus dem die heutige russische Propaganda erwächst – und den sie ausnutzt, indem sie die Ukrainerinnen und Ukrainer fälschlicherweise des Nazismus beschuldigt und mit deren angeblicher "Entnazifizierung" sie einen brutalen Krieg auch gegen die Zivilbevölkerung zu rechtfertigen versucht.

# Putins System

Russische Desinformationskampagnen in Deutschland und ihre Wirkung auf den deutschen Extremismus

#### **STEFAN GOERTZ**

Promovierter Staatswissenschaftler, Professor für Sicherheitspolitik, Schwerpunkt Extremismus- und Terrorismusforschung, Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck.

Desinformationskampagnen und Fake News sind so alt wie die Geschichte des Krieges. Durch das Internet haben Qualität und Quantität von Desinformationskampagnen im 21. Jahrhundert jedoch ein bisher einmalig hohes Niveau erreicht. Seit der Krim-Annexion im Jahr 2014 hat das System Putin die Intensität und Reichweite von Desinformationskampagnen signifikant erhöht. Für die Verbreitung von Inhalten werden neben herkömmlichen Kommunikationsmitteln, wie staatsnahen oder -eigenen Fernsehsendern oder Tageszeitungen, Instant Messaging-Dienste wie Telegram, Twitter oder Facebook genutzt

Nach Angaben der deutschen Bundesregierung soll durch gezielte Desinformation "das Vertrauen in staatliche Institutionen untergraben werden" [...] "aktuell im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine".

Das Bundesamt für Verfassungsschutz konstatiert im Verfassungsschutzbericht von Juni 2022: "Zusätzlich zu seinen Spionageinteressen ist Russland weiterhin bestrebt, die politische und öffentliche Meinung in Deutschland durch die Verbreitung von Propaganda, Desinformation und weitere Einflussnahmeversuche zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Wichtige Werkzeuge sind dabei soziale Netzwerke, staatlich geförderte und private Institute (z. B. Thinktanks), einzeln agierende Einflussakteure sowie russische Staatsmedien. Diese weltweit sendenden TV-, Radio- und Internetkanäle streuen gezielt Narrative im Sinne der russischen Führung und kaschieren ihre Aktivitäten durch ein Auftreten als ,autonome, gemeinnützige Organisation' beziehungsweise als Medium mit einem ,anderen Blick' und versuchen so, sich als ,offen und fair' arbeitend darzustellen."1 Ziel der russischen Desinformationskampagnen sei die "Schwächung der deutschen Bundesregierung, um russische geostrategische und politische Ziele durchzusetzen". Dazu würden bewusst kontroverse Themen mit Spaltungspotenzial aufgegriffen, um den politischen Diskurs zu polarisieren, die Bundesregierung zu diskreditieren und das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Stellen zu untergraben.2

Am 24. Februar 2022, am ersten Tag der russischen Invasion in die Ukraine, sprach Präsident Putin im russischen Fernsehen zur russischen Bevölkerung. Zusammengefasst sind die Narrative seiner Rede die folgenden; sie finden sich hunderttausendfach kopiert in Telegram-Gruppen und anderen sozialen Medien in Deutschland, Europa und der Welt: "Die

NATO bedroht die Existenz Russlands mit militärischen Mitteln." "Die westliche Kriegsmaschinerie nähert sich den russischen Grenzen." "Russland gehört zu den mächtigsten Nuklearmächten der Welt", "ein direkter Angriff des Westens auf Russland wird zu nuklearen Konsequenzen führen". "In der Ukraine wurde ein feindlich gesinntes Anti-Russland erschaffen, das unter vollständiger Kontrolle des Westens gestellt wurde." "Für Russland ist die Spezialoperation in der Ukraine eine Frage von Leben und Tod, eine Frage der historischen Zukunft als Nation." "Die führenden NATO-Länder unterstützen zum Erreichen ihrer eigenen Ziele extreme Nationalisten und Neonazis in der Ukraine." "Russland hat nicht vor, die ganze Ukraine zu besetzen, aber sie zu demilitarisieren." "Das Ziel der russischen Spezialoperationen ist ein Regimewechsel in der Ukraine." "Russland wird von der Ukraine bedroht und muss sich verteidigen."3

## VERBREITUNG UNGEFILTERTER PROPAGANDA

Diese Narrative werden seit dem 24. Februar 2022 von Populisten, Radikalen und Extremisten in Deutschland und Europa aufgenommen, verbreitet und können dort potenziell im Rahmen von Desinformationskampagnen radikalisieren und zu extremistischer Gewalt führen.<sup>4</sup>

Russia Today DE war nach Angaben des Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) in der ersten Kriegswoche mit Abstand das meistgeteilte Medium in den einschlägigen Kanälen und Gruppen auf Telegram: Verschwörungsgläubige, Radikale und Extremisten

verbreiteten teilweise ungefiltert die Propaganda des Systems Putin und wurden damit im eigenen Milieu – etwa unter "Querdenkern" – zu einer wichtigen Verbreitungsquelle russischer Desinformation. Für das System Putin positionierte sich die Mehrheit der zehn Kanäle mit den meisten Abonnenten – unter anderem die Kanäle der Verschwörungsideologen Eva Herman, Bodo Schiffmann und Reiner Fuellmich. Auch die Kanäle der sächsischen Kleinstpartei Freie Sachsen sowie der "Alternativmedien" AUF1, Freie Medien und Ken Jebsen – Aufklärung und Information verorteten sich an der Seite Putins.

Allgemein stellten Miro Dittrich, Jan Rathje und Martin Müller am 18. März 2022 für das CeMAS fest, dass die Top-10-Kanäle, die sich pro Putin positionierten, seit Beginn des russischen Angriffskriegs einen klaren Zuwachs verzeichnen konnten. Ebenso erzielten prorussische Kanäle, die zuvor eher weniger Abonnenten aufwiesen und vor dem Krieg nicht zu den reichweitenstärksten Kanälen des Milieus von "Querdenkern", "Reichsbürgern" und "Selbstverwaltern" sowie Rechtsextremisten zählten, einen großen Zuwachs.<sup>5</sup>

Inhaltlich wurde vor allem das Handeln der russischen Regierung entschuldigt: Putin "reagiere lediglich auf jahrelange Provokationen des Westens" – vor allem der NATO. Der Kanal AUF1 bot dem Verschwörungsideologen Christoph Hörstel, der zwei verschwörungsideologische Kleinstparteien gegründet hat (Deutsche Mitte, Neue Mitte), mit einem Interview eine Plattform für diese Position. Bodo Schiffmann griff darüber hinaus die von Russland verbreitete Desinformation über eine "Entnazifizierung" der Ukraine durch Russland auf, indem er behauptete,

die NATO habe in der Ukraine eine faschistische Regierung an die Macht gebracht. Außerdem teilte er, wie auch Eva Herman, eine innerhalb des Milieus oftmals anzutreffende Desinformation über Biolabore in der Ukraine, die ebenfalls den Angriff Putins rechtfertigen sollte. Diese Labore sollen an der Grenze zu Russland beziehungsweise zur russisch besetzten Krim liegen, angeblich vom US-Verteidigungsministerium finanziert sein und an biologischen Waffen arbeiten. Diese Behauptungen sind seit Jahren Teil einer russischen Desinformationskampagne.<sup>6</sup>

## CORONA UND "THE GREAT RESET"

Sehr deutlich werde nach Angaben von CeMAS innerhalb des Gesamtmilieus der Bezug zur Corona-Pandemie und zu damit verbundenen Themen wie der Errichtung einer "Neuen Weltordnung" oder der Vergiftung der Bevölkerung durch Impfungen hergestellt. Eva Hermans mit 277.532 Aufrufen reichweitenstärkstes Posting, aber auch Bodo Schiffmann und die Freien Sachsen behaupten, dass "der Krieg in der Ukraine von einer geplanten Zwangsimpfung ablenken" solle. AUF1, Freie Medien sowie die Kanäle von Bodo Schiffmann, Reiner Fuellmich und Oliver Janich sehen den Krieg in der Ukraine als Teil des verschwörungsideologischen Masterplans The Great Reset ("Der große Neustart"). Schiffmann, Janich und Fuellmich unterstellen, der Krieg solle den Umsetzungsprozess, der mit COVID-19 begonnen habe, beschleunigen. Fuellmich behauptete in einem Interview mit dem verschwörungsideologischen "alternativen"

Medium *Bittel TV* vom 28. Februar 2022 gar, er könne keine Kampfhandlungen in der Ukraine wahrnehmen. Auch die ältere Chiffre von der "Neuen Weltordnung" wird im Zusammenhang mit dem *Great Reset* von *AUF1* und Schiffmann genutzt. *AUF1* hebt in einem der analysierten Postings besonders die Rolle von "Globalisten" bei der Verschwörung hervor. Bei dem Begriff handelt es sich um eine antisemitische Chiffre, die vor allem in verschwörungsideologischen und rechtsextremistischen Milieus genutzt wird."

## WEITVERBREITETE VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

Die zehn reichweitenstärksten deutschsprachigen Telegram-Kanäle – reitschuster. de, Eva Herman Offiziell, AUF1, GemEIN-Sam stark - JETZT, Freie Medien, Alles Ausser Mainstram, Reiner Fuellmich, Oliver Janich öffentlich, Freie Sachsen sowie Ken Jebsen – Aufklärung und Information – mit verschwörungsideologischen Inhalten kamen mit Stand 11. März 2022 auf über 1.854 Millionen Abonnenten. Sie werden – nicht exklusiv – unter anderem von Verschwörungsgläubigen, Radikalen und Extremisten – konsumiert. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine spielt eine hervorgehobene Rolle innerhalb des deutschen Milieus von Verschwörungsgläubigen, Radikalen und Extremisten. Die im Augenblick mehrheitliche Positionierung pro System Putin ist nicht überraschend, da sie bereits seit Jahren Teil des verschwörungsideologischen Milieus ist.8

Eine aktuelle repräsentative CeMAS-Umfrage im Zeitraum vom 1. bis 12. April 2022 in Deutschland zeigt, wie weit Verschwörungserzählungen über den russischen Krieg gegen die Ukraine verbreitet sind. Etwa ein Fünftel der Befragten stimmt entsprechenden Aussagen demnach eher zu. Deutlich höher ist der Wert bei AfD-Wählern, Ungeimpften und Corona-Demonstranten. In der Umfrage wurde die Zustimmung zu einer ganzen Reihe von Aussagen abgefragt. Rund zwölf Prozent der Befragten stimmten ganz und fast zwanzig Prozent zumindest teilweise der Aussage zu, Wladimir Putin gehe "gegen eine globale Elite vor, die im Hintergrund die Fäden zieht". Dass der russische Präsident "vom Westen zu einem Sündenbock gemacht" werde, "um von den wahren Problemen abzulenken", glaubten gut fünfzehn Prozent voll und ganz und etwa sechzehn weitere Prozent teilweise. Der Verschwörungserzählung, die Ukraine betreibe zusammen mit den USA geheime Labore zur Herstellung von Biowaffen, stimmten knapp sieben Prozent vollständig zu und doppelt so viele teilweise.9 Ebenfalls weit verbreitet ist der Umfrage zufolge eine Skepsis gegenüber westlichen Medien. Der Aussage, man könne ihnen in der Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine nicht trauen, stimmten vierzehn Prozent vollständig zu, mehr als 21 Prozent teilweise.

Das System Putin wird sehr wahrscheinlich intensive Kooperationsformen mit den Feinden der liberalen Demokratien suchen, also beispielsweise mit Rechtsextremisten und anderen Staatsgegnern in Deutschland und Europa. In Zeiten von Krisen haben es Extremisten leichter, zu destabilisieren, Propaganda zu verbreiten und zu rekrutieren. Eine potenziell signifikante Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere auch durch die Preissteigerungen, hätte damit

potenziell auch Auswirkungen auf die Innere Sicherheit Deutschlands und Europas.

Nach Angaben von Eleonora Heinze und Manuel Steudle, Autoren einer Kurzstudie für die Hanns-Seidel-Stiftung, stehe "Deutschland russischen Desinformationskampagnen relativ unvorbereitet gegenüber". Eines der Probleme sei, "neben fehlender Ausbildung staatlicher Institutionen, die mangelhafte öffentliche Kommunikation von Seiten der Politik, obwohl Politik und Sicherheitsbehörden nach Expertenmeinung genau wüssten, wer hinter diesen Desinformationskampagnen steckt".¹¹ Dabei könnte sich die deutsche Politik an Tschechien und Estland orientieren, die sich mit einem Zusammenspiel staatlicher und zivilgesellschaftlicher Mittel in erprobter Weise erfolgreich gegen russische Desinformationskampagnen behaupten. So verfüge etwa Tschechien über eine Spezialeinheit innerhalb des Innenministeriums, die auf das Erkennen und Analysieren von Desinformationskampagnen spezialisiert sei und in kurzer Zeit in Abstimmung mit anderen Ministerien und Nichtregierungsorganisationen Gegenmaßnahmen in Stellung bringen könne. Eine ähnliche Spezialeinheit findet sich auch in Estland.

Die deutsche Politik und die Leitungen der deutschen Sicherheitsbehörden sollten erkennen, dass die deutsche Sicherheitsarchitektur angesichts des Angriffskriegs in Europa vor neuen Herausforderungen steht und sie daher ein Zentrum beziehungsweise einen Beauftragten samt Behörde für das Erkennen und Analysieren von Desinformationskampagnen einrichten sollten, das/der konkrete Handlungsableitungen erarbeitet und eng mit den Sicherheitsbehörden einerseits und zivilgesellschaftlichen Stel-

len andererseits kooperiert. Im Zeitalter einer sicherheitspolitischen "Zeitenwende" sollte hier innovativ gedacht und rasch gehandelt werden.

Dieser Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

- Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin 2022, S. 278.
- <sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 277-278.
- <sup>3</sup> "Krieg in der Ukraine. Die Rede von Wladimir Putin im Wortlaut", in: Zeit online, 24.02.2022, www.zeit. de/politik/ausland/2022-02/wladimir-putin-redemilitaereinsatz-ukraine-wortlaut?utm\_refer [letzter Zugriff: 15.08.2022].
- <sup>4</sup> Vgl. Stefan Goertz: "Der Krieg in der Ukraine. Folgen für Deutschland und Europa", in: Kriminalistik, Nr. 7/2022. S. 404–406.
- Vgl. Miro Dittrich / Jan Rathje / Martin Müller: Telegram-Analyse zum Ukraine-Krieg. RT DE dominant im verschwörungstheoretischen Milieu, 18.03.2022, https://cemas.io/blog/telegram-rtukraine/ [letzter Zugriff: 15.08.2022]; Stefan Goertz: "Der Krieg in der Ukraine. Folgen für die Innere Sicherheit Deutschlands und Europas", in: Polizei, Verkehr und Technik, Nr. 3/2022, S. 11–12.
- <sup>6</sup> Vgl. ebd.
- <sup>7</sup> Vgl. ebd.
- <sup>8</sup> Vgl. Stefan Goertz: "Der Krieg in der Ukraine. Folgen für Deutschland und Europa", a. a. O., En. 4, S. 406–407.
- <sup>9</sup> Vgl. Felix Huesmann: "Verschwörungsmythen zum Krieg gegen Ukraine: Ungeimpfte und AfD-Wähler besonders anfällig", in: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 05.05.2022, www.rnd.de/politik/ umfrage-ungeimpfte-und-afd-waehler-glaubenstaerker-an-verschwoerungen-hinter-ukrainekrieg-2TSBI4VWMZGZXN7LU2S2LSLN74.html; https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zumkrieg-verschwoerungserzaehlungen-ueber-denangriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft/ 2022\_05\_CeMAS\_ResearchPaper\_Verschwoerungserzaehlungen\_Ukraine.pdf [letzter Zugriff: 15.08.2022].
- Vgl. Eleonora Heinze / Manuel Steudle: Vor und während der Ukraine-Invasion: Russlands Einsatz von Desinformation, Hanns-Seidel-Stiftung, 01.04.2022, www.hss.de/news/detail/russlandseinsatz-von-desinformationen-news8625 [letzter Zugriff: 15.08.2022].

# Imperiales Revival

Russland und seine Nachbarn

#### **FRANK PRIESS**

Geboren 1957 in Wolfsburg, Stellvertretender Leiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung. Wladimir Putin erinnert uns ständig daran: Nicht für alle ist die Sowjetunion wirklich untergegangen, selbst wenn ihm sicher das frühere Zarenreich deutlich näher liegt. Aber Imperium bleibt schließlich Imperium, und

auch andere frühere Großmächte hatten mit Phantomschmerzen durch den Verlust von weltweitem Einfluss und Prestige zu kämpfen. Die lange post-koloniale Phase und ihre Übergänge legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Interessant dabei: Gerade in den aktuellen Debatten im "globalen Süden" wird zwar der Westen permanent an seine koloniale Vergangenheit erinnert, im Falle Russlands wird allerdings oft mit unterschiedlicher Elle gemessen: "Der Hype der Post-Colonial Studies hat Russland nicht wirklich erreicht", bilanziert Russland-Kenner Karl Schlögel.¹ Dabei hat man zwar dort zu Zeiten der Sowjetunion die sogenannten Befreiungsbewegungen unterstützt – bis

heute zahlt sich das durch Verbindungen alter Eliten in diesen Ländern mit Moskau aus, sodass das Hauptziel, nämlich eine Schwächung des Westens, befördert werden konnte. Mit der eigenen kolonialen Vergangenheit hat man sich jedoch kaum auseinandergesetzt. "Die Lügen und den Kolonialismus, die Putin dem Westen vorwarf, praktiziert er in der Ukraine selbst", so Nikolas Busse völlig zu Recht.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint Putins Trauma – der Zerfall der Sowjetunion und ihr Ende am 25. Dezember 1991 sei die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts – folgerichtig. Doch handelt es sich dabei um eine Einschätzung, die ganz sicher nicht von all den Staaten geteilt wird, die seit dieser Zeit unabhängig geworden sind, und insbesondere nicht von denen, die in NATO und Europäischer Union (EU) Schutz vor russischer Übergriffigkeit suchen – zu Recht, wie sich im Fall der Ukraine aktuell zeigt. In diesem Kontext steht auch die Tatsache, dass es gerade das Selbstbestimmungsrecht dieser souveränen Staaten war, sich sicherheitspolitisch neu zu orientieren, und nicht der dringende Wunsch der NATO, unbedingt so nahe wie möglich an Russland heranzurücken. Garantien an Michail Gorbatschow, die NATO nicht entsprechend auszudehnen, hat es in belastbarer Form nie gegeben, wie – trotz aller anderslautenden Narrative – nachgewiesen ist.

#### VERDRÄNGUNG, VERGESSEN, IGNORANZ

Erstaunlich, dass sich diese Geschichtsklitterung gerade in Deutschland so stabil hält, wo gleichzeitig diejenigen in der unmittelbaren Nachbarschaft für Misstrauen sorgen, die im vermeintlichen Anschluss an die Entspannungspolitik der 1970er-Jahre intensiv nach einem Sonderverhältnis zu Russland suchen. Davon ist leider die Erinnerungskultur betroffen: Viele von denen, die zu Recht an die Opfer in der Sowjetunion nach Hitlers Überfall erinnern, vergessen dabei, dass diese Opfer *nicht* allein Russen waren und gerade die Ukraine nach Stalins Verbrechen wie dem Holodomor ("Tötung durch Hunger") in kurzer Zeit erneut, nun jedoch der Gewalt eines deutschen Diktators ausgesetzt war. Osteuropaforscher wie Guido Hausmann und Tanja Penter erkennen in der eigenen Zunft in dieser Hinsicht Verdrängung, Vergessen, Ignoranz.<sup>3</sup> Auch Belarus – heute durch die Machtgier seines längst delegitimierten Führers Wiktor Lukaschenko mindestens vorübergehend ein Vasallenstaat Russlands – erinnert sich an Vergleichbares. Immerhin scheint Bewegung in die Wahrnehmungen zu kommen.

Thomas Petersen konstatiert auf Basis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach: "Auf die allgemein gehaltene Frage, von welchen Ländern in den nächsten Jahren die größte Gefahr für den Frieden auf der Welt ausgehe, antworteten 66 Prozent der Befragten: "Russland". Das sind mehr als doppelt so viele wie noch im Januar 2021, als nur 32 Prozent diese

Antwort gaben."4 Gleich dahinter folgen übrigens China, Nordkorea, Afghanistan und der Iran ...

Putin hat aus seiner Sicht auf die Geschichte kein Geheimnis gemacht. Der Philosoph Michel Eltchaninoff unterstreicht, Putin sehe sich als "Retter der christlichen Mythen und Religionen gegen die Profanität des Westens"5; seine Nähe zur unheilvoll agierenden Russisch-Orthodoxen Kirche unterstreicht das im Allgemeinen, die zu seinem angeblichen Beichtvater, Metropolit Tichon Schewkunow vom Sretenski-Kloster, im Besonderen. Hier sieht etwa Heike Schmoll geradezu eine "Brutstätte der imperial-religiösen Ideologie".6 Hinzu kommt Putins Verständnis des Russentums, das er in einem Aufsatz über die historische Einheit von Russen und Ukrainern im vergangenen Jahr zum Ausdruck brachte und das seinen aktuellen Revisionismus untermauert.

Als souverän, aber nicht als unabhängig erachtete man schon lange das "nahe Ausland" der ehemaligen Sowjetrepubliken, in denen man Sonderinteressen für natürlich hielt. Eine "tiefsitzende[n] Archaik" macht Viktor Jerofejew überdies in Russland aus, in der ein "Kult der Stärke, Empathielosigkeit, Gerissenheit, Argwohn, Misstrauen, Zynismus" hochgeschätzt würde im Gegensatz zu "merkwürdigen Gestalten" wie "Luschen, Muttersöhnchen, Brillenträger[n], keusche[n], sogenannte[n] 'Turgenjewsche[n] Fräuleins"7 – auch das passt alles zu Putins Inszenierungen seiner selbst. Ganz offenbar eine verhängnisvolle Mischung. Und "Putin ist Russland, Russland ist Putin", so jedenfalls der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin. "Mangels anderer Ressourcen – Russlands Wirtschaft schrumpft seit 2014 – spielt Geschichtspolitik eine zunehmend wichtige Rolle zur Legitimation seines Regimes", analysiert Osteuropaforscher Jan C. Behrends.<sup>8</sup>

#### **PUTINS "SCHUTZVERSPRECHEN"**

Für die leidende Bevölkerung der Ukraine muss es wie bitterer Hohn klingen, wenn man sie in russischer Sichtweise als "kleine Brüder" betrachtet, denen geschichtsklitternd die eigene Identität abgesprochen wird. Schon bei den Volksbefragungen zur Unabhängigkeit der Ukraine gab es dafür überall im Land – auch in den mehrheitlich russischsprachigen Gebieten und auf der Krim – Mehrheiten, und diese Befragungen waren im Gegensatz zu den Abstimmungsfarcen 2014 auf der Krim und aktuell in den sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk oder den besetzten Territorien Saporischschja und Cherson, die die aktuell nach Putins Lesart beschlossene "Vereinigung" oder "Wiedervereinigung" ("Соединения" beziehungsweise "воссоединения") des russischen Reichs legitimieren sollen, echte Voten.

In der doppelten Opferrolle der Vergangenheit befinden sich auch die baltischen Staaten, die besonders früh versuchten, den Verbund der Sowjetunion zu verlassen und dafür noch unter Gorbatschow zum Ziel bewaffneter Intervention wurden. Dass sie früh hellsichtig und heute am intensivsten deutlich zu machen versuchen, dass der Herrscher im Kreml allein die Sprache der Macht versteht und nur ihre NATO-Mitgliedschaft sie schützt, ist mehr als verständlich. Bewundernswert ist der Mut, mit dem sie dies aus exponierter und verwundbarer Lage heraus tun, noch dazu angesichts der dort lebenden russischen Minderheiten, die als Vorwand für eine Intervention dienen können. Das "Schutzversprechen" Putins richtet sich an alle Russen, egal wo diese leben, und wird in den Gastgeberstaaten nicht zu Unrecht als Drohung empfunden. Es besteht also in den baltischen Staaten Raum für Destabilisierung, ebenso wie in der Republik Moldau mit ihrem frozen conflict Transnistrien; einem Land, dem immerhin – genau wie der Ukraine – der Kandidatenstatus der Europäischen Union verliehen wurde.

#### **JUNIORPARTNER CHINAS**

Dass nun langjährig neutrale Staaten wie Schweden und Finnland der NATO beitreten und im Norden Europas eine zusätzliche Rückversicherung für ihre Nachbarn darstellen, ist ein weiteres misslungenes Resultat "Putin'scher strategischer Weitsicht". Auch wenn Russland außerhalb des klassischen Westens nicht so isoliert ist, wie man vermuten könnte, ist das Land vor allem auf seinen relativ neuen Allianzpartner China angewiesen, der ihm international zur Seite springt und als Absatzmarkt russischer Rohstoffe traditionelle Abnehmer zumindest teilweise substituiert. Erkauft wird dies mit der Rolle des Juniorpartners, die russischen Eliten mit historischem, ökonomischem und demografischem Sachverstand kaum gleichgültig sein kann. Der russische Ferne Osten war traditionell ein konfliktträchtiger Raum, das wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Übergewicht Chinas in dieser Zone ist unübersehbar. Über die ausgeschlagene Option, eine Modernisierungspartnerschaft mit dem Westen, gerade mit Europa, gegen diese Umarmung einzutauschen, lässt sich trefflich streiten; zumindest ist der Ausgang offen. "Das westliche Establishment", so jedenfalls der frühere russische Präsident und Putins Stellvertreter im Nationalen Sicherheitsrat Dimitri Medwediew auf seinem Telegram-Kanal am 22. September 2022, "und alle Bürger der NATO-Staaten müssen verstehen, dass Russland seinen eigenen Weg gewählt hat. Es gibt keinen Weg zurück." Momentan eint China und Russland die Abneigung gegen die USA und das westliche Demokratiemodell. Beide werden als Gefahr für autoritäre Herrschaft betrachtet – wie belastbar eine solche Basis ist, wird sich noch zeigen. Und immerhin hat man noch, das zeigte die Abstimmung bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. März 2022 zur Resolution Aggression against Ukraine nach Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022, moralische Giganten wie Belarus, Syrien, Eritrea und Nordkorea fest an seiner Seite.

Im eigenen Selbstverständnis Russlands stellt sich eine weitere Frage: Russki mir, die "Russische Welt", wird zwar wieder beschworen; allerdings dehnt sich diese Vorstellung mit Blick auf die eurasische Dimension des Staates auch auf zahlreiche Völker aus, die sich beim besten Willen nicht als Russen bezeichnen lassen, und auf Regionen, wo die russische Dominanz auf klassischem Imperialismus beruht. Dass es ausgerechnet diese anderen Völker sind, die zum Ruhme Russlands in der Ukraine verheizt werden und einen besonders hohen Blutzoll entrichten, ist dabei eine besonders augenfällige Komponente. Was ist eigentlich Putins Angebot an sie?

Sichtlich unwohl fühlen sich auch die zentralasiatischen Staaten, die früher zur Sowjetunion gehörten. Dass ihren Bürgern, allen voran in Usbekistan, unter Strafandrohung verboten ist, in der russischen Armee zu kämpfen, sagt vieles aus. Gleichzeitig ist Russland militärisch überaus präsent, während China ihm wirtschaftlich längst den Rang abgelaufen hat: Die Interventionen russisch geführter Koalitionen in interne Konflikte, jüngst in Kasachstan, sind dafür Beispiele. "Russland", so Wladimir Ryschkow, "wird mehr und mehr zum unbezahlten Wachmann in der zentralasiatischen Firma, in der China Geld verdient." Auch interveniert es dort, wo einst die Sowjetunion die Ursachen für heutige Konflikte legte.

#### **FURCHT VOR DEM MACHTHUNGER DES KREML**

Nach dem Rückzug des Westens, vor allem der USA, aus Afghanistan bietet das dadurch entstandene Vakuum nun für Russland und China Platz – auch der Iran und die Türkei tummeln sich auf ihren historischen Spielfeldern; ein "return to the past", so Peter Frankopan.<sup>10</sup> Gleichzeitig haben beide Länder wieder stärker mit islamistischen Bedrohungen in ihrer Nachbarschaft zu tun. Die STAN-Staaten (Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan) fürchten den Machthunger des Kreml, der sie nach wie vor als Einflusssphäre sieht und über Hebel verfügt, seine Interessen zu unterstreichen, und seine Zuständigkeit für diese Nachbarschaft immer wieder klar artikuliert. Trotzdem sind etwa die Überweisungen ihrer Gastarbeiter in Russland für manche von ihnen die wichtigste Einnahmequelle, und auch als Exportland für ihre begrenzte Angebotspalette hat Russland große Bedeutung – ein Dilemma, dem man mit Balancepolitik zu entkommen sucht und dabei auch die Europäer gern stärker an Bord hätte. Manche Staatsführungen – "strongmen" dominieren Zentralasien weiterhin – sind aus der alten Nomenklatura der UdSSR hervorgegangen, konnten dabei aber immerhin auf ihre eigene ethnisch-nationale Zugehörigkeit in den Nachfolgestaaten setzen. Thomas Kunze beschreibt diesbezügliche Veränderungen: "Es ist mittlerweile eine Generation herangewachsen, die sich nicht mehr über die sowietische Vergangenheit definiert."11

Die ethno-nationalistische Komponente von Führung – und das begrenzt die Erwartung, das aktuelle Russland könne sich weiter aufspalten – betrifft so gut wie nur noch Randbereiche Sibiriens und den Spezialfall Nordkaukasus mit Tschetschenien an der Spitze, wo es bereits weitgehende Autonomie gibt und Präsident Putin mit seinem regionalen Statthalter Ramsan Kadyrow auf vielfältige Weise verbunden ist: Vor Ort hat dieser freie Hand, manche sprechen sogar von Angst im Kreml vor seiner Brutalität. Gleichzeitig sind seine Handlanger bei Mordanschlägen in Europa ebenso aufgefallen wie durch ihre Beteiligung an den Kämpfen in der Ukraine. Der Zweite Tschetschenienkrieg zu Beginn von Putins Präsidentschaft zeigte mit eklatanten Menschenrechtsverletzungen für manche bereits die ganze Brutalität, zu der der damals neue Mann an Russlands Spitze fähig ist – ein Blick auf das zerstörte Grosny zu jener Zeit lässt manche Angriffe in der Ukraine wie ein Déjà-vu erscheinen.

#### **ALTE GROSSREICHE - AKTUELLE KONFLIKTE**

Südlich davon hat Georgien nach der Unabhängigkeit seine eigenen gewaltsamen Erfahrungen mit Russland gemacht, nachdem sein Präsident Micheil Saakaschwili 2008 Putin den willkommenen Anlass für eine Intervention frei Haus lieferte – vermutlich in der völligen Fehleinschätzung über das Maß westlicher Unterstützung. Die *frozen conflicts* in Abchasien und Südossetien können jederzeit als Hebel benutzt werden, das westlich orientierte Georgien unter Druck zu setzen. Der georgische Versuch, sich durch eine NATO- und EU-Mitgliedschaft davor zu schützen, war bisher nicht von Erfolg gekrönt – sicher ein indirekter Erfolg Putins im jahrelangen Narrativ, eine solche Missachtung seiner Einflusssphäre könne die Beziehungen zum Westen belasten.

In Armenien und Aserbaidschan hat sich Russland seinen Einfluss auf intelligentere Weise zu sichern versucht, indem eine Schaukelpolitik und gewisse Vermittlerrolle nach dem letzten Waffengang um Nagorny-Karabach seine Unentbehrlichkeit deutlich gemacht hat. Gleichzeitig hat allerdings mit der Türkei eine weitere Regionalmacht eine deutliche "Duftmarke" gesetzt, die Moskaus Macht Grenzen aufzeigt: Es waren in erster Linie die türkischen Drohnen, die den Krieg zugunsten Bakus entschieden haben – eine Tatsache, die man dort ganz sicher nicht vergisst, zumal man Russland ohnehin immer eher an der Seite Armeniens vermutete. Dies unterstrich Aserbaidschan nicht zuletzt mit kriegerischen Aktionen, als man Russland mit der Ukraine hinreichend beschäftigt sah – auch unterstützen aserbaidschanische Erklärungen nicht gerade die russische Sicht. Die Türkei unternimmt erhebliche Anstrengungen, nicht nur in dieser Region eine aktivere Rolle zu spielen – auch in Libyen und in Afrika konterkariert sie russische Ansprüche. Alte Großreiche – hier scheinen sich Russen, Osmanen und Perser durchaus zu gleichen – haben langlebige Erinnerungen an die Ausdehnung ihrer früheren Reiche und handeln entsprechend – ein Denken, zu dem man im geopolitisch unterbelichteten Deutschland nur noch schwer Zugang findet.

Dem Westen jedenfalls hat seine Zurückhaltung gegenüber Russland sichtlich nicht genutzt – zu lange hatte er auf Kooperation gesetzt. Die NATO-Russland-Akte und die Charta von Paris belegen dies nachdrücklich. "Uns war immer klar: Putin ist aggressiv. Am 24. Februar hat er das Schachbrett umgeworfen", sagt Rüdiger von Fritsch, früherer deutscher Botschafter in Moskau, zu Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine<sup>12</sup> und macht deutlich: Manchmal dauert es lange, bis man etwas wirklich in seiner Konsequenz begreift und die richtigen Schlüsse daraus zieht. "Der Westen", so auch Putin-Analystin Catherine Belton, "hat bereitwillig die Augen verschlossen. Das war eine Mischung aus Naivität, Selbstgefälligkeit und vielleicht auch Arroganz. Zugleich", so schränkt sie immerhin ein, "konnte niemand erwarten, dass Putin so weit gehen würde, weil es […] selbstmörderisch erscheint."<sup>13</sup>

Es haben sich jedenfalls nicht "alle geirrt", wie es jetzt entschuldigend heißt, sondern es gab klare Zeichen, auf die kluge Beobachter und echte Experten seit Langem hingewiesen haben – die Zeiten aber waren nicht danach, dass man diese Warnungen hätte ernst nehmen wollen. Das sollte nicht immer wieder passieren. Oder um es mit Timofey Neshitov zu sagen: "Eine frühe Warnung ist in meinen Augen mindestens so wichtig, wenn nicht wichtiger als später Mut."<sup>14</sup>

- Karl Schlögel: "Die Ukraine als Kairos. Die Ordnung im Kopf und die Unordnung der Welt", in: OSTEUROPA, 72. Jg., Nr.1-3/2022, S. 7-18.
- $^{2}\,$  Nikolas Busse: "Putins Kolonialismus", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.10.2022.
- <sup>3</sup> Guido Hausmann / Tanja Penter: "Instrumentalisiert, verdrängt, ignoriert. Der Holodomor im Bewusstsein der Deutschen", in: OSTEUROPA, 70. Jg., Nr. 3-4/2020, S.193–214.
- <sup>4</sup> Thomas Petersen: "Fassungsloser Blick nach Moskau", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.02.2022.
- Michel Eltchaninoff: "Da wusste ich, dass er einen großen Krieg lostreten würde". Interview mit Philipp Oehmke und Britta Sandberg, in: Der Spiegel, 09.04.2022.
- <sup>6</sup> Heike Schmoll: "Mit Gott und Granaten. Putins Geschichtsbild", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.03.2022.
- Viktor Jerofejew: "Auf dem Kriegspfad ist er in seinem Element", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.08.2022.
- <sup>8</sup> Jan C. Behrends: "Putins negative Ukrainepolitik", in: OSTEUROPA, 71. Jg., Nr. 7/2021, S. 77-84.
- <sup>9</sup> Vgl. Rüdiger von Fritsch: Russlands Weg. Als Botschafter in Moskau, Berlin 2020, S. 285.
- $^{10}$  Peter Frankopan: The new silk roads. The present and future of the world, London 2018.
- <sup>11</sup> Thomas Kunze: Zentralasien. Porträt einer Region, Berlin 2018, S. 230.
- <sup>12</sup> Rüdiger von Fritsch: "Wie falsch war Angela Merkels Außenpolitik?". Interview in: DIE ZEIT, 30.06.2022.
- <sup>13</sup> Catherine Belton: "Meine Informanten werden mit dem Tode bedroht". Interview in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.03.2022.
- <sup>14</sup> Timofey Neshitov: "Der russische Patient", in: Der Spiegel, 06.08.2022

## Staat im Staate

Tschetschenien als inneres Ausland

#### **JERONIM PEROVIĆ**

Geboren 1971 in Winterthur (Schweiz), promovierter Historiker und Politikwissenschaftler, Professor für Osteuropäische Geschichte und Wissenschaftlicher Direktor des Center for Eastern European Studies (CEES) an der Universität Zürich.

Nirgendwo traf Russlands imperiale Expansion im 19. Jahrhundert auf erbitterteren Widerstand als in den von Tschetschenen und dagestanischen Bergvölkern besiedelten Gebieten des Nordkaukasus. Auf die gewaltsame Eingliederung dieser muslimischen Gesellschaften ins Russische Kaiserreich folgte eine Zeit, die von Aufständen, erzwungenen Umsiedlungen und staatlicher Repression geprägt war. Von allen

nordkaukasischen Völkern galten den Beamten und Administratoren des Zaren insbesondere die Tschetschenen in kultureller Hinsicht als "Fremdstämmige" (*inorodcy*) und damit kaum in den imperialen Staatsverband integrierbar. Von der im späten 19. Jahrhundert einsetzenden Modernisierung

und Industrialisierung blieben Tschetschenen deshalb weitgehend ausgeschlossen. In der damals boomenden Erdölindustrie bei Grosny arbeiteten kaum Tschetschenen, dafür vor allem Russen und andere Slawischstämmige.

Lenin und seine bolschewistischen Weggefährten versprachen den nicht-russischen Völkern nach der Oktoberrevolution 1917 mehr Freiheiten, um sich deren Lovalität für das sozialistische Staatsprojekt zu sichern. Tatsächlich profitierten in diesem Zeitraum auch Tschetschenen von einer Nationalitätenpolitik, die auf die Förderung der indigenen Sprachen und Kulturen abzielte und Angehörigen der sogenannten "Titularnationen" führende Posten in Staat und Partei ermöglichte. Tschetschenen kamen Anfang der 1920er-Jahre sogar in den Genuss eines eigenen autonomen Verwaltungsgebiets, das 1934 im Verbund mit Inguschetien zu einer autonomen Republik aufgewertet wurde. Allerdings blieb auch in dieser Zeit das Verhältnis der Tschetschenen zur Sowjetmacht angespannt. In weiten Teilen des Nordkaukasus kam es im Zuge der forcierten Kollektivierung der Landwirtschaft zu bewaffneten Aufständen, und zahlreiche Angehörige der nationalen Eliten fielen dem stalinistischen Terror der 1930er-Jahre zum Opfer. Wie sehr die sowietische Führung Tschetschenen und anderen Nordkaukasusvölkern weiterhin misstraute, äußerte sich auch darin, dass diese bis 1939 von der allgemeinen Wehrpflicht ausgenommen waren.

## TRAUMA DEPORTATION

Im deutsch-sowjetischen Krieg (1941–1945) kämpften Zehntausende Tschetschenen und andere Nordkaukasier in der Roten Armee gegen Hitlerdeutschland, und viele ließen für die Sowjetunion ihr Leben. Allerdings gestaltete sich die Mobilisierungskampagne bei den Tschetschenen schwierig; viele verweigerten den Dienst, flüchteten in die Wälder und Berge und formierten sich dort zu bewaffneten Widerstandsgruppen. Unter dem pauschalen Vorwurf der "Kollaboration" mit dem Feind ließ Stalin gegen Endes des Zweiten Weltkriegs im Nordkaukasus die Tschetschenen, die Inguschen sowie die zahlenmäßig kleinen Völker der Balkaren und Karatschajer in ihrer Gesamtheit aus dem Nordkaukasus aussiedeln. Sie galten fortan als "Feindesnationen". Zwischen Herbst 1943 und Frühjahr 1944 wurden über 600.000 Nordkaukasier wie Vieh in Bahnwaggons verfrachtet und nach Zentralasien deportiert. Die Tschetscheno-Inguschische Republik wurde aufgelöst. Mehrere Zehntausend Menschen starben auf dem Transport und in den ersten Jahren des Exils. Erst 1956, unter Parteisekretär Nikita Chruschtschow, wurden diese Völker rehabilitiert; ab 1957 war ihnen auch die Rückkehr in ihre kaukasischen Heimatgebiete erlaubt. Die Tschetscheno-Inguschische Republik wurde wiederhergestellt.

Die Deportation und das schwierige Leben im Exil brannten sich als traumatische Erfahrung in das kollektive Gedächtnis der Menschen ein. Während der gesamten späteren Sowjetzeit durfte über dieses Ereignis nicht öffentlich gesprochen werden. Eine Aufarbeitung dieser Gewalterfahrung blieb bis zum Amtsantritt von Michail Gorbatschow und zu der von ihm eingeleiteten Politik der Glasnost ("Transparenz") Ende der 1980er-Jahre aus. Auch waren Tschetschenen und Inguschen in ihrer Republik in öffentlichen Ämtern und in Führungsetagen der staatlichen Unternehmen gegenüber den Russen stark unterrepräsentiert. Im Unterschied zu allen anderen nicht-russischen autonomen Verwaltungseinheiten der Sowjetunion besetzte einzig in Tschetscheno-Inguschetien bis 1989 ein ethnischer Russe und damit kein Angehöriger der Titularnation den machtvollen Posten des Ersten Parteisekretärs.

Zwar erlebte die Republik in der späten Sowjetzeit und dank finanzieller Zuwendungen aus Moskau einen starken wirtschaftlichen Aufschwung. Doch davon profitierten Tschetschenen und Inguschen nur bedingt. Sie waren vornehmlich als Arbeiter und in der Landwirtschaft tätig, nahmen niedere Beamtenfunktionen wahr und lebten in den ärmlicheren Außenbezirken Grosnys und in den Dörfern auf dem Land. Tausende junger tschetschenischer Männer wanderten in andere Städte des Landes ab, und nicht wenige verdienten ihr Geld mit halblegalen oder sogar kriminellen Aktivitäten. Es war diese Generation junger Männer, die später den Kern des bewaffneten tschetschenischen Widerstands gegen Russland bilden sollte. Die problematische Situation Tschetscheno-Inguschetiens spiegelte sich auch im Bildungsstand wider: Ungeachtet dessen, dass immer mehr Menschen über einen Schulabschluss verfügten, rangierte die Tschetscheno-Inguschische Republik bezüglich des allgemeinen Bildungsniveaus der Bevölkerung gemäß der Volkszählung von 1989 auf dem letzten Platz.

#### **SEZESSIONSKRIEGE**

Als im Zuge der Liberalisierung durch Gorbatschow erstmals auch offen über die Verbrechen der Stalin-Zeit gesprochen werden durfte, mündete die Diskussion darüber unter den Tschetschenen in eine unheilvolle gesellschaftliche Dynamik: Nationalistisch orientierte Kräfte um Dschochar Dudajew, einen ehemaligen Offizier der sowjetischen Luftstreitkräfte, übernahmen in Tschetschenien die Macht und drängten auf vollständige staatliche Unabhängigkeit. Dudajew, der im Oktober 1991 in umstrittenen Wahlen zum ersten Präsidenten Tschetscheniens gewählt wurde, sah in der Deportation einen "Genozid" und erklärte die Einverleibung Tschetscheniens im 19. Jahrhundert für illegal. Anders als die Tschetschenen waren die Inguschen nicht an einer Sezession von Russland interessiert und lösten sich deshalb bereits 1992 von der gemeinsamen Republik.

Russlands Präsident Boris Jelzin fürchtete vor dem Hintergrund von Autonomieforderungen, die sich Anfang der 1990er-Jahre auch in Tatarstan, Baschkortostan und einer Reihe anderer Regionen Russlands bemerkbar gemacht hatten, um den Zusammenhalt des Landes. Um den Unabhängigkeitsbestrebungen Tschetscheniens ein Ende zu setzen und ein Signal an andere, nach mehr Autonomie strebenden Regionen des Landes auszusenden, gab er im Dezember 1994 den verhängnisvollen Befehl zum Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien.

Allerdings hatte Moskau den Widerstandswillen der Tschetschenen unterschätzt. Diese vermochten der russischen Armee auch dank der Waffen, die ihnen die sowjetischen Truppen Anfang der 1990er-Jahre überlassen hatten, große Verluste zuzufügen. Nach fast zwei Jahren Krieg einigten sich die beiden Seiten im August 1996 auf ein Waffenstillstandsabkommen, das auf eine faktische Anerkennung der tschetschenischen Unabhängigkeit hinauslief. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Krieg Schätzungen zufolge etwa 80.000 Menschenleben gefordert und zog massivste Verwüstungen nach sich.

## DIE "TSCHETSCHENISIERUNG" TSCHETSCHENIENS

Nach dem Abzug der russischen Truppen war die Situation innerhalb Tschetscheniens keineswegs stabil, sondern von politischen Richtungskämpfen und gewaltsamen Spannungen unter rivalisierenden Banden gezeichnet. In Reaktion auf vermeintlich von Tschetschenen ausgeführte Bombenanschläge auf Wohnhäuser in Russland und den Einfall tschetschenischer Islamisten unter dem Kommando des Rebellenführers Schamil Bassajew in dagestanische Grenzdörfer entsandte Russland im August 1999 erneut Truppen nach Tschetschenien. 2006 und danach 2009 verkündete Russlands Präsident Wladimir Putin das Ende des als "Anti-Terror-Operation" bezeichneten Krieges. Im Zuge des sogenannten Zweiten Tschetschenienkriegs kamen erneut mehrere Zehntausend Menschen ums Leben.

Die gewaltsame Befriedung Tschetscheniens war dem Umstand geschuldet, dass die russischen Truppen nun mit noch größerer Härte gegen den tschetschenischen Widerstand vorgingen. Zum Sieg Russlands trug aber auch bei, dass es Moskau gelungen war, die Zerwürfnisse innerhalb der tschetschenischen Gesellschaft zu seinen Gunsten zu nutzen. Entscheidend war, dass Achmat Kadyrow, der machtvolle Mufti von Tschetschenien, die Seiten wechselte und sich gegen seine ehemaligen tschetschenischen Kampfgefährten stellte. Bereits im Februar 2000 eroberten russische Truppen Grosny, worauf der tschetschenische Widerstand in den Untergrund ging. Unterstützt von Moskau, wurde Achmat Kadyrow im Oktober 2003 mit großer Mehrheit zum Präsidenten Tschetscheniens gewählt. Weil sich zuvor alle

anderen Kandidaten auf Druck Moskaus zurückgezogen hatten, konnte die Wahl allerdings nicht als frei und fair angesehen werden und trug somit kaum zur Überwindung der tiefen Spaltung der tschetschenischen Gesellschaft bei.

Unter Putin sollte es keine Verhandlungen mit den Separatisten und keine Anerkennung ihrer Sache durch Moskau geben. Stattdessen verfolgte Moskau eine Politik der "Tschetschenisierung", die letztlich darauf hinauslief, dass alle wichtigen Schaltstellen im staatlichen Machtapparat, in der Wirtschaft und in den Sicherheitsdiensten zunehmend mit Familienmitgliedern und Anhängern Kadyrows besetzt wurden. Als wichtigste Stütze dieses Regimes figurierte der "Sicherheitsdienst von Achmat Kadyrow", bekannt unter dem Namen *Kadyrowtzy*. Diese mehrere Tausend Mann umfassende Leibgarde des Präsidenten, die von dessen Sohn Ramsan angeführt wurde, war im Kern eine Privatarmee des Kadyrow-Klans. Sie wurde 2004 in das tschetschenische Innenministerium integriert und damit legalisiert.

#### **DIE DIKTATUR RAMSAN KADYROWS**

Nachdem Achmat Kadyrow während einer öffentlichen Gedenkveranstaltung zum "Tag des Sieges" am 9. Mai 2004 einem Bombenanschlag zum Opfer gefallen war, war es aus der Perspektive des Kremls nur folgerichtig, dass dessen Sohn Ramsan zu seinem Nachfolger ernannt werden sollte. Aufgrund einer verfassungsmäßigen Altersbeschränkung war Ramsan Kadyrow allerdings noch zu jung, um die Nachfolge seines Vaters als Präsident anzutreten; deshalb wurde er zunächst zum Vizepremier der Republik ernannt. Als Ramsan Kadyrow dreißig Jahre alt wurde, trat der damalige Präsident Tschetscheniens, Alu Alchanow, zurück und wurde als stellvertretender Justizminister nach Moskau versetzt. Auf Putins Vorschlag hin ernannte das tschetschenische Parlament Ramsan Kadyrow am 2. März 2007 offiziell zum Präsidenten.

Seither hat sich Tschetschenien zu einem faktisch unabhängigen Staat innerhalb Russlands entwickelt, der von Kadyrow mit eiserner Hand regiert wird. Tschetschenien verfügt über eigene Sicherheitskräfte und verwaltet sich in politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht weitgehend selbst. Im Gegenzug für diesen Sonderstatus, der durch großzügige finanzielle Zuwendung aus dem russischen Staatsbudget gestützt wird, gibt sich Kadyrow dem Kreml gegenüber loyal, stellt seine Truppen für Kriegseinsätze Russlands zur Verfügung und gewährleistet Tschetscheniens innere Stabilität, indem er Kritik an seinem Regime unterdrückt und mit großer Härte gegen jegliche tatsächliche und vermeintliche Gegner vorgeht.

Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, die Stabilisierung Tschetscheniens unter Kadyrow nur einer repressiven Politik zuzuschreiben. Wie in der frühen Sowjetzeit, als die bolschewistische Führung im Rahmen ihrer Nationalitätenpolitik auf loyale nicht-russische Kader gesetzt hatte, wird Tschetschenien

**IM FOKUS** 

heute von Tschetschenen regiert. Zwar darf das hochgradig personalisierte System mit Ramsan Kadyrow an der Spitze als ein zentrales Charaktermerkmal des tschetschenischen politischen Regimes und Grundlage für die derzeitige Stabilität betrachtet werden. Gleichzeitig ist es aber der tschetschenische Staat und seine ausschließlich von Tschetschenen besetzten Institutionen, die zum nationalen Zusammenhalt beitragen. Die Betonung einer eigenen tschetschenischen nationalen Identität, die auf der Ausrichtung am Sufismus im Islam, der tschetschenischen Sprache und Symbolik (zum Beispiel Flagge und nationale Trachten) sowie auf staatlich streng vorgegebenen Verhaltensweisen und Regeln (etwa Kleidervorschriften für Frauen) beruht, wird nicht nur von Kadyrow propagiert, sondern auch über die staatlichen Institutionen reproduziert.

Nach außen präsentiert sich Tschetschenien unter Ramsan Kadyrow als Erfolgsgeschichte. Ein organisierter Widerstand gegen sein Regime existiert innerhalb Tschetscheniens nicht mehr, die letzten radikalislamistischen Gruppierungen wurden bereits vor Jahren ausgemerzt, das stark zerstörte Grosny und andere Ortschaften in neuem Glanz aufgebaut. Damit sind aber weder die Konfliktlinien innerhalb der tschetschenischen Gesellschaft verschwunden, noch kann das Verhältnis zu Russland als wirklich stabil bezeichnet werden. Die Gewährung von Autonomie im Gegenzug für Loyalität basiert im Kern auf einem informellen "Abkommen" zwischen Putin und Kadyrow. Deshalb ist unklar, wie sich etwa ein personeller Führungswechsel im Kreml auf die russisch-tschetschenischen Beziehungen auswirken würde.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Gewalterfahrung der jüngsten Tschetschenienkriege, aber auch das noch immer nachwirkende Trauma der stalinistischen Deportation nie umfänglich aufgearbeitet worden sind. In Umkehrung des unter Dudajew propagierten Narrativs vom russisch-tschetschenischen "Dauerkonflikt" stützt sich Ramsan Kadyrow heute zwar erneut auf sowjetische Vorstellungen von der "Völkerfreundschaft" und betont die historische Verbundenheit von Tschetschenen und Russen. Doch diese Rhetorik könnte sich dann schnell wieder ändern, wenn Russland unter neuer Führung versucht sein könnte, den Sonderstatus der tschetschenischen Republik infrage zu stellen.

Der Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine hat den Sonderstatus Tschetscheniens und die Position Kadyrows zwar eher noch gestärkt. Denn auch tschetschenische Truppen beteiligen sich aktiv am Kriegsgeschehen. Als lautstarker Verfechter des Krieges hat Kadyrow erneut seine Loyalität gegenüber Moskau unter Beweis gestellt. Damit ist seine politische Zukunft allerdings auch eng mit dem Ausgang der russisch-ukrainischen Auseinandersetzung verknüpft und abhängig von innenpolitischen Rückwirkungen, die dieser Konflikt für Russland und die Stabilität des Putin'schen Regimes haben könnte.

# Nebenschauplatz?

Russlands wachsender Einfluss in Afrika

#### **KATJA LEIKERT**

Geboren 1975 in Neustadt an der Weinstraße, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sowie Obfrau im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitglied des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Seit Monaten bereitet die wachsende russische militärische Präsenz in Mali der Bundeswehr und unseren europäischen Partnern vor Ort große Probleme. Dabei ist Mali nur ein Mosaikstück: In der gesamten Sahelzone und in vielen anderen Teilen Afrikas hat Russlands militärischer und politischer Einfluss in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Selbst wenn die Problematik mittlerweile von westlichen Regierungen erkannt wurde, so haben weder Deutschland noch die Europäische Union als Ganzes eine kohärente Strategie, damit umzugehen. Doch genau diese ist notwendig. Denn der größer

werdende russische Fußabdruck – insbesondere in Subsahara-Afrika – ist eine strategische Herausforderung. Er wirft für die Europäische Union Fragen über die Zukunft unserer Energiepartnerschaften, unseres sicherheitspolitischen Engagements und unserer Entwicklungs- und humanitären Arbeit auf. Wenn wir dieser Herausforderung nicht entschlossen begegnen, kann das langfristig bittere Konsequenzen nach sich ziehen.

Es ist inzwischen viele Jahre her, dass Moskaus Aktivitäten in Afrika "dem Westen" zuletzt ernsthaft Kopfzerbrechen bereitet haben. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind die Beziehungen zwischen Russland und den einst ideologisch nahestehenden Staaten Afrikas wie Äthiopien und Angola zunächst schwächer geworden. Moskau konzentrierte sich auf Probleme in der Heimat sowie in seinen Nachbarregionen und widmete dem globalen Süden weniger Aufmerksamkeit.

Spätestens seit den 2000er-Jahren ist Russland wieder aktiver in Afrika - ein Trend, der sich in den Jahren nach der Krim-Annexion 2014 nochmals deutlich verstärkt hat. Allein zwischen 2015 und 2018 hat Russland mehr als zwanzig Militärische Kooperationsabkommen mit afrikanischen Staaten geschlossen und Söldner in Staaten von Mali über Mosambik und Sudan bis nach Libven entsandt.<sup>1</sup> Auch diplomatisch ist der Trend eindeutig. In den fünf Jahren vor Beginn der Corona-Pandemie fanden mehr afrikanische Staatsbesuche in Russland statt als in den fünfzehn Jahren zuvor. Große Gipfeltreffen wie das Russland-Afrika-Forum in Sotschi 2019 wurden aus der Taufe gehoben.

Dabei versucht Russland nicht, auf Augenhöhe mit dem Westen um Einfluss in Afrika zu ringen. Dazu wäre es gar nicht in der Lage. Die wirtschaftlichen Verbindungen haben zwar wieder zugenommen, doch sie sind weiter vergleichsweise unbedeutend.<sup>2</sup> Lediglich ein Prozent der nach Subsahara-Afrika importierten Güter stammt aus Russland (China: 18 Prozent; Deutschland: fünf Prozent), und lediglich 0,3 Prozent der Exporte gehen nach Russland (China: elf Prozent, Deutschland: vier Prozent). Zu den ausländischen Direktinvestitionen trägt Russland weniger als ein Prozent bei, und im Bereich Entwicklungshilfe rührt Moskau de facto keinen Finger.

#### "GUERILLA GEOPOLITICS"

Dennoch existiert ein signifikanter russischer Einfluss, der zudem stetig zunimmt. Zum einen hat Moskau als größter Waffenlieferant<sup>3</sup> (2017 bis 2021 kamen 44 Prozent aller Rüstungsimporte aus Russland) und gewichtiger Akteur im Energie- und Rohstoffsektor durchaus Verhandlungsmasse. Zum anderen versteht es Moskau, sich gekonnt als Alternative zum "Westen" in Szene zu setzen – als neutrale Macht ohne jegliche koloniale Vergangenheit auf dem Kontinent, die "afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme" fordert und sich als Befürworter einer auf Souveränität fokussierten multipolaren Welt verkauft. Dass Russland eine eigene koloniale Geschichte besitzt, nur eben nicht in Afrika, und die Souveränität anderer Staaten regelmäßig mit Füßen tritt, wird unter den Teppich gekehrt.

Perfide nutzt Moskau das Konzept der "Guerilla Geopolitics".<sup>4</sup> Hier wird opportunistisch jede Möglichkeit genutzt, um mit wenig Einsatz hohe (politische und wirtschaftliche) Erträge zu erzielen. Dies geschieht häufig über sogenannte "Proxys" [Stellvertreter, Anm. d. Redaktion] wie die Söldnergruppe Wagner und ihre affiliierten Entitäten, die es dem Kreml erlauben, eine direkte Einmischung zu verleugnen und Sanktionen zu umgehen. Selbst wenn diese Akteure manchmal "auf eigene Rechnung" agieren, so ist davon auszugehen, dass alle Aktivitäten zumindest vom Kreml abgenickt worden sind.

#### UNTERSTÜTZUNG ISOLIERTER REGIME

Die genaue Dynamik, nach der russische Akteure ihren Einfluss vor Ort ausbauen, variiert je nach Land, doch verläuft der Deal in der Regel nach dem gleichen Muster:6 Russland stützt die oftmals isolierten Regimes militärisch und diplomatisch nicht zuletzt durch sein Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – und erhält im Gegenzug wirtschaftliche Konzessionen, etwa für den Abbau von Edelmetallen im Sudan, und politischen Einfluss. Dieser Einfluss kann sich so äußern, dass Regierungen gegen westliche Partner aufgewiegelt werden, wie in Mali. Er kann sogar dazu führen, dass ein ehemaliger russischer Geheimagent, Valery Zakharov, zum nationalen Sicherheitsberater der Zentralafrikanischen Republik ernannt wird, dessen Regime auf militärische Unterstützung aus Russland baut.

Bei alldem darf man die Handlungsmacht der afrikanischen Staaten nicht unterschätzen. Die Mär, dass diese Regierungen sich lediglich naiv manipulieren lassen, anstatt auch eigenen Interessen zu folgen, ist schon bei der Debatte um Chinas "Schuldenfalle" – also dem Vorwurf, dass Peking Staaten gezielt in finanzielle Abhängigkeit treibt – nicht überzeugend. Mit Russlands Einfluss verhält es sich ähnlich. Zwar weiß Russland sich geschickt zu positionieren und Möglichkeiten zur Einflussnahme zu schaffen; doch oft sind es die afrikanischen Regierungen selbst, die russische Unterstützung suchen – um ihre Verhandlungsposition gegenüber anderen Staaten zu stärken oder um ganz einfach an der Macht zu bleiben.

Russlands Einfluss in Afrika ist also vielfältig. Und ebenso vielfältig sind die daraus erwachsenden Probleme. Gerade vor dem Hintergrund der Energiewende sind Deutschland und Europa mehr denn je auf Afrika als Partner angewiesen. Die Industrie braucht Kobalt und Lithium aus dem Kongo für Autobatterien, Wasserstoff aus Namibia als Energieträger, Kupfer aus Sambia für Kabel und Legierungen. Doch um diese Beziehungen nachhaltig und erfolgreich zu gestalten, ist Stabilität erforderlich. Und genau diese untergraben Moskau und seine Komplizen, indem sie autokratische Kleptokratien stützen, Konflikte befeuern, soziale Spannung aufheizen und wo möglich einen Keil zwischen uns und unsere afrikanischen Partner vor Ort treiben.

### ZUGRIFF AUF MIGRATIONSROUTEN

Auch geostrategisch lauern Gefahren. Putin verschafft sich zunehmend Kontrolle über wichtige Migrationsrouten aus Afrika nach Europa. Dass er bereit ist, Migration als Waffe zu nutzen, hat er im vergangenen Jahr bewiesen, als er Belarus half,

unterbrechen.

Tausende Flüchtlinge über die Ostgrenze der Europäischen Union zu schicken. Darüber hinaus ist Moskau nach wie vor darauf aus, sich permanente Militärbasen entlang der NATO-Südflanke zu sichern, die im Krisenfall genutzt werden können, um Handels- und Nachschubrouten zu

Um zu verhindern, dass dieser Einfluss weiter zunimmt und die damit verbundenen Risiken stärker zum Tragen kommen, muss die deutsche und damit auch die europäische Außenpolitik handeln. Wenn ein Land sich erst einmal an Russland gebunden und westliche Partner "verstoßen" hat – wie etwa in der Zentralafrikanischen Republik oder Mali –, ist es extrem schwer, dies umzukehren. Deshalb gilt es, Beziehungen zu wichtigen Partnern auf ein stabiles Fundament zu stellen, um einer solchen Entwicklung vorbeugen zu können.

Das kann durch tiefere handels- und sicherheitspolitische Partnerschaften geschehen. Faire wirtschaftliche Beziehungen, die es den afrikanischen Staaten ermöglichen, selbst komplexere Wertschöpfungsketten aufzubauen, sind ein wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigen Stabilität. Trotz vieler europäischer Versprechen von wirtschaftlicher Partnerschaft auf Augenhöhe gibt es in dieser Frage einigen Nachholbedarf. Im Bereich der Sicherheitspolitik sollten die Sorgen westafrikanischer Staaten ernst genommen werden, die ein Überschwappen des dschihadistischen Terrorismus aus dem Sahel fürchten.

Zusätzlich gilt es, regionale Institutionen wie die Afrikanische Union oder die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States, ECOWAS) zu stärken, die dazu beitragen können, den Bedarf an externen Akteuren in der Konfliktlösung zu reduzieren. Auch sollten Deutschland und seine demokratischen Partner, in Europa und darüber hinaus, Demokratiebewegungen und Regierungen, die unsere Werte teilen, intensiver unterstützen.

## RUSSISCH-CHINESISCHE DIVERGENZEN

Einer der größten Schwachpunkte in der aktuellen Herangehensweise ist die strategische Kommunikation. Während Russland seine mediale Präsenz in Afrika massiv ausbaut, ist Deutschland weitgehend passiv. Sender wie *Russia Today* und "Trollfabriken", die von russischen Akteuren aufgebaut werden, verbreiten in Afrika gegen den Westen gerichtete Desinformation und heizen Konflikte an – und gleichzeitig scheint Deutschland kaum bereit, seine eigenen Erfolge offen zu kommunizieren, geschweige denn russische Fehler.

Dabei ließe sich in diesem Punkt mit wenig Aufwand einiges erreichen. Botschaften und andere deutsche beziehungsweise europäische Akteure könnten aktiver in der Kommunikation werden, ohne dass man finanziell oder personell massiv aufrüsten müsste. Erfolge wie etwa die Rettung von 24 malischen Soldaten durch die Bundeswehr im August<sup>7</sup> sollten offensiv an die lokale Bevölkerung herangetragen werden. Ebenso könnte Russlands Narrativ als kompetenter Partner in der Terrorbekämpfung durch Verweise auf seine eigentlich sehr schwache Bilanz (so in Mosambik 2019) eingefangen werden.

Schließlich müssen wir die Lage auch global denken und uns bei der Frage,

welche internationalen Akteure in Afrika welche Rolle spielen, neu orientieren. Es gibt beispielsweise eine klare Divergenz zwischen chinesischen und russischen Interessen. Russland schürt Instabilität, von der es dann profitieren kann (etwa indem es Staaten in Abhängigkeiten treibt oder Waffen liefert). China hingegen sieht Afrika stärker durch die wirtschaftliche Linse und ist an Sicherheit und Stabilität für seine Investments, unter anderem durch die "Neue-Seidenstraße-Initiative" (Belt and Road Initiative), interessiert. Diese möglichen Bruchstellen könnten wir nutzen.

Diese Vorschläge sind nicht leicht umzusetzen. Eine vernünftige Strategie zu entwickeln und mit unseren internationalen Partnern abzustimmen, wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Doch wenn wir nicht schnell und entschlossen damit beginnen, werden wir langfristig die Konsequenzen dafür tragen müssen. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

- <sup>4</sup> Siehe Mark Galeotti: "Active Measures: Russia's Covert Geopolitical Operations". Marshall Center Security Insight, Nr. 31, Juni 2019, www.marshallcenter.org/en/publications/security-insights/active-measures-russias-covert-geopolitical-operations-0 [letzter Zugriff: 18.10.2022].
- Siehe Federica Saini Fasanotti: "Russia's Wagner Group in Africa: Influence, commercial concessions, rights violations, and counterinsurgency failure". Brookings Institution, 08.02.2022, www.brookings. edu/blog/order-from-chaos/2022/02/08/russiaswagner-group-in-africa-influence-commercialconcessions-rights-violations-andcounterinsurgency-failure/ [letzter Zugriff: 18.10.2022]; siehe auch Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika, Deutscher Bundestag, Drucksache 20/4048, 18.10.2022 (Vorabfassung).
- <sup>6</sup> Siehe Joseph Siegle: "How Russia is pursuing state capture in Africa". Africa Center for Strategic Studies, 21.03.2022, https://africacenter.org/experts/josephsiegle/russia-pursuing-state-capture-africa/ [letzter Zugriff: 18.10.2022].
- <sup>7</sup> Siehe Christian Putsch: "Deutschlands Schweigen zu Putins langem Arm in Mali", in: Die Welt, 22.08.2022, www.welt.de/politik/ausland/ plus240608557/Bundeswehr-Mission-Deutschlands-Schweigen-zu-Putins-langem-Arm-in-Mali.html [letzter Zugriff: 18.10.2022].

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Siehe Emmanuel Dreyfuss: "Moscow's Limited Prospects in Sub-Saharan Africa". Kennan Cable Nr. 47, Februar 2020, www.wilsoncenter.org/sites/default/files/media/uploads/documents/KI\_200224\_cable%2047\_v1.pdf [letzter Zugriff: 18.10.2022].

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Siehe Guido Lanfranchi / Kars de Bruijne: "The Russians are coming! The Russians are coming? Russia's growing presence in Africa and its implication for European policy". CRU Report, Clingendael, Juni 2022, www.clingendael.org/sites/default/ files/2022-06/The\_Russians\_are\_coming\_4eproef. pdf [letzter Zugriff: 18.10.2022].

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Siehe Eric Humphery-Smith / Maja Boycon: "Russian-aligned African states face worsening social and governance profiles", in: Verisk Maplecroft, 25.04.2022, www.maplecroft.com/insights/analysis/russian-aligned-african-states-face-worsening-social-and-governance-profiles/ [letzter Zugriff: 18.10.2022].

# Besondere Beziehungen

Über das "deutsch-russische Jahrhundert" und seine Folgen

#### STEFAN CREUZBERGER

Geboren 1961 in Calw, promovierter Historiker, Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung, Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte sowie Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland, Historisches Institut, Universität Rostock, u. a. Mitherausgeber der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD).

Herr Professor Creuzberger, vier Wochen nach dem Angriffskrieg gegen die Ukraine erschien Ihr Buch "Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung".

Was war an dieser Beziehung so besonders?

Stefan Creuzberger: Meine These ist, dass das lange 20. Jahrhundert mit seiner Ausstrahlungskraft in das 21. Jahrhundert nicht nur ein amerikanisch-sowjetisches Jahrhundert gewesen ist. Wer genauer hinschaut, wird feststellen, dass Deutsche und Russen auch gewichtige Akteure gewesen sind. Ihre besonderen Beziehungen haben nicht nur das bilaterale Verhältnis geprägt, sondern auch die europäische und internationale Geschichte. Das lässt sich für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts leichter nachvollziehen, da Deutschland und Russland als souveräne Staaten



Stefan Creuzberger, nominiert für den Deutschen Sachbuchpreis 2022. Foto: © Mo Wüstenhagen

auftreten konnten. Schwieriger wird dies nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als die Deutschen zumindest zeitweilig ein Objekt der Geschichte waren.

Die Besonderheit des deutsch-russischen Verhältnisses liegt darin, dass es kaum andere Staaten auf der Welt gibt, deren Beziehung nur annähernd so nachhaltig durch Revolution und Umbruch, Terror und Gewalt und nicht zuletzt durch Abgrenzung und Verständigung geprägt gewesen sind.

Inwieweit waren andere Staaten, insbesondere die GUS-Nachfolgestaaten, Leidtragende dieser besonderen Beziehung?

Stefan Creuzberger: Hervorzuheben ist der Hitler-Stalin-Pakt. Durch diesen Pakt haben Hitler und Stalin 1939 auf zynische Art und Weise in einem geheimen Zusatzprotokoll große Teile Ost-Mittel- und Ost-

europas unter sich aufgeteilt. Spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die betroffenen Staaten erneut Leidtragende dieser besonderen Allianz. Die stalinistische Regionalmacht Sowjetunion ist durch den Zweiten Weltkrieg zu einer Welt- und Supermacht aufgestiegen. Seit 1945 bestimmte sie auf Augenhöhe mit der westlichen Supermacht USA in einer bipolaren Welt das weitere Geschehen. Die Sowjetunion dehnte ihr Einflussgebiet durch den Vormarsch in Richtung Westen aus und besetzte Länder, die sie systematisch sowietisierte. Die stalinistische Diktatur wird auf Polen, auf Rumänien, auf die Tschechoslowakei, nicht zuletzt auf den östlichen Teils Deutschlands ausgedehnt. Die Gründung der DDR 1949 war eine stalinistische Gründung.

Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg und der Holocaust fanden im Großen und Ganzen nicht auf russischem, sondern auf ukrainischem und belarussischem Gebiet statt. Das waren die eigentlichen "Bloodlands", wie der amerikanische Historiker Timothy Snyder sie bezeichnet hat. Die wesentlichen Leidtragenden waren die Polen und die dort lebende jüdische Bevölkerung ab 1939, aber dann in den Jahren 1941 bis 1944 die Ukrainer und Belarussen. Sie waren einerseits Opfer des NS-Vernichtungsterrors, andererseits in dem Moment, in dem die Ukraine und Belarus als Sowietrepubliken befreit worden waren. Opfer des stalinistischen Terrorapparats, der die Überlebenden oft als Kollaborateure verdächtigte. Das ist das doppelte Leid, was Teile der heutigen GUS-Staaten, der früheren Sowjetrepubliken, aus dieser deutsch-russischen Geschichte ertragen mussten.

#### Welche weniger bekannten Erkenntnisse Ihres Buches lassen uns den Krieg gegen die Ukraine besser verstehen?

Stefan Creuzberger: Ich wundere mich immer wieder, wie sehr sich nach dem 24. Februar 2022 viele hinstellen und plötzlich wissen, was alles falsch gewesen ist. Allerdings hat es Warnungen etwa mit Blick auf die Vernachlässigung der Bundeswehr oder die energiepolitischen Abhängigkeiten gegeben. Doch diejenigen, die gemahnt haben, sind marginalisiert worden, weil man es einfach nicht wahrhaben wollte.

In meinem Buch benenne ich diese Punkte durchaus, und eine Schlussfolgerung ist sicherlich, dass die Deutschen sich zu wenig wehrhaft und entscheidungsstark zeigen. Die Deutschen sollten eine verantwortungsvolle Führung innerhalb des Bündnisses einnehmen.

Angela Merkel hat spätestens 2014 unter dem Eindruck der völkerrechts-

widrigen Krim-Annexion eine Sanktionsfront geschmiedet. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie die Grundstimmung war, nicht nur in Deutschland, auch im übrigen Europa, und wie schwer es war, dass Angela Merkel immer wieder die Ungarn, die Italiener mit ins Boot holen musste, um diese erste Sanktionsfront zusammenzubringen, versteht man die Situation vor Kriegsbeginn besser. Das sollten wir nicht vergessen, sonst werden wir auch im historischen Urteil ungerecht.

Das ist ein Beispiel für die unbekannteren Aspekte in der letzten Phase vor diesem Krieg, die man sich vergegenwärtigen muss. Die vergangenen Jahrzehnte sollten wir nicht leichtfertig nur als ein Versagen deutscher Russlandpolitik in Bausch und Bogen verurteilen. Das sehe ich nicht so. Das müssen wir differenziert betrachten. Es gab Versagen, aber auch sehr besonnenes und kluges Verhalten.

#### Sie sprechen von einem deutsch-russischen Jahrhundert. Warum nicht von einem deutsch-sowjetischen?

Stefan Creuzberger: Ich beginne in meinem Buch mit dem ausgehenden russischen Zarenreich, also dem Vorabend des Ersten Weltkriegs. Es folgt die Zeit der Oktoberrevolution 1917, in der die Deutschen eine besondere Rolle gespielt haben. Ohne die Deutschen, ohne die Rückführung Lenins ins revolutionäre Petrograd, hätte es die Oktoberrevolution so nicht gegeben.

Die Oktoberrevolution markiert den Beginn des Ost-West-Konflikts. Die revolutionäre Sowjetmacht, die das außenpolitische Koordinatensystem und das bis dahin bestehende politische Verständnis im Sinne des Klassenkampfes vollkommen negiert, führt zu einem Antagonismus in der politischen Kultur und in der internationalen Staatenwelt. Dieser Antagonismus, der spätestens nach 1947 zum Kalten Krieg führt, endet 1989/90 mit der deutschen Wiedervereinigung und mit der Selbstauflösung der Sowjetunion am 25. Dezember 1991.

Zwischen 1917 und 1991 haben wir in der Tat eine sowjetische Phase, aber ich nehme die Bezeichnung "russisch" als Überbegriff für drei Phasen: vor 1917, dann die sowjetische Phase, die mit sieben Jahrzehnten sehr lang war, und für die Phase nach 1991.

Zudem dominierte in den einzelnen Sowjetrepubliken lange Zeit das russische Element, die Führungspositionen waren meist durch ethnische Russen besetzt und nicht durch die Titularnation. In der Sowjetunion finden wir immer etwas Russisches und etwas Großrussisches.

#### Für die Bundesrepublik Deutschland könnte man annehmen, dass es eher ein deutsch-amerikanisches Jahrhundert war ...

Stefan Creuzberger: Im ersten Moment vermutet man das, zumindest für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Konrad Adenauer hat die "Schaukelpolitik" der Deutschen, das Mäandern zwischen Ost und West seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871, durch eine klare Position der Westintegration beendet. Im Rahmen dessen ist Konrad Adenauer 1955 aber derjenige, der diplomatische Beziehungen mit Moskau aufnimmt - mit Duldung und in Rücksprache mit den Westmächten. Das Ziel der deutschen Einheit hat Adenauer nie aufgegeben. Er nimmt mit seiner Moskau-Reise Kontakt zu der Gewährsmacht auf, die notwendig ist,

wenn man die deutsche Einheit herstellen möchte. Das sieht 1955 noch nicht so aus, aber 1989/90 unter dem Eindruck der Einheit erkennen wir diese Entwicklung.

Für mich ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Willy Brandt ab 1969 die neue Ostpolitik betreiben konnte; ohne diplomatische Beziehungen geht das nicht. Mit dem Ende der Entspannungspolitik in den späten 1970er- und den 1980er-Jahren wird deutlich, dass die damaligen Bundeskanzler aufgrund ihrer besonderen Beziehungen und Kontakte zur Sowietunion quasi als Dolmetscher zwischen Washington und Moskau wirken, vermitteln und die Politik des jeweils anderen erklären. In dieser Zeit sind sie es oft, die dazu beigetragen haben, dass über Abrüstungspolitik auch nach dem Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses, mit Blick auf Lang- und Mittelstreckenraketen, Washington und Moskau wieder ins Gespräch kommen. Das ist ein ganz besonderes Phänomen, und dann sind wir sowohl im deutschamerikanischen, aber auch im deutschrussischen Jahrhundert.

### Hatte der Erfolg der Ostpolitik auch blinde Flecken?

Stefan Creuzberger: Ich bewerte die neue Ostpolitik ambivalent. Aber ebenso wie die Westintegration wurde sie zu einer festen Säule der deutschen Außenpolitik. Die Ambivalenz besteht darin, dass die Entspannungspolitik auf westlicher Seite gekoppelt war mit der Hoffnung, dass sich die festgefahrene Situation zwischen Ost und West auflockert und sich auch das Schicksal der beiden deutschen Staaten zu einem Besseren wendet. Der Ostblock sah

das anders. Die Sowjetunion wollte den territorialen Status quo, wie er sich nach 1945 darstellte, durch Verträge völkerrechtlich absichern. Aus Sicht der Sowjetunion war das der Sinn der Ostverträge. Aus bundesrepublikanischer Sicht wurde die DDR zwar als Staat betrachtet, aber nie völkerrechtlich anerkannt. Die DDR konnte aus Sicht der Bundesrepublik kein Ausland sein.

Aus neueren sowjetischen Dokumenten wissen wir, dass die östliche Seite in der Entspannungspolitik auch eine große Gefahr sah, weil sie dadurch eine Destabilisierung des Ostblocks befürchtete.

Die neue Ostpolitik ist insbesondere im Zuge der Neben-Außenpolitik der SPD nach 1982 sehr stark auf die politischen Eliten fokussiert gewesen. Die Dissidenten und auch die Freiheitsbewegungen beispielsweise in Polen hatte die SPD zumeist nicht im Blick. Es hat ganz wenige Sozialdemokraten gegeben, wie etwa Gert Weisskirchen, die das innerhalb der eigenen Partei immer wieder moniert haben.

Unter dem Strich hat aber die Kombination aus Westintegration und der neuen Ostpolitik am Ende ein Klima befördert, dass sich Entwicklungen anbahnen konnten, die zum Niedergang des sowjetischen Imperiums und am Ende zur deutschen Einheit beigetragen haben.

Das "Geschichtsforum" der SPD hat selbst nach dem Überfall auf die Ukraine die gescheiterten Verhandlungsbemühungen als eine Deeskalation im Sinne der Politik Willy Brandts gerechtfertigt ...

**Stefan Creuzberger:** Wir werden einem Bundeskanzler Brandt nicht gerecht, wenn versucht wird, die Politik aus der Zeit des

Kalten Krieges auf die zurückliegenden Jahre zu übertragen. Das ist ahistorisch. Die Situation heute ist vollkommen anders. Wladimir Putin ist ein Mann des Sicherheitsapparates, der den Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums als KGB-Agent in Dresden erlebte. Putin ist sowjetisch-imperial geprägt. Zu meinen, die Entspannungspolitik Willy Brandts auf die heutige Zeit anwenden zu wollen, ist der große Trugschluss gewesen.

Man hat die Realitäten ignoriert und die Anzeichen der Putin'schen Politik, das Sammeln der sowjetischen Erde und die Ablehnung der liberalen Demokratie, nicht erkannt. Das macht klar, dass die Politik der letzten Jahre verfehlt gewesen ist. Wir hätten weitaus entschlossener unsere liberale Demokratie, unsere rechtsstaatlichen Vorstellungen und unsere Wehrhaftigkeit präsentieren müssen, um gegenüber Putin deutlich zu machen, wir sind ernst zu nehmen, wir stehen zu unseren Werten und wir halten sie auch für verteidigungswürdig.

Das Misstrauen gegenüber einer deutsch-russischen Sonderbeziehung wird als "Rapallo-Komplex" bezeichnet. Warum wirken die Erfahrungen eines vor einhundert Jahren an der ligurischen Mittelmeerküste geschlossenen Vertrages bis heute so stark nach?

Stefan Creuzberger: Der Vertrag von Rapallo war zunächst nichts Spektakuläres. Rapallo bedeutete, dass das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik mit dem am 16. April 1922 geschlossenen Vertrag ihre durch den Krieg und die russische Revolution unterbrochenen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen wieder

aufnahmen. Diese beiden Parias des internationalen Mächtesystems fanden am Ende aus purer Not heraus zusammen, weil es zumindest für die deutsche Seite keinerlei Möglichkeiten gab, sich nach Westen zu öffnen.

Daraus entwickeln sich Sonderbeziehungen in wirtschaftlicher, politischer, militärischer, zum Teil auch in kultureller Hinsicht. Der Rapallo-Komplex zieht sich bemerkenswerterweise durch das gesamte deutsch-russische Jahrhundert, bis in die Gegenwart. Eine der letzten Entscheidungen von Angela Merkel gemeinsam mit dem französischen Präsidenten auf einem EU-Gipfel 2021, bei der beide ohne Absprache mit den Verbündeten Wladimir Putin ein Gipfeltreffen ohne jegliche Vorleistung anbieten wollten, hat unsere östlichen Partner immens verprellt. Da waren wieder die Befürchtungen: Sind die Deutschen etwa wieder dabei, zwischen Ost und West zu mäandern, und keine verlässlichen Partner? Das ist das, was wir unter Rapallo-Komplex verstehen.

Die deutsche Politik seit Gründung der Bundesrepublik hat trotz aller Befürchtungen unserer Nachbarn immer wieder klargemacht: Es gab keine deutsche Rapallo-Politik, und es gibt auch keine deutsche Rapallo-Politik.

Am 30. Dezember 2022 jährt sich der Gründungstag der Sowjetunion zum einhundertsten Mal. Welche historische Erfahrung sollte an diesem Tag besondere Aufmerksamkeit bekommen?

Stefan Creuzberger: Wir sollten darauf hinweisen, dass die Sowjetunion ein Staat war, der aus einer Revolution hervorgegangen ist. Eine Gruppe bolschewistischer Berufsrevolutionäre hat einen Umsturz gewagt, der die damalige Welt auf den Kopf stellte und ihr den Kampf ansagte. Es waren Revolutionäre, die es zum Grundprinzip der UdSSR gemacht haben, dass auch über Terror und Gewalt politische Entscheidungen herbeigeführt werden können.

Wir in Deutschland sind auf den Stalinismus fokussiert. Aber der Anfang und die eigentliche Geburtsstunde des Stalinismus sind mit der Person Lenin verbunden. Es gehörte zum ideologischen und politischen Repertoire der Sowjetmacht und der Bolschewiki, Gewalt und Terror zu Grundprinzipien von Politikgestaltung zu erheben. Diese waren wesentliche Kennzeichen der Sowjetmacht – in der Innenwie auch Außenpolitik. Und eben diese UdSSR hat über sieben Jahrzehnte hinweg die internationale Szenerie beherrscht, insbesondere im Kalten Krieg.

Was wir heute in Form des Krieges in der Ukraine erleben, ist in mancherlei Hinsicht das schwere Erbe der Sowjetunion, weil ein Mann wie Wladimir Putin im Geiste dieses sowjetischen Imperiums sozialisiert ist. Für ihn ist es die geopolitische Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dass die UdSSR am 25. Dezember 1991 durch einen großen Mann wie Michail Gorbatschow aufgelöst worden ist.

Das Gespräch führte Ralf Thomas Baus am 13. Oktober 2022.

#### Literaturhinweis

Stefan Creuzberger: Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung, zweite Auflage, Hamburg 2022.

Die Publikation wurde für den Deutschen Sachbuchpreis 2022 und die Longlist des NDR-Sachbuchpreises 2022 nominiert.

# Ja und Amen?

Kirchen und Politik in der Ukraine und in Russland im Vergleich

#### **KATRIN BOECKH**

Geboren 1967 in München, Außerplanmäßige Professorin für Geschichte Ost- und Südosteuropas, Historisches Institut, Ludwig-Maximilians-Universität München. Der Befund ist erstaunlich: In der Agonie der Sowjetunion ab dem zweiten Drittel der 1980er-Jahre machten sich in vielen Republiken Vertreter und Angehörige von Kirchen und religiösen Gemeinschaften öffentlich bemerkbar, in den Jahren ab 1991 erfreuten sich die Kirchen

in den postsowjetischen Staaten steigenden Zuspruchs. Bis heute spielen sie keine unwesentliche Rolle, was nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 deutlich wurde. Im Folgenden stehen die Entwicklungen in Russland und in der Ukraine, die innerhalb der UdSSR als Sowjetrepubliken die *prima* und *secunda inter pares* darstellten, im Vordergrund. Der direkte kirchenpolitische Vergleich lässt Rückschlüsse auf den jeweiligen Grad der demokratischen Partizipation in der Gegenwart zu, darauf, inwieweit der allgemeine politische Diskurs durch Kirchen gefördert worden ist, und außerdem auf das Verhältnis

der Kirchen in den Ländern untereinander. Bei allen Unterschieden und kaum mehr vereinbaren Widersprüchen haben Russland und die Ukraine gemeinsam, dass die Orthodoxie jeweils die größte Kirche stellt.

Die Sowjetunion verfolgte ab der Oktoberrevolution 1917 bis kurz vor ihrem Kollaps Kirchen, Religionen und ihre Repräsentanten skrupellos. Die Orthodoxe Kirche als Stütze der gestürzten Zarenmacht gehörte zu den ersten Opfern der Bolschewiken nach 1917; bis 1939 wurden Zehntausende Geistliche ermordet. Andere kirchliche und religiöse Gemeinschaften unterlagen ebenfalls staatlicher Verfolgung, insbesondere, wenn ihr Oberhaupt außerhalb der UdSSR lebte – so bei den Katholiken der Papst in Rom – und wenn besondere ethnische Verbindungen bestanden – etwa bei den muslimischen Krimtataren, Trotz allem behielt die Orthodoxie eine Sonderstellung, weil Stalin ihre mobilisierende Kraft zu Beginn des Zweiten Weltkriegs erkannte und ihr daher ein gewisses Existenzrecht zubilligte. Der Preis dafür bestand allerdings in der Kontrolle durch die staatlichen Organe. Kaum ein Bischof wurde nicht durch den Geheimdienst ausgewählt, kein Priesterseminar war unbeobachtet durch das Innenministerium. Dennoch verhinderte die permanente Unterdrückung von Geistlichen und die aggressive Propaganda gegen Kirchen nicht, dass ein großer Teil der sowjetischen Bevölkerung gläubig blieb und im Geheimen und im Untergrund den Glauben zelebrierte.

Zur Antwort auf die Frage, wie die Kirchen überleben konnten, gehört, dass es vor allem der geglaubte Inhalt war, der überlebt hat, während kirchliche Strukturen entweder zerstört wurden oder staatlich – durch den Geheimdienst – unterwandert waren. Dabei ist gerade der Anteil der Großmütter, die dafür sorgten, dass ihre Enkel in irgendeiner Weise eine orthodoxe Bindung erfuhren, nicht zu unterschätzen. Der private Freiraum war ihr Revier. Auch die Fähigkeit der Sowjetbürger zu doppelten Loyalitäten half der Kirche: Parteimitglieder konnten nach außen hin Marx zitieren und Lenin ehren, aber im Geheimen zu Gott beten. Nach 1991 stiegen die Kirchen in den postsowjetischen Republiken daher nicht wie Phönix aus der Asche, sondern aus einer Matrix, die sich über Jahrzehnte gehalten, allerdings theologisches Wissen durch die oftmals mündliche Weitergabe eingebüßt hatte.

#### BUNTE KIRCHLICHE UND RELIGIÖSE LANDSCHAFT

Nach dem Ende der Sowjetunion wurde die kirchliche und religiöse Landschaft in ihren Nachfolgestaaten sehr bunt, weil die Kirchen und Religionsgemeinschaften in ihrer Vielzahl öffentlich sichtbar wurden. In Russland erklärten sich 2007 einer Umfrage des renommierten Moskauer Meinungsforschungsinstituts VCIOM zufolge 84 Prozent der Befragten als gläubig. Von diesen bekannten sich 75 Prozent als orthodox, acht Prozent als muslimisch,

zwei Prozent als einer protestantisch-christlichen Richtung zugehörig und ein Prozent als katholisch.¹ Dazu kommen Buddhisten – wie in der autonomen Republik Kalmückien und in Burjatien –, und Juden, vor allem in Städten (in der jüdischen autonomen Region Birobidschan geht ihr Anteil stark zurück). Muslime wohnen in Tatarstan und vor allem im Kaukasus, in Dagestan, Tschetschenien, Nordossetien, Inguschetien und in Kabardino-Balkarien.

Der Orthodoxen Kirche in Russland gelang es, eine große Zahl ihrer Strukturen wiederherzustellen. Fast 10.000 Pfarreien wurden neu gegründet, 30.000 Kirchen neu errichtet, die Anzahl ihrer Diözesen verdoppelte sich.<sup>2</sup> Allerdings befand sich ein großer Teil der Pfarrgemeinden auf dem Gebiet der Ukraine, viele von ihnen waren ehemalige griechisch-katholische Gemeinden in Galizien und Transkarpatien, die 1946 beziehungsweise 1949 der Orthodoxie zwangsangegliedert worden waren. Die Rückgabe der Gemeinden und Kirchen an die griechisch-katholischen Kirchen verlief nicht ohne Konflikte, fand jedoch nach einigen Jahren heftiger Kontroversen ein Ende.

## BEKENNTNIS UND KULTURELLE VERORTUNG

Trotz des breiten Bekenntnisses zur Orthodoxie ist es nicht immer die religiöse Bindung, die damit zum Ausdruck gebracht wird, sondern ein nationales Bekenntnis und eine kulturelle Verortung. Für viele Russen gehört es dazu, Ikonen im Haus, Heiligenbilder im Auto oder Kreuze am Hals zu tragen. Nur wenige besuchen regelmäßig einen Gottesdienst, bei einer Befragung in den 2010er-Jahren gaben fünf Prozent der orthodoxen Gläubigen an, sie seien nicht getauft.<sup>3</sup>

In der Ukraine waren laut der jährlichen staatlichen Erhebung 2017 insgesamt 97 kirchliche Gemeinschaften registriert: neben traditionellen Kirchen auch neue evangelikale und neo-pagane Gemeinschaften. Auch hier ist die allgemeine Religiosität hoch: Einer repräsentativen Umfrage des soziologischen Rasumkow-Zentrums in Kiew zufolge erklärten sich 2017 von den 44 Millionen Bürgern in der Ukraine etwa achtzig Prozent für religiös – in Europa ist das ein überdurchschnittlicher Wert. Jedoch unterscheidet sich die kirchenpolitische Situation in einigen relevanten Aspekten diametral von jener in Russland. Zum einen gibt es in der Ukraine eine griechisch-katholische Kirche, die im Westen des Landes konzentriert ist – in Galizien und in Transkarpatien. Das Besondere ist, dass diese wesentlich mehr Angehörige hat als die dortige römisch-katholische Kirche; in anderen Ländern ist die Relation üblicherweise genau umgekehrt. Zum anderen ist auch in der Ukraine die Orthodoxie die größte Kirche; jedoch entwickelte sich diese nach 1991 in mehreren Ausrichtungen. Die Gründe sind vor allem kirchenpolitischer Natur. So war die Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats mit einer ihm zugeordneten Metropolie von Kiew bis in die unmittelbare Gegenwart hinein die dominante Kirche, die allerdings mit zwei (zeitweise auch mehr) Ukrainischen Orthodoxen Kirchen konkurrierte. So etablierte sich 1990 die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche neu, nachdem sie sich im Zuge der ersten staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine während des Ersten Weltkriegs auf einer Synode 1921 proklamiert hatte, unter Stalin dann allerdings verboten worden war. Die Konsolidierung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchats, die 1992 entstanden war, hängt eng mit der Frontfigur, dem heute hochbetagten Metropoliten Filaret, zusammen. Beide ukrainischen Kirchen waren nicht kanonisch, und ihre Gläubigen verharrten in nicht anerkannten kirchlichen Strukturen.

#### UNTERSCHIEDE DER POSTSOWJETISCHEN ENTWICKLUNGEN

Sowohl in Russland als auch in der Ukraine erkannte die Politik die Orthodoxie als politischen Faktor, den man für eigene Ziele instrumentalisieren konnte. In Russland hat sich dabei nach 1991 die Patriarchatsführung bei politischen Anlässen allmählich in den Vordergrund geschoben. Es war die Orthodoxe Kirche selbst, die die Unterordnung suchte. Patriarch Kyrill I. pflegt seit seinem Amtsantritt 2009 engen Kontakt zu Wladimir Putin, unterstützt seinen Wahlkampf und stärkt ihm als Bewahrer "traditioneller" Werte – was auch immer darunter zu verstehen ist – den Rücken. Dass Kyrill bewiesenermaßen einst dem sowjetischen Geheimdienst Berichte zukommen ließ, ist angesichts der sowjetischen Unterwanderung der Orthodoxie nicht verwunderlich. Kyrill selbst hat sich nie dazu geäußert. Vielmehr hat er es zu einem aufwendigen Lebensstil gebracht; unter anderem besitzt er ein nobles Moskauer Penthaus und eine (auf Fotos wegretuschierte) Luxusarmbanduhr. Dass in Russland Regimegegner ermordet oder mundtot gemacht werden, war nie Teil seiner Rhetorik. Eine enge Verbindung zwischen Kreml und Patriarchat zeigte sich, als die Frauenpunkband Pussy Riot am 12. Februar 2012 ein provozierendes "Punk-Gebet" in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale veranstaltete und gegen Putin, aber auch gegen die regimeloyale Kirche protestierte. Die Punkerinnen wurden zu zwei Jahren Lagerhaft wegen "Anstiftung zu religiösem Hass" verurteilt; das allgemeine Strafmaß für Blasphemie wurde auf mehrere Tausend Euro Geldzahlung, mehrere Hundert Stunden gemeinnützige Arbeit und drei Jahre Haft heraufgesetzt.

Für die Verbreitung des vom Kreml propagierten Konzepts der "Russischen Welt" (*Russki mir*) erweist sich das Patriarchat als williges Vehikel. Zur Verbreitung der russischen Kultur wurde 2007 eine Sprach- und Kulturstiftung gegründet. Das Konzept der "Russischen Welt" begreift alle Russen als eine kulturelle Gemeinschaft, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb der Grenzen Russlands leben. Die Sakralität dieser Gemeinschaft

sieht man in der Verbindung zum historischen Terrain der im Mittelalter bestehenden Herrschaft der Kiewer Rus, die neben der heutigen Ukraine ebenfalls Belarus umfasst.

Auch in der Ukraine geriet die Orthodoxe Kirche zu einem Mittel für die Politik. Hier sollte sie die Einheit des Landes stärken, die angesichts divergierender kultureller Regionalisierungen als schwach galt. Der Aufbau der Unabhängigkeit der ukrainischen Orthodoxie war daher ein politisches Ziel aller ukrainischen Staatspräsidenten – mit Ausnahme des von Moskau infiltrierten Viktor Janukowitsch. So unternahm der "orangene" Präsident Viktor Juschtschenko 2008 den Versuch, den Ökumenischen Patriarchen von der Autokephalie zu überzeugen, als dieser Kiew anlässlich der Feierlichkeiten zum 1020. Jahrestag der Taufe der Kiewer Rus besuchte. Dies blieb jedoch ohne Erfolg. Erst nach längerem Zögern und unter Berücksichtigung der Moskauer Aggression gegen die Ukraine wurde die Unabhängigkeit der Ukrainischen Orthodoxen Kirche zugestanden. Dafür hatten sich 2018 beide Ukrainischen Orthodoxen Kirchen auf einer Synode in Kiew zusammengefunden: 2019 verlieh das Ökumenische Patriarchat der neuen Orthodoxen Kirche der Ukraine die Autokephalie. Das Moskauer Patriarchat erkannte diesen Schritt nicht an und kündigte die kirchliche Gemeinschaft mit dem Ökumenischen Patriarchat auf. Zudem baut es kirchliche Parallelstrukturen zu ienen Kirchen auf, die die Orthodoxe Kirche der Ukraine anerkennen. Dass der Heilige Synod, das leitende Gremium der Russischen Orthodoxen Kirche, im Dezember 2021 auf dem Gebiet des Patriarchats von Alexandria und ganz Afrika ein Exarchat aufbaute, folgt der Politik des Kremls, den politischen Einfluss dort massiv zu verstärken.

## GEGENSÄTZLICHE POLITIKEN BEZÜGLICH RELIGIÖSER PLURALITÄT

Bezüglich der religiösen Freiheit und Vielfalt haben sich in der Ukraine und in Russland gegensätzliche Politiken ergeben. In der Ukraine ist die religiöse Pluralität staatlich zugelassen, es gibt keine prinzipiellen Einschränkungen. Kein Präsident, auch bei Betonung der Orthodoxie als vorherrschender Glaubensrichtung, hat die Existenz einer anderen behindert oder wäre gegen religiöse Pluralität vorgegangen. In Russland hingegen wird die Orthodoxie als "traditionelle Religion" bevorzugt; auch der Islam hat sich wohlwollend dem Staat untergeordnet und bildet keine oppositionelle Stimme. "Nicht-traditionelle" Kirchen hingegen verlieren immer mehr die Möglichkeit, ihren Glauben auszuüben. Schwierig ist dies insbesondere für Kirchen mit Beziehungen ins Ausland, die als besonders verdächtig gelten. Die Gefahr, als "ausländischer Agent" eingestuft zu werden und damit nahezu sämtliche Wirkungsmöglichkeiten zu verlieren, ist hoch.

Ähnlich wie in kommunistischen Zeiten, als alle Kirchen mit ihren schieren Überlebensstrategien beschäftigt und daher die Kontakte zueinander versperrt waren, ist im gegenwärtigen Russland eine ökumenische Verständigung kaum möglich. Anders in der Ukraine: Hier haben die meisten Kirchen nach 1991 verstanden, dass sie sich zusammenschließen müssen, um politisch und gesellschaftlich gehört zu werden. So entstand 1996 der "Allukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen" als interkonfessionelles und interreligiöses konsultatives Organ. Er umfasst neunzig Prozent der religiösen Gemeinschaften in der Ukraine in sechzehn christlichen, muslimischen und jüdischen Glaubensgemeinschaften. Der Rat trifft sich regelmäßig unter rotierender Führung, die auch zahlenmäßig kleine Kirchen übernehmen, und äußert sich zu politischen Fragen und führt somit vom Staat unabhängige Argumente in den gesellschaftlichen Diskurs ein.

#### **RELIGIONSVERFOLGUNG UND RAZZIEN**

Während der beiden von Zivilbewegungen getragenen ukrainischen Revolutionen – der Orangenen Revolution 2004/05 und des Euromaidans 2013/14 – engagierten sich die Kirchen auf der Seite der Demokratie einfordernden Demonstranten. Die eigentliche Eskalation folgte, als mit der Flucht von Präsident Janukowitsch nach Russland 2014 das Moskauer Marionettenregime in Kiew beendet war und der Kreml die Annexion der Krim und die Besetzung der südöstlichen Gebiete von Donezk und Luhansk einleitete. Der Rat plädierte darauf für die Einheit des Landes und für die Sicherung politischer und anderer fundamentaler Rechte und Freiheiten der Bürger. Im aktuellen Krieg unterstützt der Rat humanitäre Hilfen, drängt auf die Evakuierung von Zivilisten sowie ukrainischen Soldaten aus umkämpften Gebieten und trifft sich zu interreligiösen Friedensgebeten.

Problematisch ist das Verhältnis zur Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats. Denn während sich die anderen Kirchen in der Ukraine selbstständig von der Politik äußern, bleibt die Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats ein verlängerter Arm der Moskauer Außenpolitik. Besonders kritisch fällt dies nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und durch die ebenfalls durch Russland militärisch unterstützte Ausrufung der "Volksrepubliken" Donezk und Luhansk in der Ostukraine auf. Der Patriarch kritisierte diese Vorgänge nicht. Zudem lässt er zu, dass hier – europaweit betrachtet – eine Religionsverfolgung wie nirgendwo sonst herrscht. Auf der Krim erlaubt die verordnete russische Rechtslage den muslimischen, nicht-orthodoxen christlichen, jüdischen und anderen Gemeinden kaum ein Existenzrecht. Ihre Anhänger werden drangsaliert. In Donezk erklärte die Führung im Mai 2014 das orthodoxe Bekenntnis, wie es die Russische Orthodoxe Kirche vorgibt, zum vorherrschenden. Hierbei wird sie auch von Priestern des

**SCHWERPUNKT** 

Moskauer Patriarchats unterstützt. Alle anderen religiösen Gemeinschaften werden in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt, ihre Geistlichen werden bedroht und Razzien während Gottesdiensten durchgeführt.

Patriarch Kyrill I. weigert sich, den am 24. Februar 2022 begonnenen Angriff auf die Ukraine zu verurteilen. Mehr noch: Er verteidigt ihn als einen "metaphysischen Kampf" des Guten gegen das Böse und übernimmt damit die Position des Kremls vorbehaltlos. Als Folge wandern in der Ukraine die orthodoxen Gemeinden und Bischöfe, die dem Moskauer Patriarchat noch loyal untergeben waren, lawinenartig zur neuen Orthodoxen Kirche der Ukraine ab.

Zusammengefasst ergibt sich in der Ukraine das Bild, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften die postsowjetische Zeitenwende 1991 für einen offenen Dialog miteinander, mit der Gesellschaft und der Politik genutzt haben. Sie bilden für politische Diskussionen eine weitere Stimme, die eigene Argumente vorbringt. Sie liefern dadurch ein Modell für einen Diskurspluralismus und unterstützen den demokratischen Kurs der Ukraine. Sie haben also nicht den Weg gewählt, den das Moskauer Patriarchat verfolgt. Zudem verstehen sie die "nationale ukrainische Identität" nicht als ausschließlich orthodox, sondern lassen auch kleine Kirchen zu. Daher ist die kirchliche Landschaft in der Ukraine als eine lebendige Erscheinung mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen zu sehen, von denen eine die Dialogfähigkeit ist. Aus europäischer Perspektive ist diese Institutionalisierung wohl einzigartig. Im Gegensatz dazu gibt es keine Anzeichen dafür, dass das Moskauer Patriarchat seinen Kurs als Sprachrohr des Kremls aufgeben will.

# "Unsere geheiligte Macht"

Stalin und die verstaatlichte Erinnerung im postsowjetischen Russland

#### **HELMUT ALTRICHTER**

Geboren 1945 in Alt-Moletein (Mähren, heute Tschechische Republik), 1990 bis 2012 Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte mit dem Schwerpunkt der Geschichte Osteuropas, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen. 2017 jährte sich in Russland ein doppeltes Schreckensjubiläum: 100 Jahre waren seit der bolschewistischen Oktoberrevolution vergangen, achtzig Jahre seit dem Terrorjahr 1937, dem Höhepunkt der stalinistischen Säuberungen. Der russische Präsident, Wladimir Putin, gedachte beider Ereignisse am 30. Oktober. Das Revolutionsgedenken, so Putin, sollte einen Schlussstrich

VCIOM Nachrichten: Religion in unserem Leben. Analytische Überprüfung, 11.10.2007, www.wlcom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/religiya-v-nashej-zhizni [ausschließlich in russischer Sprache, letzter Zugriff: 23.08.2022].

Norbert Zonker: "Der Moskauer Patriarch steht fest zu Putin", in: katholisch.de, 04.03.2022, www.katholisch.de/artikel/33357-der-moskauer-patriarch-steht-fest-zu-putin [letzter Zugriff: 23.08.2022].

Inna Hartwich: Die Rolle der Religion in Russland. Von Atheisten zu gläubigen Christen, Bundeszentrale für politische Bildung, 03.02.2011, www.bpb.de/themen/europa/russland/47992/dierolle-der-religion-in-russland/ [letzter Zugriff: 23.08.2022].

unter diese Ereignisse von 1917 und die Spaltung der Gesellschaft ziehen, die sie hervorgerufen hatten. Schon seit 2004 war der Revolutionstag (der 7. November) als Feiertag abgeschafft und durch den 4. November ersetzt worden, der an die Befreiung Moskaus von polnischen Besatzern durch einen Volksaufstand im Jahr 1612 erinnern und als "Tag der Einheit des Volkes" gefeiert werden sollte.

Am gleichen Tag, dem 30. Oktober 2017, der seit den 1990er-Jahren als Tag der Opfer politischer Verfolgung begangen wurde, übergab Putin im Beisein des Patriarchen Kyrill I. ein monumentales Denkmal der Öffentlichkeit, das für die Opfer politischer Repressionen an der Kreuzung zwischen Sacharow-Prospekt und Gartenring in Moskau errichtet worden war. Diese beeindruckende "Mauer der Trauer", dreißig Meter lang und sechs Meter hoch, besteht aus Hunderten von Bronzefiguren, gesichtslos, ohne Augen, Nase und Mund. Die Regierung hatte das Monument in Auftrag gegeben, wobei das Unternehmen von der Solschenizyn-Stiftung (die Witwe des Friedensnobelpreisträgers war bei der Einweihung des Denkmals anwesend) und Memorial mitgetragen wurde, der Menschenrechtsorganisation, die sich seit ihrer Gründung 1989 für das Gedenken an die Gulag-Häftlinge, für die Rechte der Überlebenden und die Durchsetzung der Menschenrechte in Staat und Gesellschaft eingesetzt hatte.

#### **VORGEGEBENES GESCHICHTSVERSTÄNDNIS**

Selbst wenn Menschenrechtler an der Ausarbeitung des Konzepts beteiligt gewesen waren: In ihren Kreisen blieb man mehr als skeptisch, ob alle Beteiligten wirklich dasselbe Ziel verfolgten, ob es auch der Staatsführung und der Orthodoxen Kirche um eine Sensibilisierung der Gesellschaft für Meinungsfreiheit und Menschenrechte, um "Aufklärung", die Aufklärung einer verbrecherischen Vergangenheit, die Benennung der Schuldigen und um Wiedergutmachung ging. Eine Gruppe von vierzig ehemaligen politischen Häftlingen nannte die Errichtung des Denkmals in einer Zeit, in der in Russland die politischen Repressionen nicht nur weitergingen, sondern zunahmen, einen Akt der "Scheinheiligkeit". Ging es mit der Musealisierung nicht eher darum, das Geschehene in eine ferne Vergangenheit zu rücken, für abgeschlossen zu erklären und zu versuchen, einen "Schlussstrich" unter die "tragische Vergangenheit" zu ziehen?

Seit geraumer Zeit war zu beobachten, dass man sich "oben" die "vaterländische Geschichte" nicht von Ortsinitiativen und Nichtregierungsorganisationen aus der Hand nehmen lassen wollte, erneut eine "Verstaatlichung
der Erinnerung" betrieb, wobei die Eckpunkte des Geschichtsverständnisses,
der kollektiven Erinnerung, "von oben" vorgegeben wurden – wie man es in
der Vergangenheit gewohnt war, nur eben jetzt mit etwas verändertem Inhalt.

Diese Erfahrung hatte zwei Jahre zuvor das von einer regionalen Initiative getragene Projekt "Perm 36" machen müssen: Auf dem Gelände einer ehemaligen "Besserungs-Arbeits-Kolonie" im Ural war seit Mitte der 1990er-Jahre eine Gedenkstätte für die Geschichte politischer Repressionen entstanden, getragen von einem zivilgesellschaftlichen Trägerverein und mitfinanziert von der Regionalregierung. Einmal jährlich waren Tausende zu einem sommerlichen Festival vor Ort, mit Ausstellungen, Konzerten, Theateraufführungen und Diskussionsveranstaltungen, gekommen.

1942 gegründet und für den Holzabbau eingesetzt, war das Lager nach Stalins Tod nicht aufgelöst, in den 1970er-Jahren mit verschärften Sicherheitsvorkehrungen ausgebaut worden und in den 1980er-Jahren ein Sektor des "Sonderregimes" entstanden, in dem "besonders gefährliche Staatsverbrecher" untergebracht wurden – prominente Dissidenten und Menschenrechtler wie Wladimir Bukowski (Schriftsteller und Publizist, der den Missbrauch der Psychiatrie im Kampf gegen Andersdenkende publik gemacht hatte), Juri Orlow (Physiker, Mitbegründer der Moskauer Helsinki-Gruppe), Natan Schtscharanski (ebenfalls Physiker und Gründungsmitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe, der später in der israelischen Emigration eine politische Karriere machte), Sergej Kowaljow (Mitherausgeber der Chronik der laufenden Ereignisse im Samisdat [Selbstverlag], Anfang der 1990er-Jahre unter Boris Jelzin Vorsitzender der Menschenrechtskommission des Präsidenten), Oles Serhijenko (Vertreter der ukrainischen Nationalbewegung), Wassyl Stus (ukrainischer Dichter und Dissident, den Heinrich Böll 1985 für den Literaturnobelpreis vorgeschlagen hatte und der im gleichen Jahr im Lager verstarb); auch siebzehn Mitglieder der Kiewer Helsinki-Gruppe waren dort inhaftiert gewesen.

#### FRAGWÜRDIGE BOTSCHAFTEN

Eine breite politische Kampagne – Vorwürfe von Missmanagement gegen die Museumsleitung, eine Fernsehdokumentation, die "nachwies", dass hier eine "fünfte Kolonne" von Feinden Russlands am Werk sei, die unterschlage, dass im Permlager verurteilte Straftäter der baltischen und ukrainischen Unabhängigkeitsbewegungen ("Banderaleute") untergebracht waren, Vorwürfe der Geschichtsfälschung bezüglich der Haftbedingungen, vorgetragen von Angehörigen der ehemaligen Lagerwachen und unter Beteiligung von lokalen Mitgliedern der kommunistischen Partei – und schließlich der Hinweis, dass der Verein von amerikanischen Stiftungsgeldern mitfinanziert werde, führten dazu, dass die Regionalstellen die Zuschüsse einstellten, der Verein die Wasser- und Stromrechnungen nicht mehr zahlen konnte und sich auflöste, dass neue Leute nun den Kurs des Museums bestimmten: Das Museum werde unter dieser neuen Leitung seine Stoßrichtung ändern, kein Museum

über politische Gefangene oder über Stalin mehr sein, konstatierte der ehemalige Direktor (in einem Interview gegenüber BBC). Zur neuen Botschaft gehörte die Würdigung dessen, wie das Lager mit seinen Holzlieferungen zum Sieg im "Großen Vaterländischen Krieg" beigetragen hatte.

Wer die Rede Putins zur Eröffnung der "Mauer der Trauer" nachliest, merkt rasch, dass sie sehr im Allgemeinen blieb und keine Schuldzuweisungen machte: Die "Tragödie" der politischen Repression sei durch nichts zu rechtfertigen und habe das ganze Volk, die ganze Gesellschaft betroffen; es gehe nicht darum, alte "Rechnungen zu begleichen" und Gräben aufzureißen.

#### **STALIN OHNE STALINISMUS?**

Den Namen Stalins erwähnte Putin kein einziges Mal. Wie denn auch? Einen Monat zuvor, im September 2017, war vor dem Militärhistorischen Museum eine neue Stalinbüste enthüllt worden, geschaffen von dem – für Monumentales bekannten – Bildhauer Surab Zereteli. Dieser hatte 1995 zum 50. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland für den neuen Moskauer "Siegespark" ein riesiges Denkmal, einen 141,8 Meter hohen, bronzenen Obelisken, entworfen, mit einer Nike an der Spitze und einer Statue des Heiligen Georg, des Drachentöters, zu Füßen. Und Zereteli hatte 2005 auch ein riesiges bronzenes Denkmal für die "Drei von Jalta" (Churchill, Roosevelt und Stalin) geschaffen, sechs Meter breit und fünfeinhalb Tonnen schwer, das allerdings erst im Februar 2015 nach der russischen Annexion der Krim, zum 70. Jahrestag, am Schauplatz der Konferenz eingeweiht wurde.

Diesem Stalin, unter dessen Herrschaft Russland den Feind besiegt, Europa vom Faschismus befreit, sein eigenes Herrschaftsgebiet weit nach Westen erweitert habe, zur Atom- und Weltmacht aufgestiegen sei, galt die neue patriotische Verehrung, an dieser ruhmreichen Vergangenheit sollte sich die kollektive kulturelle Erinnerung in Russland orientieren, in dieser Orientierung neuen Halt finden. 2004/05 hatte Präsident Putin wiederholt vom Zerfall der Sowjetunion als einer "gesamtnationalen Tragödie von gewaltigen Ausmaßen" und als der "größte[n] geopolitische[n] Katastrophe" des 20. Jahrhunderts gesprochen; er wusste dabei einen Großteil der Bevölkerung Russlands auf seiner Seite.

Die Unruhen in Georgien (2003), in der Ukraine (2004), in Weißrussland (2006), samt und sonders ehemalige Mitglieder der Sowjetunion und seit 1991 unabhängige Staaten, zeigten, dass sich Moskau für deren Entwicklung weiterhin "zuständig" fühlte. In Reaktion auf den Kiewer "Maidan" (2013/14) ging Moskau mit der "Unterstützung" der russischsprachigen Separatisten in der Ostukraine, der "Unabhängigkeitserklärung" der Krim und ihrer Annexion noch einen Schritt weiter, wobei man sich über vertraglich eingegangene Verpflichtungen, die den Nachfolgestaaten die Sicherheit ihrer Grenzen, die

territoriale Integrität und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten garantierten, einfach hinwegsetzte. Man warf der Führung in Kiew vor, wie der "Maidan" gezeigt habe, von "Banderaleuten", "Faschisten", unterwandert zu sein, legitimierte das eigene Vorgehen einmal mehr mit dem "Großen Vaterländischen Krieg", dem neuen Staatsnarrativ von der Befreiung Europas vom Faschismus durch die Rote Armee und mit dem offenkundigen Anspruch, diese "Tradition" fortzusetzen.

Durch Meinungsumfragen in der russischen Bevölkerung konnte sich die Führung in ihrem außenpolitischen Kurs durchaus bestätigt fühlen; nicht nur, was die "Wiedergewinnung" der Krim, sondern auch, was die Einschätzung Stalins und seiner historischen Bedeutung betraf. Selbst wenn die Belastbarkeit von Meinungsumfragen zu "Stalin" in Russland Ende der 2010er-Jahre mit letzter Sicherheit nicht zu bestimmen ist, wird man den Ergebnissen des 1987 in Moskau gegründeten Lewada-Zentrums für Meinungsforschung kaum jede Glaubwürdigkeit absprechen können; dass die Umfragen von westlichen Medien übernommen, von diesen auch Erhebungen in Auftrag gegeben wurden und das Zentrum von russischen Behörden 2016 selbst als "ausländischer Agent" eingestuft wurde, spricht für die Seriosität dieser Institution. Wie eine Umfrage vom März 2018 zeigte, waren einem Großteil der Befragten die dunklen Seiten der Stalinjahre durchaus noch bewusst. Sie stimmten der Aussage, "Stalin war ein grausamer, unmenschlicher Despot, schuld am Tod von Millionen unschuldiger Menschen", völlig (15 Prozent) oder größtenteils (29 Prozent) zu. Gleichzeitig schlossen sich fast zwei Drittel der Aussage an, das russische "Volk [habe] unter seiner Führung den Großen Vaterländischen Krieg gewonnen, was von herausragender Bedeutung ist"; 24 Prozent stimmten ihr völlig, 40 Prozent größtenteils zu.

#### SCHLEICHENDE REHABILITIERUNG

Die Nachfrage im Folgejahr (März 2019), ob die "hochgesteckten Ziele und die in kurzer Zeit erreichten Ergebnisse die menschlichen Kosten rechtfertigen [würden], die das sowjetische Volk während der Stalin-Ära zu tragen hatte", beantworteten 13 Prozent mit "Ja, unbedingt", 33 Prozent mit "in gewissem Umfang ja", wobei allerdings 45 Prozent diese Politik immer noch für "durch nichts zu rechtfertigen" hielten. Und nach ihrer persönlichen Einstellung zu Stalin gefragt, äußerten sich (im März 2019) über 50 Prozent rundweg positiv, 41 Prozent empfanden Respekt, sechs Prozent Sympathie, vier Prozent Bewunderung, während 26 Prozent Gleichgültigkeit, nur fünf Prozent Angst und drei Prozent Abscheu und Hass äußerten. Bei einer Umfrage des Lewada-Instituts 2017 nach der bedeutendsten Persönlichkeit aller Zeiten und Völker hatten 38 Prozent der Befragten Stalin genannt, vor

Puschkin und Putin auf Platz 2. Dass General Schukow, seit 1942 Stellvertreter Stalins als Oberkommandierender der Sowjetischen Streitkräfte, ebenfalls weit oben (auf Platz 5 zusammen mit Lew Tolstoi) landete, zeigte einmal mehr die Bedeutung des Weltkriegs in der kollektiven Erinnerung.

Die schleichende Rehabilitierung Stalins begann bereits in den 2000er-Jahren und ist auf das Engste mit der Präsidentschaft Putins verbunden. Er, der in seiner Heimatstadt Leningrad Jura studiert hatte, dann KGB-Resident in der DDR gewesen war und seit Juli 1998 den FSB, den Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation, führte, hatte seine Präsidentschaft mit einem Militäreinsatz gegen die Unabhängigkeitsbewegungen im Nordkaukasus begonnen, die ihre Separation auch mit Terroranschlägen in Russland durchzusetzen versuchten. Bereits im Januar 2000 hatte er eine Erhöhung der Militärausgaben um fünfzig Prozent angekündigt. Zugleich sollte die Zentralmacht gestärkt und der Verfall der Staatsautorität im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität gestoppt werden. Eine Sammlungsbewegung im Innern, aus der die Kremlpartei "Einiges Russland" hervorging, umwarb die Etatisten auf der Linken wie die Nationalisten auf der Rechten, die beide der alten Größe der Sowietunion nachtrauerten, ebenso die "Reformer" und "Unabhängigen", die immer mehr in Kleingruppen zerfielen und damit ihre politische Bedeutung einbüßten.

#### **BESCHWÖRUNG IMPERIALER TRADITIONEN**

Nachjustierungen bei der Staatssymbolik (Wappen, Fahne und Hymne) brachten den neuen Kurs zum Ausdruck: Staatswappen sollte weiterhin der unter Jelzin wieder eingeführte zarische Doppeladler sein, den die Moskauer Großfürsten einst vom Byzantinischen Reich übernommen hatten. Die Flagge Russlands blieb wie unter Jelzin die weiß-blau-rote Trikolore, die (als Flagge für die Handelsmarine) auf die Zeit Peters I. und seine Ausrichtung nach Europa zurückgeführt wurde. Die Armee sollte allerdings, anders als unter Jelzin, ihr rotes Tuch zurückerhalten, unter dem sie im Zweiten Weltkrieg ihre Siege errungen hatte, nur ohne Stern, Hammer und Sichel. Ebenso wurde das von Jelzin als Nationalhymne eingeführte textlose "Patriotische Lied" (von Michail Glinka) abgeschafft und stattdessen wieder auf die seit 1944 gespielte, von Alexander Alexandrow komponierte Sowjethymne zurückgegriffen, allerdings jetzt mit neuem Text, der nicht mehr die "Union der freien Republiken, die die Große Rus für immer vereint" besang, sondern "Russland – unsere geheiligte Macht, [...] der brüderlichen Völker jahrhundertealten Bund!"

Alle Staatssymbole beschwören somit imperiale Traditionen – zu denen auch die Sowjetunion und Stalin gehörten. Schließlich habe Stalin das riesige Land in schwierigen Zeiten zusammengehalten, seine Macht erweitert, im "Großen Vaterländischen Krieg" Europa, ja die Welt vom Faschismus

befreit. Doch die ideologischen Ziele, die Stalin mit seiner Politik verfolgte, und die tiefen Wunden, die sie in der kollektiven Erinnerung hinterlassen hatte, verlangten nach einem vorsichtigen Umgang mit seiner Person. Für eine Politik, die die "gesamtnationale Tragödie" überwinden, das zerrissene Land einen und zu alter Größe zurückführen wollte, war Stalin als Referenzfigur ungeeignet.

Unter Beibehaltung der antifaschistischen Rhetorik lieferte Putin eine Rechtfertigung der Krim-Annexion nach, die zugleich die darüber hinausgehende Zielsetzung erkennen ließ. Bei den Separationsbewegungen in der Ostukraine und der Annexion der Krim stellte er 2014 fest, sei es nicht nur um den Schutz der russischsprachigen Bevölkerung gegen die "Russophoben", "Nationalisten" und "Neonazis" gegangen, die "heute das Leben in der Ukraine" bestimmten. Er beschrieb die Krim als Ursprung und Inbegriff dessen. was Russland ausmache, von der Taufe des Heiligen Wladimir in Chersonesos (auf der Krim) im 10. Jahrhundert bis zum erbitterten Widerstand im 20. Jahrhundert, mit dem sich die "Heldenstadt Sewastopol" Hitlers Truppen im "Großen Vaterländischen Krieg" entgegenstellte. Geschichtlich, spirituell sei die Krim für Russland so wichtig wie "der Tempelberg in Jerusalem für Moslems und Juden". Denn mit der Taufe Wladimirs in Chersonesos und der Hinwendung zur Orthodoxie sei eine "gemeinsame kulturelle, wertorientierte und zivilisatorische Grundlage" geschaffen worden, die "die Völker Russlands, der Ukraine, Weißrusslands verbindet".

Wenn man die alte Sowjethymne noch im Kopf hat, ergänzt man unwillkürlich "für immer", und tatsächlich kamen die Ausführungen, die Putin in den kommenden Jahren (in Reden und Artikeln) zur Ukraine machte, dem sehr nahe: Die Ukrainer seien keine eigene Nation, sondern zusammen mit Russen und Weißrussen Teil der "dreieinigen russischen Nation", für Russland nicht "Nachbarland", sondern "integraler Bestandteil" der eigenen Geschichte und Kultur, ein Produkt bolschewistischer Politik, das die NATO nun zu einem Anti-Russland aufzubauen versuche – wie es Putin wenige Monate, Wochen, ja Tage vor dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 formulierte.

# Verbotene Erinnerung?

Die Menschenrechtsorganisation "Memorial" bleibt ein Botschafter der Aufklärung

#### **WOLFGANG EICHWEDE**

Geboren 1942 in Friedrichshafen, Historiker, emeritierter Professor für Politik und Zeitgeschichte Osteuropas sowie Gründungsdirektor der Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen. Als das Oberste Gericht Russlands am 28. Dezember 2021 in letzter Instanz entschied, die Moskauer Organisation für historische Aufklärung und Menschenrechte *Memorial* zu "liquidieren", stellte es sich in die Tradition der Verbote, die zu dem Untergang der alten Sowjetunion beigetragen hatten.

Schon bald nach dem Tod Josef Stalins im März 1953 rang die "Intelligenzija" im sowjetischen Imperium darum, sich der obrigkeitlichen Bevormundung zu entziehen. Manche Werke konnten sogar im Zeichen des "Tauwetters" mit Zustimmung der Zensur publiziert werden. Doch blieb der Toleranzrahmen eng, sodass sich eine Literatur im geistigen Untergrund oder in "Selbstverlagen" (Samisdat) entwickelte, darunter Werke wie Boris Pasternaks *Doktor Schiwago* (1957), Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag* (1973) oder die Gedichte von Anna Achmatowa. Eine kulturelle Blüte im Verborgenen.

An sie konnten jene Sowjetbürgerinnen und -bürger anknüpfen, die 1987 – in den frühen Jahren der Perestroika – begannen, gegen alle Widerstände der Obrigkeiten Unterschriften zum Bau eines Denkmals zu sammeln, das zur Erinnerung an die Opfer von Stalins Terror mahnen sollte. Es war die Geburtsstunde von *Memorial*. Ich hatte das ungewöhnliche Glück, an den darauffolgenden Gründungskonferenzen der Organisation Ende Oktober 1988 und im Januar 1989 im Moskauer *Dom Kino* ("Haus des Kinos") teilnehmen zu können. Wir standen auf, um uns vor denen im Saal zu verneigen, die die Schreckensjahre des ungezügelten Mordens überlebt hatten.

Noch im November 1988 fand in einer Moskauer Elektrofabrik eine "Woche des Gewissens" statt. An der Eingangswand hing eine Karte der Sowjetunion, auf der alle Lager eingezeichnet waren, daneben lange Listen von Namen – in der Hoffnung, Schicksale von in den Weiten Sibiriens verschollenen Personen aufzuklären. Mithäftlinge trugen Vermerke ein, Tränen flossen. Auf einem Friedhof gedachten wir der dort im Jahre 1937 Erschossenen. Als ich Weihnachten 1988 für wenige Tage nach Bremen zurückkehrte, berichtete ich nahezu euphorisch, dass sich in der Sowjetunion aus den Tiefen ihrer Geschichte heraus eine neue Gesellschaft bilde.

Die Weltmacht UdSSR zerfiel. Waren für den Kollaps primär ihre innere Schwäche und ihr ökonomisches Desaster verantwortlich, wurzelte die weitgehende Friedlichkeit des Wandels in der moralischen Stärke derer, die den Widerstand gegen die verrottete Diktatur verkörperten. Das junge *Memorial* war ein Herzstück davon. Einer seiner Gründer, Andrej Sacharow, bot den Repräsentanten der alten Macht unerschrocken die Stirn. Das intellektuelle Moskau war elektrisiert, das politische verstrickte sich in Machtkämpfe. Als eine aufgebrachte Menschenmenge die Zentrale des KGB – die *Lubjanka* – stürmen wollte, waren es Anhänger von *Memorial*, die das Gebäude mit einer Menschenkette schützten. Nicht nur, um eine ungezügelte Gewalt einzudämmen, sondern auch, um die Archive vor ihrer Zerstörung zu bewahren. Schon im Oktober 1990 errichtete *Memorial* vor eben dieser *Lubjanka* mit einem großen Stein von den Solowjezki-Inseln, auf denen das System des Gulags seinen Anfang genommen hatte, ein Mahnmal für die Opfer des stalinistischen Terrors.

In den Jahren des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des chaotischen Aufbaus eines neuen Russlands wirkte *Memorial* auf mich wie ein ruhender Pol. Eine eigene Infrastruktur wurde geschaffen, in Moskau ein Haus gemietet, im ganzen Land Filialen eröffnet. Bis heute lebt *Memorial* von der Aufgabe, die Geschichte der Verfolgung, des staatlichen Mordens und des Leids von Millionen Menschen in die öffentliche Erinnerung der Gegenwart zurückzuholen. Gleichzeitig galt es, sich um die heute oftmals in Armut lebenden Opfer des Terrors zu kümmern. Aus dem Kreis der Gründer sei ein weiterer namentlich genannt: Arsenij Roginskij, ein Historiker und Forscher aus Leidenschaft, ein begnadeter Redner und mitreißender Erzähler, ein

strategischer Kopf im Aufbau und in der Steuerung von *Memorial*. Er war vier Jahre Häftling im Gulag. Mit seinen persönlichen Materialien und Papieren legte er den Grundstein für das heute in seinem Umfang gewaltige Archiv von *Memorial*.

Die Sammlungen wuchsen von Jahr zu Jahr, beruhen weitgehend auf persönlichen Schenkungen und umfassen Hunderttausende von Dokumenten, in denen sich die bitteren Lebenserfahrungen ungezählter Opfer der gesamten Sowjetepoche wiederfinden: Briefe, Tagebücher, Notizen aller Art, Kassiber, Gerichtsurteile, Protokolle und Aufzeichnungen von Verhören, Einlieferungs- und Entlassungsscheine, Rehabilitierungspapiere, aber auch Gegenstände des täglichen Lebens in der Gefangenschaft. Ein historischer Schatz, der einzigartig auf dieser Welt ist. Schon bald wurden Ausstellungen in Russland selbst und in anderen Ländern Europas über Kunst und Alltag im Gulag organisiert. Dort finden sich etwa Porträts von Gefangenen ebenso wie Zeichnungen, Aquarelle und Gemälde, die die Landschaften des Nordens, die Zwangsarbeit und den Lageralltag zeigen, kleine Skulpturen aus Stacheldraht. Ornamente auf Stoffen und Schnitzereien.

## HISTORISCHES GEDÄCHTNIS RUSSLANDS

Memorial gab von Beginn an Almanache, Sammelbände, Bulletins und Schriftenreihen heraus, die in die Hunderte gehen. Hinzu kommen Memoiren und wissenschaftliche Analysen in Monographien und Sammelbänden, oftmals auf Konferenzen vorgelegt, darunter eine Fülle von Regionalstudien etwa aus Perm, Workuta, dem Altai oder den entlegensten Orten Sibiriens. Nach detaillierten Forschungen wurden in Printform oder digital nicht nur die Namen der Opfer, sondern auch die Daten der Henker, der Mitarbeiter des Innenund Geheimdienstes, publiziert. Die in ihrem Personalbestand vergleichsweise kleine "Gesellschaft" schreibt mit ihrer Archiv-, Quellen- und Editionsarbeit am historischen Gedächtnis Russlands, ja sie ist ein unersetzbarer Teil von ihm. Aus der internationalen Forschung ist sie nicht wegzudenken.

Gleichzeitig widmet sich Memorial der Geschichte des bürger- und menschenrechtlichen Dissenses in der Nach-Stalin-Zeit von 1953 bis in die Zeit der Perestroika. Mit hoher Wahrscheinlichkeit besitzt das Archiv eine der umfangreichsten Sammlungen von Dokumenten der sowjetischen Dissidentenbewegung insgesamt, die durch die Übergabe von Nachlässen bis in die jüngste Gegenwart laufend erweitert wird. Auf ihrer Basis werden die "Akten des Samisdat" publiziert, auch bahnbrechende Einzel- und Gesamtstudien sowie Memoiren. Die Organisation beteiligte sich an der Herausgabe einer Enzyklopädie von Biographien der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler im gesamten sowjetischen Block.

In den historischen Projekten kommt Deutschland und Polen eine besondere Rolle zu. *Memorial* schrieb deutsche Geschichte, als seine Geschäftsführerin, Lena Zhemkova, 1992 in einem russischen Massenblatt nach dem Schicksal der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der ehemaligen UdSSR fragte, die während des Krieges als Sklaven in Hitlers Reich hatten arbeiten müssen. Sie erhielt mehr als 450.000 Antworten mit erschütternden Lebensberichten, die heute in einer Datenbank gespeichert sind und mehrere deutsch-russische Forschungsprojekte begründeten. Wie keine andere Initiative trugen sie dazu bei, dass Deutschland den Opfern von damals – nun endlich – Entschädigungen zahlte. Mit gleicher Intensität setzte sich die Moskauer Vereinigung für die Identifikation und Rehabilitierung Tausender polnischer Opfer (darunter viele Offiziere) ein, die 1940 vom Geheimdienst auf Anweisung der obersten sowjetischen Führung in Katyn erschossen wurden.

Nicht zuletzt eröffnete *Memorial* mit einem Schülerwettbewerb gleichsam eine eigene Branche seines Archivs. Tausende russischer Schülerinnen und Schüler wurden nach den Erinnerungen ihrer Großeltern und Eltern zu den Jahren Stalins und des Krieges gefragt. Irina Scherbakowa, Historikerin und Publizistin mehrerer Bände mit Aufsätzen der Jugendlichen, spricht von einem beredten Einblick in das Gedächtnis der russischen Gesellschaft.

1988/89 waren mit der Gründung von Memorial große Erwartungen verbunden. Anfang der 1990er-Jahre schien es gar, als könne Memorial Einfluss auf die Formulierung von Verfassungsparagraphen und Gesetzesvorhaben nehmen. 1990 wurde Sergej Kowaljow Vorsitzender der Menschenrechtskommission des Präsidenten Boris Jelzin. Doch schon bald überlagerten im öffentlichen Bewusstsein die ökonomischen Zerreißproben, die das Land erschütterten, die Fragen der Erinnerungskultur. Der Erste Tschetschenienkrieg 1994/95 brachte eine tiefgreifende Wende: Memorial stellte sich vehement gegen den Krieg, Kowaljow reiste nach Grosny, um Friedensmöglichkeiten zu sondieren und den Menschen in der von russischen Bomben zerstörten Stadt seine Solidarität zu erweisen. Der Bruch mit Jelzin war besiegelt, doch konnte die Menschenrechtsorganisation fortan noch immer eigene Wege gehen.

#### "LIQUIDIERUNG" - UND FRIEDENSNOBELPREIS

Mit dem Machtantritt Wladimir Putins 1999/2000 wurde aus der Rolle im "Abseits" eine offene Gegnerschaft. Von Jahr zu Jahr verschärften sich die Konflikte. Im Aufbau seiner "Vertikale der Macht" suchte das Regime die Monopolisierung der Macht. Putin gelang es, mit dem Ruf nach Ordnung (die Korruption blühte freilich weiterhin) größere Teile der russischen Gesellschaft an sich zu binden oder wenigstens in Passivität zu halten. Unabhängige Handlungsräume wurden Schritt um Schritt eingeengt, kritische Stimmen isoliert, Oppositionelle sogar umgebracht, darunter die Journalistin Anna

Politkowskaja und die Vertreterin von *Memorial* in Tschetschenien, Natalja Estemirowa

Nach den Protestwellen Zehntausender Menschen Ende 2011 gegen die Machtspiele um das Präsidentenamt verschärfte Wladimir Putin die Repression und schürte gleichzeitig den russischen Nationalismus, um Gesellschaft und Staatsführung zusammenzuschweißen. 2012 wurde ein Gesetz verabschiedet, das unliebsame Organisationen als "ausländische Agenten" einstufte. Bereits 2014 fiel Memorial darunter, nachdem die Organisation die Okkupation der Krim als völkerrechtswidrigen Kriegsakt bezeichnet hatte. Als Memorial sich weigerte, die geforderte Selbstbezeichnung zu übernehmen, wurde es 2016 dazu gerichtlich gezwungen. Parallel lief ein Feldzug gegen Memorial mit Gerichtsvorladungen, Falschmeldungen, Durchsuchungen und hohen Geldstrafen. Aktivisten der Vereinigung in Karelien und Tschetschenien wurden mittels erfundener Anschuldigungen hinter Gitter gebracht. Am 28. Dezember 2021 beschloss dann das Oberste Gericht der Russischen Föderation die "Liquidierung" oder Auflösung von Memorial International in Moskau. Der Staatsanwalt Aleksej Zhafjarow, der dem äußersten nationalistischen Spektrum zugerechnet wird, hatte die Organisation zuvor beschuldigt, ein "lügenhaftes Bild" der UdSSR als eines "terroristischen Staates" zu verbreiten. Das Datum markiert eine Zensur in der postsowjetischen Geschichte.

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 arbeitet *Memorial*, obgleich "liquidiert", unter hoher eigener Gefährdung weiter, wendet sich öffentlich gegen den Krieg, ruft zum Schutz der Opfer auf, sorgt sich fieberhaft um die Sicherung seines Archivs, bleibt im Internet mit wöchentlichen Bulletins und Veranstaltungen präsent, organisiert Stadtführungen durch Moskau mit seinen Stätten des Leids und der Gewalt. Nicht wenige der Mitglieder mussten in den letzten Wochen zum Schutz ihrer eigenen Sicherheit das Land verlassen, andere harren noch aus. Am 7. Oktober 2022 hat ein Moskauer Gericht den Hauptsitz der Organisation mit sämtlichen Büros beschlagnahmt und zu "öffentlichem Eigentum" erklärt.

Am gleichen Tag erhielt *Memorial* gemeinsam mit dem ukrainischen *Center for Civil Liberties* sowie dem in Belarus inhaftierten Menschenrechtler und Anwalt Ales Bjaljazki den Friedensnobelpreis. Er wird die Machthaber im Kreml kaum beeindrucken. Aber er wird denen, die zivilen Widerstand leisten, Kraft geben. So erklärten die Moskauer Mitstreiterinnen und Mitstreiter unmittelbar nach dem Gerichtsurteil, sie würden ihre Arbeit "unter allen Umständen" fortsetzen.

*Memorial* ist ein Botschafter der Aufklärung. Russland, das heute im Namen seiner imperialen Ansprüche dabei ist, sich selbst zu zerstören, braucht diesen Botschafter mehr denn je.

# Angriff auf das Welterbe

Schutzmaßnahmen der UNESCO für Bildung, Kultur und Welterbe in der Ukraine

#### **MARIA BÖHMER**

Geboren 1950, Staatsministerin a. D. im Auswärtigen Amt, seit 2001 apl. Professorin für Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, seit Juni 2018 Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK), Bonn.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine markiert eine Zäsur in der europäischen Geschichte und ignoriert die Grundfesten der Weltgemeinschaft. Das führt nicht nur zu einer humanitären Katastrophe, sondern auch zu einer Katastrophe für die Kultur und die Bildung in der Ukraine, deren Einrichtungen gezielt unter Beschuss genommen werden: Wenn in einem Krieg materielle und immaterielle Kulturgüter bedroht werden, wenn Sprache, Wissen oder Kunst nicht mehr weitergegeben werden können oder dürfen, dann sind das gezielte Angriffe auf die Identitäten und das kulturelle Gedächtnis eines Landes.

Es sind darüber hinaus auch Angriffe auf das kulturelle Erbe der Menschheit. In der Ukraine sind sieben Welterbestätten der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) bedroht; dabei handelt es sich unter anderem um die Sophienkathedrale und das Höhlenkloster in Kiew sowie das Historische Zentrum von Lwiw. Sie gehören zu einem historischen Vermächtnis, für das keine geografischen Grenzen gelten.

## TRAGFÄHIGE UND WEHRHAFTE KONVENTIONEN

Die UNESCO, als Organisation der Vereinten Nationen zuständig für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation, ist höchst alarmiert. Zum Schutz von Kultur und Bildung verfügt sie über zahlreiche Instrumente und kann sich auf tragfähige Konventionen stützen, so etwa auf die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten von 1954, die die Zerstörung, die Plünderung und den Diebstahl von Kulturgut sowohl in bewaffneten Konflikten als auch in Kriegen verbietet.1 Dass darin tatsächlich eine "wehrhafte" Konvention besteht, hat sich erwiesen, als der Hauptverantwortliche für die Zerstörung der Mausoleen von Timbuktu, Ex-Rebellenführer Ahmad Al Faqi Al Mahdi, vom Internationalen Strafgerichtshof für Menschenrechte 2016 zu neun Jahren Haft verurteilt wurde.

Eine wichtige Aufgabe der UNESCO liegt in diesen Fällen in der Erhebung von Daten über das Ausmaß von Zerstörungen im Kultur- und Bildungssektor, die auch als Grundlage rechtlicher Strafverfolgung bereitgehalten werden. So überwacht und analysiert sie gemeinsam mit UNITAR (*United Nations Institute for Training and Research*) Satellitenaufnahmen, die Hinweise über die Beschädigung und Zerstörung von Kulturgütern und Welterbestätten geben.

Doch es bleibt aktuell nicht bei der Beobachtung: Gemeinsam mit ukrainischen Behörden hat die UNESCO denkmalgeschützte Gebäude und auch Gebäude, in denen sich geschütztes Kulturgut nach der bereits erwähnten Haager Konvention befindet, mit dem blau-weißen Emblem ("blue shield") ausgewiesen. Dieses Übereinkommen sowie seine beiden Zusatzprotokolle von 1954 und 1999 bilden die rechtliche Basis für die Kennzeichnung mit dem blau-weißen Schild. Gleichzeitig unterstützt die UNESCO bei der Evakuierung beweglicher Kulturgüter und bietet Handreichungen an, die an Kulturschaffende in der Ukraine verteilt worden sind und praktische Hinweise zum sicheren Transport von Kulturgut, dessen Dokumentation sowie über die temporäre Lagerung geben.<sup>2</sup>

# HUMANITÄRE HILFE UND RECHT AUF BILDUNG

Der UNESCO-Exekutivrat hat sich im März 2022 – zum siebten Mal überhaupt in der Geschichte des Gremiums – zu einer Sondersitzung zusammengefunden. Er unterstrich das Recht auf Bildung, forderte die Bewahrung des kulturellen Erbes sowie die Sicherheit der Kulturschaffenden in der Ukraine. Auf dieser Grundlage wurde der Generaldirektorin die Vollmacht erteilt, weitere Programme

zu initiieren, um der kritischen Lage in der Ukraine zu begegnen.3 Die UNESCO kann somit auch humanitäre Hilfe leisten. So sollen im Rahmen von Künstlerinnenresidenzen beispielsweise Frauen mit Kreativberufen gemeinsam mit ihren Kindern in ihrem Zufluchtsland betreut werden.4 Außerdem konnte die UNESCO auf Grundlage bereits gut ausgebauter digitaler Strukturen in der Ukraine über ihre Global Education Coalition in Kooperation mit dem ukrainischen Bildungsministerium digitale Bildungsinhalte und unter anderem auch Computerhardware sowie Vernetzung für Lehrer und Schüler zur Verfügung stellen.5

#### WIDER DIE INSTRUMENTALI-SIERUNG VON KULTUR

Die UNESCO ist die einzige UN-Organisation mit eigenständigen Nationalkommissionen in ihren Mitgliedstaaten. Als eine von 199 Nationalkommissionen weltweit zeigt die Deutsche UNESCO-Kommission seit Beginn des Angriffskriegs Solidarität mit der Ukraine. So hat sie noch am Tag des Überfalls ein Statement veröffentlicht, das den russischen Angriffskrieg auf das Schärfste verurteilt und der Ukraine Solidarität zusichert.6 Innerhalb weniger Tage haben sich mehr als vierzig Nationalkommissionen dieser Erklärung angeschlossen; um der gemeinsamen Linie Nachdruck zu verleihen, haben sie sich dafür eingesetzt, dass die 45. Sitzung des Welterbekomitees, ursprünglich vorgesehen für den 19. und 20. Juni 2022 in Kasan, weder in Russland noch unter russischem Vorsitz stattfindet. Es ist unvorstellbar, dass unter dem Vorsitz eines

Landes, das für akutes Leid und Zerstörung verantwortlich ist – noch dazu im 50. Jubiläumsjahr der Unterzeichnung der UNESCO-Welterbekonvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt –, über künftige Welterbestätten verhandelt wird. Dass die Sitzung bis auf Weiteres verschoben wurde, kann allerdings nur ein Zwischenschritt sein.

Ihre Solidarität hat die 82. Mitgliederversammlung am 24. Juni 2022 durch die Resolution "Multilaterale kulturelle Zusammenarbeit für das 21. Jahrhundert" erneut bekundet. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs fordert die UNESCO dazu auf, sich der Instrumentalisierung von Kultur, Erbe und Geschichte für nationalistische Zwecke entgegenzustellen.<sup>7</sup>

Um aktiv zu werden, ist die Deutsche UNESCO-Kommission Mitglied im Netzwerk Kulturgutschutz Ukraine geworden, dessen Anliegen es ist, zum Schutz beweglicher Kulturschätze beizutragen, Informationen zusammenzuführen und Hilfsmaßnahmen besser zu koordinieren. Initiiert wurde es von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt.

Die dezentrale Organisation des Netzwerks hat den Effekt, dass zahlreiche Akteure verschiedener Nationalstaaten miteinander kooperieren, sich über die aktuelle Lage in der Ukraine austauschen und auf dieser Basis exakt auf die Bedürfnisse und Notlagen zugeschnittene Hilfsmaßnahmen koordinieren können. Die Akteure des Netzwerks Kulturgutschutz Ukraine bieten praktische Hilfe für ihre ukrainischen Partner: Ganz konkret werden etwa Verpackungsmaterial, Klimakisten und Spezialfeuerlöscher geliefert. Seit Mitte März wurden zahlreiche Lastwagen

in die Ukraine entsandt, um Museumsexponate und Denkmäler vor der Zerstörung zu schützen.

Unsere Partner in der ukrainischen Nationalkommission unterstützen wir dabei, Betreuungsangebote für ukrainische Jugendliche zu finden, die für einige Wochen Deutschland besuchen können, um sich von den traumatischen Erlebnissen des Krieges zu erholen: Für das sogenannte "Recreation-Programm" stützen wir uns auf das engagierte Netzwerk der UNESCO-Projektschulen und engagieren uns in der Bereitstellung konkreter Handreichungen für adäquate Angebote der kulturellen Bildung. Im Juli 2022 wurde im Rahmen des Programms ein dreiwöchiges Pilotprojekt mit einer Schule in Baden-Württemberg realisiert, das ukrainischen Schülerinnen und Schülern ermöglichte, in Gastfamilien zu leben und inner- sowie außerhalb der Schule zu lernen. Eine Fortsetzung des Programms wird angestrebt.8

Unterstützung erhalten die ukrainischen Schüler und Schülerinnen darüber hinaus durch das virtuelle Engagement der *kulturweit*-Freiwilligen, des Freiwilligendienstes der UNESCO, die aus dem Ausland ukrainische Lehrkräfte bei der digitalen Vermittlung von Sprachkompetenzen unterstützen.

Außerdem fungiert die Deutsche UNESCO-Kommission als deutsche Kontaktstelle der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Vielfalt. Wir haben einen Austausch der europäischen Kontaktstellen gestartet und Erhebungen zu den Angeboten für ukrainische Kulturschaffende und ihren Bedürfnissen durchgeführt, die in unseren Mitgliedsländern Zuflucht gefunden haben. Ziel ist es, einen Überblick über

Die Politische Meinung

die Angebote und die Nachfrage zu erhalten, weitere, langfristige Bedarfe sowie Beispiele guter Praxis zu identifizieren und aus den bisherigen Initiativen für neue Angebote zu lernen.

Neben der UNESCO selbst und ihren Nationalkommissionen ist eine weitere Struktur für die UNESCO-Arbeit besonders wichtig: In den letzten Jahrzehnten wurden breite, multilaterale Netzwerke dezentraler Akteure geschaffen, die ein herausragendes Engagement für die Ukraine zeigen – in einer Vielzahl von Initiativen werden Vertreter von UNESCO-Projektschulen, Welterbestätten und Biosphärenreservaten aktiv, um der ukrainischen Zivilgesellschaft Hilfe zukommen zu lassen. So hat beispielsweise die UNESCO-Creative City Hannover dem Prime Orchestra aus der UNESCO-Creative City Charkiv eine mehrtägige Tournee durch Niedersachsen ermöglicht, auf der das Orchester Spenden für die Heimat der Musikerinnen und Musiker einspielte.

#### BAUHAUSSTÄTTEN BEHERBERGEN FLÜCHTLINGE

Auch andere Netzwerk-Akteure richteten Ausstellungen ein: So haben die UNESCO-Biosphärenreservate nicht nur Hilfsgüter zur Unterstützung der ukrainischen Schutzgebiete bereitgestellt, sondern auch Ausstellungen Raum geboten, um auf den Alltag in Kriegsgebieten aufmerksam zu machen. Ein weiteres Beispiel ist eine Ausstellung im Besucherzentrum des Welterbes der Stadt Bamberg zu den Welterbestätten der Ukraine.

Das UNESCO-Welterbe "Alte Buchenwälder und Buchenurwälder der Karpaten

und anderer Regionen Europas", das 94 Waldgebiete in achtzehn Vertragsstaaten – darunter auch fünfzehn Gebiete in der westlichen Ukraine - umfasst, beteiligt sich ebenfalls an Hilfsaktionen: So unterstützt das Nationalparkzentrum Königstuhl im Nationalpark Jasmund auf Rügen die Initiative "SUPPORT UKRAINE". Der Nationalpark Hainich hat sich dem Spendenaufruf "Nothilfe für die Karpaten-Schutzgebiete" angeschlossen. Mit dem gesammelten Geld werden Transporte in die Ukraine mit Hilfsgütern organisiert.9 Die Unterstützung reicht bis hin zur Unterbringung von Geflüchteten: So beherbergen das Bauhaus und seine Stätten in Weimar, Dessau und Bernau in ihren historischen Gebäuden ukrainische Flüchtlinge.<sup>10</sup>

Insgesamt zeigen die ergriffenen Maßnahmen deutlich, dass unsere gemeinsame Arbeit sich nicht auf Appelle beschränkt, sondern tatsächlich solidarisch
wirksam ist. Damit tragen wir zur Umsetzung der Leitidee der UNESCO bei: "Da
Kriege im Geist der Menschen entstehen,
muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden."

- <sup>1</sup> UNESCO: Kulturgutschutz, www.unesco.de/kulturund-natur/kulturgutschutz [letzter Zugriff: 25.08.2022].
- International Centre for the Study of the Preservation and Restoration of Cultural Property ICCROM: UNESCO and ICCROM join forces with the Maidan Museum of Kyiv to support Ukraine's museums, 08.04.2022, www.iccrom.org/news/unesco-andiccrom-join-forces-maidan-museum-kyiv-support-ukraine%E2%80%99s-museums [letzter Zugriff: 25.08.20221.
- UNESCO: UNESCO unterstützt Medienschaffende in der Ukraine. Pressemitteilung, 17.03.2022, www. unesco.de/wissen/wissensgesellschaften/presseund-meinungsfreiheit/unesco-medienschaffendeukraine [letzter Zugriff: 25.08.2022].

- <sup>4</sup> UNESCO: UNESCO unterstützt ukrainische Künstlerinnen im Exil, 13.06.2022, www.unesco.de/ kultur-und-natur/unesco-unterstuetzt-ukrainischekuenstlerinnen [letzter Zugriff: 25.08.2022].
- <sup>5</sup> UNESCO: UNESCO unterstützt ukrainische Lernende, 30.03.2022, www.unesco.de/bildung/unescounterstuetzt-ukrainische-lernende [letzter Zugriff: 25.08.2022].
- <sup>6</sup> UNESCO: Deutsche UNESCO-Kommission verurteilt Angriff auf die Ukraine, Pressemitteilung, 24.02.2022, www.unesco.de/presse/pressemitteilungen/ deutsche-unesco-kommission-verurteilt-angriffauf-die-ukraine [letzter Zugriff: 25.08.2022].
- <sup>7</sup> UNESCO: Deutsche UNESCO-Kommission fordert neue Regeln für die kulturelle Zusammenarbeit, Pressemitteilung, 24.06.2022, www.unesco.de/ ueber-uns/ueber-die-duk/deutsche-unescokommission-fordert-neue-regeln-fuer-die-kulturelle [letzter Zugriff: 25.08.2022].
- UNESCO: Recreation-Projekt: ukrainische Schülerinnen und Schüler besuchen UNESCO-Projektschule in Buchen, 13.07.2022, www.unesco.de/ bildung/unesco-projektschulen/unesco-projektschulen-weltweit/recreation-projekt-fuer-ukrainische [letzter Zugriff: 25.08.2022].
- UNESCO: UNESCO-Welterbestätten zeigen sich solidarisch mit der Ukraine, 01.04.2022, www.unesco.de/kultur-und-natur/welterbe/welterbedeutschland/ukraine-solidaritaet [letzter Zugriff: 25.08.2022].
- 10 Fbd

# Marxismus-Leninismus

Die Ideologie der SED-Diktatur

#### **STEFAN DONTH**

Geboren 1968 in Dresden, 1999 Promotion mit einer Arbeit über die Politik von Sowjetischer Militäradministration und SED in Sachsen zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen von 1945 bis 1952, seit 2016 Bereichsleiter an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, seit 2019 Stellvertretender Sprecher des Forschungsverbundes "Landschaften der Verfolgung". Die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland ist seit der Oktoberrevolution 1917 mit Russland und seit 1922 mit der Sowjetunion eng verbunden. Kommunisten in beiden Staaten leiteten ihren Herrschaftsanspruch aus den Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin ab und errichteten auf dieser Grundlage eine Weltanschauungsdiktatur. Diese als "Marxismus-Leninismus" glorifizierte Ideologie prägte über Jahrzehnte das Beziehungsgeflecht der

kommunistischen Parteien in Deutschland und in der Sowjetunion und damit in einem besonderen Ausmaß die deutsche Geschichte des vergangenen Jahrhunderts. Worauf aber fußte diese Ideologie, die als "wissenschaftliche Weltanschauung" propagiert wurde?

Marx und Engels hatten im 19. Jahrhundert eine Deutung der Geschichte formuliert, die sich angeblich hin zu einer kommunistischen Gesellschaft ohne Klassen, Eigentum und Herrschaft entwickle. Daraus ergebe sich für die Arbeiterklasse eine historische Mission, diese tiefgreifenden Veränderungen zu verwirklichen. In einem ihrer bekanntesten Texte – dem 1848 veröffentlichten *Manifest der Kommunistischen Partei* – rechtfertigten sie "despotische Eingriffe", um das in ihren Augen demokratische und humanistische Endziel zu erreichen.

"Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist" – mit diesen Worten knüpfte Lenin 1913 an die Lehrsätze seines deutschen Vorbildes an.¹ Da in Russland eine nennenswerte Arbeiterklasse fehlte, könne nur eine "Partei neuen Typs" die sozialistische Gesellschaft aufbauen. Die hier organisierten Berufsrevolutionäre müssten die Macht erobern und danach rücksichtslos verteidigen. Ideologische Geschlossenheit, eiserne Disziplin und eine zentrale, straffe Führung bildeten den Markenkern einer Partei, die ein totalitäres Herrschaftssystem erschaffen sollte. Lenin betrachtete Menschen als Instrument der Politik, die sich der Führung durch die Partei unterzuordnen hätten.

#### "KURZER LEHRGANG" ZUR DIKTATUR

Josef Stalin spitzte die ideologische Fundierung weiter zu. Wie vor ihm bereits Lenin erkannte er, dass sich die auf Marx und Engels zurückgehenden Thesen herrschaftspolitisch instrumentalisieren ließen. Er formulierte klar, worin die eigentliche Funktion der Ideologie bestand: Nunmehr gehörten die führende Rolle der Partei und die Notwendigkeit des Kampfes gegen Abweichungen – darunter verstand Stalin jede Position, die die von ihm beanspruchte Legitimität seines allumfassenden Machtanspruchs gefährden könnte – zu den nicht nur für alle Parteimitglieder, sondern für die gesamte Bevölkerung verpflichtenden Glaubenssätzen. Mit seiner These, der Klassenkampf verschärfe sich im Sozialismus, ließ der Diktator keinen Zweifel daran, dass er die von ihm definierte Weltanschauung auch mit Gewalt durchsetzen werde. Dieses sich aus den Lehren von Marx, Engels und Lenin speisende Politikverständnis gipfelte in den Massenmorden der Stalin'schen Säuberungen.

Am 14. November 1938 beschloss das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), diese Lehrsätze und Dogmen fortan als "Marxismus-Leninismus" zu bezeichnen. Im gleichen Jahr erschien erstmals der Kurze Lehrgang der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Das Werk fand in den nächsten Jahrzehnten weltweit

starke Verbreitung. Der "Marxismus-Leninismus" als Partei- und Staatsideologie lieferte verbindliche Interpretationen und Handlungsanweisungen für alle Lebensbereiche und Wissenschaftsgebiete. Er galt obligatorisch für jede Partei, die den Führungsanspruch der KPdSU anerkannte.

Die Wirkmacht des Kurzen Lehrgangs ist kaum zu überschätzen. Der Marxismus-Leninismus postuliert eine historische Gesetzmäßigkeit der Geschichte und trifft wissenschaftliche Aussagen über die Zukunft. Die von der Partei und ihren Kadern erkennbaren Gesetzmäßigkeiten im Ablauf der Geschichte wiesen den Kommunisten den Weg hin zu einer sozialistischen Gesellschaft. Diesem Geschichtsmodell kommt eine zentrale Bedeutung für die Legitimation der kommunistischen Herrschaft in der Ausprägung einer Parteidiktatur zu. Viele Argumentationsmuster und Begründungszusammenhänge, die Stalin selbst in die Schrift einfügen ließ, prägten das Denken des Funktionärskorps – der Kader – und der Anhängerschaft kommunistischer Parteien bis zum Untergang der von ihnen beherrschten Staaten am Ende des 20. Jahrhunderts.

#### "GUTE UND ERNSTE SCHÜLER STALINS"

Nach ihrem Sieg im Zweiten Weltkrieg baute die Sowjetunion in dem von ihren Truppen besetzten Teil Deutschlands schrittweise eine Gesellschaft nach Stalins Vorgaben auf. Zuerst wurde die Sozialdemokratie mit der Zwangsvereinigung von Kommunistischer Partei Deutschlands (KPD) und Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (SPD) zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946 als eigenständiger politischer Akteur beseitigt. Danach erfolgte die Gleichschaltung der beiden bürgerlichen Parteien, der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU). Schließlich setzte die sowietische Besatzungsmacht die SED als führende Partei durch – zuerst in ihrer Besatzungszone und seit 1949 in der aus ihr hervorgegangenen DDR – und bestimmte den Marxismus-Leninismus als verbindliche ideologische Grundlage ihrer Politik. Ein wichtiger Schritt dahin war 1948 die Proklamation der SED zur "Partei neuen Typs" nach dem Vorbild der KPdSU. Die zweite DDR-Hochschulreform schrieb 1951 den Marxismus-Leninismus als Pflicht-Lehrfach für alle Studierenden fest. 1952 erschien schließlich der Kurze Lehrgang mit Stalins Leitsätzen in der DDR – bis 1956 erreichte die Auflage über eine Million Exemplare.

Die ideologische Zuverlässigkeit gehörte zu den wichtigsten Anforderungen, die die SED an ihre Kader stellte. Jede Abweichung vom geltenden Kurs rief die Zentrale Parteikontrollkommission auf den Plan. Ihr Vorsitzender, Hermann Matern, gab 1950 die Linie vor: "Stalin, das ist der Fortsetzer des Marxismus-Leninismus, und [...] wir alle wollen gute und ernste Schüler

Stalins sein, und wir werden keine Anstrengungen scheuen, Stalinisten zu werden."<sup>2</sup>

Das blieben keine leeren Worte – trotz aller Kurswechsel nach dem Tod Stalins 1953: Eine Entstalinisierung erfolgte nur halbherzig. Zwar endete 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU der Personenkult. Doch die ebenfalls verkündete "Wiederherstellung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus" zementierte die Dogmen, die fortan weiter die Politik im sowjetischen Machtbereich prägten. Deshalb wirkte der Stalinismus auch in der DDR lange nach. Dem SED-Politbüro, dessen Zusammensetzung der XI. Parteitag 1986 – drei Jahre vor dem Untergang – bestimmt hatte, gehörten als stimmberechtigte Mitglieder ausschließlich Männer an, die ihre politische Sozialisation unter Stalin erfahren hatten. Sie sprachen von sich als "Siegern der Geschichte".

Über alle Brüche und Kurswechsel während ihrer Herrschaft hinweg glaubte die SED fest daran, dass sich die Geschichte nach einem von Marx, Engels und Lenin unterstellten gesetzmäßigem Ablauf hin zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vollzöge. Entsprechend ihrem Programm war die Politik der SED "auf die weitere allseitige Stärkung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats gerichtet".<sup>3</sup> Auch die Verfassung stellte in Artikel 1 unmissverständlich klar: Die DDR ist ein "sozialistischer Staat [...] unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei". Daraus leitete die SED-Spitze ihren historischen Auftrag ab, ihre Vorstellungen mit allen Mitteln durchzusetzen.

#### TAUSENDE IN EIGENEN STASI-GEFÄNGNISSEN

Die Sowjetunion konnte die sozialistische Diktatur in der SBZ/DDR nur gewaltsam und mit einer Vielzahl von Repressionsmaßnahmen errichten. Dazu baute die sowjetische Geheimpolizei das Ministerium für Staatssicherheit (MfS, kurz Stasi) zu einem schlagkräftigen Herrschaftsinstrument der SED aus, wählte die Kader gezielt aus und ertüchtigte sie für ihre Aufgaben – gerade auch durch die Vermittlung des ideologischen Rüstzeugs. Besonderes Gewicht legte die SED-Führung auf die Geschlossenheit ihrer Geheimpolizei, die sich als "Schild und Schwert" der Partei verstand. Neben dem Marxismus-Leninismus bildete der sogenannte "Tschekismus" ein weiteres Erbgut der Stasi. Dieser wichtige Terminus des MfS-Vokabulars bezog sich auf die 1917 gegründete sowjetische Geheimpolizei Tscheka<sup>4</sup> und stand für die Umsetzung der Vorgaben, die aus der Sowjetunion und von der SED kamen, ein klar gegen den Westen gerichtetes Feindbild sowie ein nahezu unbegrenztes repressives geheimpolizeiliches Instrumentarium.

Aus den marxistisch-leninistischen Glaubenssätzen leiteten die Spitzen von SED und MfS ab, dass Repression und in letzter Konsequenz auch der Einsatz von Gewalt legitime Instrumente der Politik darstellten, mit

denen der – laut Marx, Engels und Lenin – gesetzmäßige Sieg des Sozialismus über kapitalistische Gesellschaften durchgesetzt werden musste. Folgerichtig agierte die Stasi als "spezielles Organ der Diktatur des Proletariats".<sup>5</sup> Dieser Ausrichtung folgend, verstanden sich die Angehörigen des MfS als "Weltanschauungskämpfer".

Ursachen für Fehlentwicklungen und ihr Scheitern bei der Einlösung von Wohlstandsversprechen suchte die SED-Führung nicht im Marxismus-Leninismus, sondern führte sie auf Defizite bei ihren Kadern sowie auf ideologische Einflüsse aus dem Westen zurück. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, baute die Parteispitze das MfS zur "Ideologiepolizei" aus. Seit Mitte der 1950er-Jahre erfasste, bespitzelte und bekämpfte der Staatssicherheitsdienst jegliches von der Parteilinie abweichendes Verhalten als sogenannte "politisch-ideologische Diversion". DDR-Bürger, die sich den aus dem Marxismus-Leninismus abgeleiteten Vorgaben der SED nicht unterordneten, rückten nun in den Fokus der Stasi: Die Geheimpolizei überzog die von ihr ausgemachten "Feinde des Sozialismus" mit eigens entwickelten Überwachungs- und Zersetzungsmaßnahmen, die bis zur Inhaftierung Tausender Frauen und Männer in den siebzehn MfS-eigenen Untersuchungsgefängnissen führten.

Trotz der enormen Anstrengungen, mit denen die SED das Fundament ihrer Herrschaft zu sichern versuchte, scheiterte die Partei: Als spätestens Ende der 1970er-Jahre die inneren Bindungskräfte des Marxismus-Leninismus in Partei und Gesellschaft aufgrund ausbleibender ökonomischer Erfolge nach und nach schwanden, konnte auch der Tschekismus seine Legitimationsfunktion geheimpolizeilichen Handelns immer weniger erfüllen. Der Friedlichen Revolution und den Forderungen der Bürgerinnen und Bürger der DDR nach einem selbstbestimmten Leben – ohne ideologisches Korsett, aber stattdessen in Freiheit, Demokratie und Wohlstand – vermochten SED und Stasi schließlich nichts mehr entgegenzusetzen. Der Marxismus-Leninismus landete auf dem Müllhaufen der Geschichte.

#### **DER IDEOLOGIE ENTGEGENARBEITEN**

Die politische Verfolgung im Sozialismus wirkt bis heute nach. Zwar konnte die Situation der Opfer nach der Wiedervereinigung in den letzten drei Jahrzehnten deutlich verbessert werden – doch viele Menschen leiden noch immer an dem ihnen zugefügten Unrecht. Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag setzt sich mit großem Engagement dafür ein, dass gesundheitliche Folgeschäden politischer Verfolgung besser anerkannt werden und ein bundesweiter Härtefallfonds für die Opfer eingerichtet wird. Sie benennt auch den beträchtlichen Forschungsbedarf, der insbesondere zu den Folgen der Verfolgung für die Betroffenen besteht.

Diese Unterstützung ist für die weitere Aufarbeitung von großer Bedeutung: Vierzehn vom Bund geförderte Forschungsverbünde beschäftigen sich mit den Strukturen der SED-Diktatur. Mit der Repression und den Auswirkungen der Ideologie befasst sich der interdisziplinäre Verbund "Landschaften der Verfolgung", in dem neben der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen mehrere Universitäten, Erinnerungsorte und Aufarbeitungsinitiativen kooperieren. Ein Teilvorhaben der Charité untersucht, in welchem Ausmaß politisch motivierte Repression zur Traumatisierung und damit zu langandauernder körperlicher und psychischer Beeinträchtigung bei den Betroffenen führt.

Die Fortführung der Verbünde ist wichtig, weil Forschungsergebnisse mit modernen Bildungsformaten an junge Menschen vermittelt werden müssen – auch, um dem Fortwirken der marxistisch-leninistischen Ideologie entgegenzuarbeiten. Dabei kommt den Gedenkstätten als authentischen Orten der Verfolgung eine Schlüsselrolle zu. Und dazu gehört auch, dass die Opfer bei der Aufarbeitung der Diktatur zu Wort kommen. Dafür arbeitet seit 2011 das bundesfinanzierte Koordinierende Zeitzeugenbüro (KZB) als gemeinsame Servicestelle der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Stiftung Berliner Mauer und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das KZB organisiert Zeitzeugengespräche zur DDR-Geschichte an Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen. In jährlich über 1.000 Veranstaltungen sensibilisieren Zeitzeugen mehr als 25.000 junge Menschen für das während des Sozialismus begangene Unrecht und stärken damit ihr Demokratiebewusstsein. Bereits jetzt müssen die Weichen gestellt werden, um die Begegnung mit Zeitzeugen auch über deren Lebensspanne hinaus durch den Einsatz digitaler Technik zu ermöglichen und für künftige Generationen weiter erlebbar zu machen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Wladimir Iljitsch Lenin: Drei Bestandteile des Marxismus [1913]. Werke, Bd. 19, Berlin (Ost) 1977, S. 3.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Hermann Matern auf der V. Landesdelegiertenkonferenz der SED Sachsen am 1./2.7.1950, zit. nach: Mike Schmeitzner / Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln 2002, S. 414.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Programm der SED, Berlin (Ost) 1976, S. 40.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Russische Abkürzung für: Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Erich Mielke: "Mit hoher Verantwortung für den zuverlässigen Schutz des Sozialismus [1975]", in: Jens Gieseke: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn 2001. S. 6.

# "Solange Putin Lebt"

Russischsprachige Emigranten in Berlin damals und heute

#### **JULIA GUSENFELD**

Bachelor in Bibliotheks- und Informationswissenschaft und Slawistik, Master in Kulturen Mittel- und Osteuropas, Organisatorin von Literaturprojekten, Lektorin und Bibliothekarin, Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

"Vom Bahnhof geriet man in den Teil Berlins, den die Russen 'Klein Petersburg' und die Deutschen 'Charlottengrad' nennen. In diesem Teil von Berlin treffen sich Leute, denen Sie jahrelang nicht begegnet sind, ganz abgesehen von Ihren Bekannten; man trifft ganz Moskau und ganz Petersburg, das russische Paris, Prag, ja sogar Sofia und Belgrad; ich vermute, auch wir sind uns begegnet in diesem wahren Treibhaus der russischen Kultur von gestern [...]".¹ So beschrieb der russische Symbolist Andrej Belyj das "russische Berlin" in den 1920er-Jahren.

Vier Emigrationswellen in den Westen hatte Russland im 20. Jahrhundert erlebt; im 21. Jahrhundert spricht man aktuell von der fünften. Die erste Welle baute

sich 1918 infolge der Oktoberrevolution auf; die zweite schwappte nach dem Zweiten Weltkrieg ins westliche Europa über, die dritte trieb Menschen während des Kalten Kriegs der 1970er- und 1980er-Jahre ins Exil. Die vierte Welle der 1990er-Jahre wurde vom Zusammenbruch der UdSSR ausgelöst. Menschen aus verschiedenen "Nachfolge"-Staaten versuchten, dem Elend ihres Alltags zu entfliehen. Die größten Gruppen russischsprachiger Emigranten nach Deutschland stellten Zuwanderer deutscher Abstammung, die sogenannten Spätaussiedler, und jüdische Zuwanderer. Hinzu kam eine große Zahl von Arbeitsmigranten aus Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der regionalen Organisation, in der sich verschiedene Nachfolgestaaten der Sowjetunion am 8. Dezember 1991 zusammengeschlossen hatten. Die fünfte Welle – das sind Russen, die jetzt aus Putin-Russland fliehen.

#### **DEUTSCHLAND: EINE ARCHE**

Spricht man von der russischen Emigration, ist üblicherweise die erste Welle gemeint. Osteuropahistoriker Karl Schlögel konstatiert, dass "jedes Zentrum der russischen Diaspora sein eigenes Gesicht [hatte]: Sofia und Belgrad waren Städte der Weißen Armee, Prag war das 'russische Oxford' [...], in Riga und Reval war man fast 'zu Hause', dort gab es Birken".²

Und natürlich Berlin – die "Stiefmutter der russischen Städte", wie es ein Emigrant der ersten Welle, Wladislaw Chodassewitsch, in seinem Gedicht "Berlin" formuliert hat. Die kulturschaffende Intelligenzija ließ sich in Berlin nieder:

Maler, Schriftsteller, Verleger, Wissenschaftler. Die Stadt war, von Russland aus gesehen, die erste westeuropäische Metropole, durch die alle Verkehrswege führten.

Was unterscheidet die erste Welle von den nachfolgenden? Nahezu alle Emigranten der ersten Welle betrachteten Deutschland als Arche. Viele warteten sehnsüchtig auf den Fall der Bolschewiken, um nach Russland zurückzukehren, wie es ein deutscher Zeitzeuge 1922 festhielt: "Zwei Welten ohne Brücke, zwei streng abgegrenzte Reiche. Russen bleiben Russen, auch auf dem Nepski-Prospekt³ in Berlin W., wir Deutschen leben an unseren Stammtischen …"<sup>4</sup>

Vladimir Nabokov, der von 1922 bis 1937 in Berlin lebte, war förmlich besessen davon, die deutsche Sprache *nicht* zu beherrschen. Zur Begründung führte er an: "Nach meiner Übersiedlung nach Berlin wurde ich von der panischen Angst befallen, ich könnte irgendwie meinen kostbaren russischen Lack ankratzen, wenn ich fließend Deutsch sprechen lernte."5

Im Gegensatz zu den Emigranten der ersten Welle kamen die Emigranten der vierten Welle Anfang der 1990er-Jahre, zu denen ich selbst zähle, nach Deutschland, um zu bleiben. Die meisten fanden hier ihre neue Heimat. Obwohl sie die ersten Emigranten waren, die problemlos ihr Geburtsland besuchen konnten, wollte kaum jemand zurück. Man lernte Deutsch, studierte und wurde Teil der deutschen Gesellschaft.

Ab Ende der 1990er-Jahre konnte man wieder von einem "russischen Berlin" sprechen, obwohl die Bezeichnung "russischsprachiges Berlin" zutreffender wäre. Wie vor hundert Jahren haben sich wieder Orte der russischsprachigen Kultur gebildet. Berlin als Schmelztiegel russischer und ukrainischer Emigrantenkultur bekam spätestens nach der Annexion der Krim erste Risse. Seit dem 24. Februar 2022 ist eine zunehmende Distanzierung ukrainischer und russischer Kreise zu beobachten. Einerseits entstand eine gemeinsame, überwältigende Solidaritätswelle: Russen, die über den von ihrem Geburtsland angezettelten Krieg entsetzt waren, standen gemeinsam mit unter Schock stehenden Ukrainern an den Bahnhöfen, um ukrainischen Flüchtlingen bei ihrer Ankunft beizustehen. Andererseits erwuchs auch bei den russischsprachigen Ukrainern ein verstärktes Bedürfnis nach Rückbesinnung auf die eigene Sprache und Nation. Teilweise sind die in Berlin lebenden russischen Bürger über die Handlungen ihres Heimatlandes zutiefst entsetzt. Umso schmerzlicher erleben sie den Rückzug des einen oder anderen ukrainischen Freundes. Manche hegen die leise Hoffnung, dass es nach einem baldigen Sieg der Ukraine die Chance auf einen Neuanfang geben könne. Diese Auffassung wird freilich nicht von allen russischstämmigen Menschen in Deutschland und Berlin geteilt, sondern teils sogar heftig bekämpft. Putin hat unter ihnen nicht wenige Anhänger. Die Konfrontationen unter den russischen Einwanderern werden rauer. bis hinein in die Familien.

Der 24. Februar 2022 markierte ein neues Kapitel in der russischen Emigrationsgeschichte und wird wahrscheinlich als Ausgangspunkt einer fünften russischen Emigrationswelle in die Geschichte eingehen. Seit dem Überfall auf die Ukraine verlassen Menschen in Scharen die Russische Föderation. Viele sehen aus ethischen und politischen Gründen für sich keine Möglichkeit mehr, in Russland zu

bleiben. Oppositionelle werden verfolgt und inhaftiert. Ihrem Exil haben die frischgebackenen Emigranten die bittere Bezeichnung "SPL" ("Solange Putin Lebt") gegeben. Noch ist es schwierig, abzuschätzen, wie viele Menschen das Land verlassen haben; verschiedene Quellen gehen von 150.000 bis 780.000 aus. Emigrationszentren sind unter anderem Tiflis, Jerewan, Riga, Vilnius, Prag, Istanbul und Berlin.

#### EINE WOHNUNG, VIELE SCHICKSALE

Anders aber als in den 1920er-Jahren begegnet man heute "ganz Moskau und Sankt Petersburg" nicht nur in "Charlottengrad", sondern unter anderem auch in Kreuzberg, etwa bei Olga Romanova, einer Bürgerrechtlerin und Leiterin der karitativen Stiftung "Russland hinter Gittern" zur Unterstützung von Verurteilten und deren Familien. In ihrer bescheidenen Zweizimmerwohnung konzentriert sich die geballte Kraft der Berliner Exilanten. Hier sucht man Rat bei allen möglichen Problemen, findet Gehör, Wohnungen werden vermittelt und Rechtsanwälte empfohlen. So wie an diesem Abend: Der Tisch ist reichlich gedeckt, es werden russische Salate, Schwarzbrot und Sauergurken gereicht. Am Herd steht Professor S. und kocht Plov, ein usbekisches Nationalgericht. Man hört laute Stimmen: "Stühle, wir brauchen mehr Stühle!" "Holt doch noch Gabeln beim Komponisten Filanovskij!" Bald ist kein Platz mehr am Tisch, und die Gäste machen es sich auf dem Teppich und der Couch bequem. Oder sie stehen einfach am Fenster. Das alles erinnert noch an sowjetische Küchentreffen. Am Tisch werden verschiedene Schicksale der heutigen Emigranten besprochen.

Neben mir sitzt Olga Kaminer, Frau des Schriftstellers Wladimir Kaminer. Wladimir ist nicht dabei, er dreht für den Fernsehsender 3sat. Wir besprechen leise die Wohnsituation in Berlin: Noch nie war sie so angespannt wie jetzt! Olga und Wladimir haben sich gleich nach Kriegsbeginn stark für ukrainische Flüchtlinge und geflüchtete russische Antikriegsaktivisten eingesetzt. In der Couch versinkt der Kunstgeschichtsprofessor Nikolaj. Jedes Mal, wenn er zuvor in Russland der Menschenrechtsorganisation Memorial sie steht bekanntlich auf der Liste "ausländischer Agenten" – geholfen hatte, musste er um seine Freiheit bangen. Er führt eine lebhafte Unterhaltung mit Michail, einem ehemaligen Operndirektor und Musikhistoriker. Sie sprechen über ukrainische Flüchtlinge. Den Weg zu Romanova hat Michail direkt nach der Abendschicht in der Erstaufnahmeeinrichtung Tegel gefunden. Dort arbeitet er als Übersetzer und Koordinator. Michail sagt: "Wir müssen an unserem Nervenkostüm arbeiten. Stark werden die Nerven durch tägliche mehrstündige Trainings: Schaue dem Ex-Polizisten aus Mariupol in die Augen, dessen linkes Auge zugenäht ist! Oder führe eine Unterhaltung mit einer schwerkranken ukrainischen dementen Oma, die sich Notizen auf dem Zettel macht, um nichts zu vergessen! Du stehst dazwischen in dieser seltsamen Übersetzerrolle, und die Menschen zählen auf deine Professionalität, trotzdem wird Empathie und Mitgefühl erwartet. Du bist derjenige, der die schicksalsbestimmende Waagschale auf die richtige Seite

neigen kann, aber dafür bist du gar nicht vorbereitet ..."

Der Journalist Pavel, der mir gegenübersitzt, berichtet mit aufgeregter Stimme über seine Flucht aus Moskau: "Die Tage nach dem 24. Februar befand ich mich in einem Schockzustand. Alles ging den Bach runter, alle jahrelang erarbeiteten Projekte; die Menschen verloren vor Schrecken den Verstand. Als Olga Romanova mir die Möglichkeit eröffnete, nach Berlin zu kommen, überlegte ich keine Sekunde. Ich setze mich ins Auto und fuhr nach Berlin mit einem einfachen Touristenvisum. Ja, der Informationskrieg in Russland ist verloren, die Propaganda ist stark, Putins Regime ist Faschismus 2.0 und wird genauso schrecklich enden, weil es absolut böse ist, aber früher oder später wird es besiegt."

## DIE BESTEN VERLASSEN DAS LAND

Sergey Lagodinsky, Abgeordneter für Deutschland im Europäischen Parlament, hört aufmerksam zu. Sergey setzt alle seine Kräfte dafür ein, den Antikriegsaktivisten aus Russland humanitäre Visa zu beschaffen. Olga Romanova entschuldigt sich kurz, um ein Videointerview zu geben. "Es sind die Besten, die das Land verlassen. Menschen mit großer Empathie und dem Gefühl einer sozialen Verantwortung", sagt sie der Journalistin.

Marina Davydova treffe ich Ende Juni in einem italienischen Restaurant in Kreuzberg. Vor mir sitzt eine erschöpfte, aber glückliche Frau – glücklich, weil sie aus Moskau fliehen konnte. Mit dabei ist ihr Sohn Ignat. Marina Davydova ist

Festivalleiterin und Theatermacherin; sie ist seit Langem auch außerhalb Russlands bekannt, man könnte sie als Kosmopolitin bezeichnen. Am 24. Februar dieses Jahres verfasste Marina eine Petition, mit der sie zum sofortigen Ende der Kriegshandlungen in der Ukraine aufrief. Schon wenige Tage später füllte sich ihr E-Mail-Postfach mit Drohungen und Beleidigungen. Tage darauf schmierte jemand das "Z"-Zeichen (das "Z" gilt als Symbol für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine) auf ihre Eingangstür.

"Dann wurde mir klar: Ich muss hier raus!", erzählt Marina. "Kurz nachdem ich die Grenze passiert hatte, ging ich online und fand heraus, dass Kameras für die Videobeobachtung am Haus angebracht waren. Drei verschiedene Videos zeigten mein schreckliches Verbrechen: mein Verlassen des Hauses, das Beladen des Autos und meine Abreise. Das Video wurde in zahlreichen Telegram-Kanälen hochgeladen und giftig kommentiert: ,Seht nur, so flieht die russische Intelligenzija.' Ich fühlte mich gedemütigt wie Kerenskij (der letzte Chef der demokratischen provisorischen Regierung vor der Oktoberrevolution), der im Frauenkleid aus Russland floh."

An diesem warmen Berliner Juniabend werden wir von flüchtigem Lindenduft umhüllt. Russland scheint sehr weit entfernt und ist gleichzeitig sehr nah. Marina sagt: "Jetzt haben wir alle nur ein Ziel: den Faschismus in Russland zu besiegen und den Krieg in der Ukraine zu beenden. Wir müssen uns solidarisieren und eine breite politische Abwehrbewegung bilden, mit einfach formulierten und vereinenden Parolen, mit der eindeutigen Repräsentation dieser Front in sozialen Netzwerken. Das ist die dringende Aufgabe von Intellektuellen aus Russland, es gibt jetzt nichts anderes."

Die ewigen Fragen der Emigranten sind wieder aktuell geworden: Für immer? Komme ich jemals zurück nach Russland? Was tun? Sind die heutigen Besitzer der russischen Pässe in der Lage, aus dem Exil heraus etwas in Russland zu verändern? Ist es sinnvoll, die Erfahrung des Widerstands aus der ersten Emigrationswelle gegen den Bolschewismus zu nutzen? Leider war damals alles vergebens – die dunkle bolschewistische Wolke bedeckte das Land für Jahrzehnte.

Dennoch, die Hoffnung bleibt, und diese hat Alexander Morozov in der Augustausgabe der Novaya Gazeta so formuliert: "Die Hoffnung ist heute nicht mehr politisch oder institutionell geprägt. Die Hoffnung hat nur eine Richtung: je größer die Katastrophe, desto größer die Chance, dass sie mächtige vitalisierende Gegenkräfte mobilisiert. Katastrophen von historischem Ausmaß setzen immer ungeahnte Lebenskräfte frei, die dabei helfen, selbige Katastrophe zu überwinden."

#### <sup>1</sup> Thomas Urban: Russische Schriftsteller im Berlin der zwanziger Jahre, Berlin 2003, S. 79.

#### **SCHWERPUNKT**

# Reform und Untergang

Michail Gorbatschow und die Sowjetunion

#### **HERMANN WENTKER**

Geboren 1959 in Bonn, promovierter und habilitierter Historiker. Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte und apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Potsdam.

In den frühen Morgenstunden des 13. März 1985 unterhielt sich Michail Gorbatschow mit seiner Frau Raissa bei einem nächtlichen Spaziergang über die bevorstehende Wahl eines neuen Generalsekretärs der KPdSU sowie über Gegenwart und Zukunft der Sowjetunion. Er beendete das Gespräch mit dem Satz: "So kann

man nicht weiterleben." Als das Zentralkomitee der KPdSU am gleichen Tag Gorbatschow zum Generalsekretär gewählt hatte, erhielt er die Gelegenheit, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Er war zwar gewillt, das Land zu verändern; seine Vorstellungen zur Erneuerung des Sozialismus waren allerdings noch äußerst vage.

Zum Zeitpunkt seiner Wahl konnte Gorbatschow auf eine beeindruckende Funktionärskarriere zurückblicken. Geprägt wurde er durch eine entbehrungsreiche Jugend in einem bäuerlichen Elternhaus im Nordkaukasus,

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Karl Schlögel: Das russische Berlin. Ostbahnhof Europas, München 2007, S. 107,

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die Deutschen nannten den Kurfürstendamm in Anlehnung an den Petersburger Newski-Prospekt und in Anspielung auf Lenins "Neue Ökonomische Politik" (russisch abgekürzt NEP) den NEPski-Prospekt; dazu vgl. Urban, a. a. O., S. 11.

Fritz Mierau (Hrsg.): Russen in Berlin, Literatur. Malerei, Theater, Film, Leipzig 1987, S. 176.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Val. Urban. a. a. O., S. 196.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Alexander Morozov: "Umdenken durch die Katastrophe. Sechs Thesen, warum es verfrüht ist, heute über die Wiederherstellung Russlands zu sprechen", in: Novaya Gazeta, 09.08.2022, https://novayagazeta.eu/articles/2022/08/09/ pereosmyslenie-cherez-katastrofu [letzter Zugriff: 08.09.2022]

durch die Schule und ein Jura-Studium an der Lomonossow-Universität Moskau in den 1950er-Jahren. Dort war er zunächst überzeugter Stalinist. Nach dem Tod des Diktators 1953 befielen ihn zunehmende Zweifel, und mit dem einsetzenden Tauwetter 1956 wandelte er sich zu einem Anhänger Nikita Chruschtschows. Nach dem Studium schlug er in seiner Heimatstadt Stawropol eine Funktionärskarriere ein – zunächst bei der Jugendorganisation *Komsomol* ("Leninscher Kommunistischer Allunions-Jugendverband") und dann in der KPdSU, wo er 1970 zum ersten Bezirkssekretär aufstieg.

Über Intelligenz, Ehrgeiz, Fleiß und Glauben an den Kommunismus hinaus bedurfte es für seine weitere Laufbahn mächtiger Förderer in Moskau. Kontakte knüpfte er unter anderem zu KGB-Chef Juri Andropow, der, wie andere führende Funktionäre, im Nordkaukasus zur Kur ging. Andropow war es zu verdanken, dass Gorbatschow 1978 als Sekretär für Landwirtschaft in die Parteizentrale nach Moskau berufen wurde. Mit dem Wechsel von Breschnew zu Andropow 1982 nahm seine Karriere an Fahrt auf. Als Generalsekretär des KPdSU-Zentralkomitees suchte Andropow nach einem Ausweg aus dem Afghanistan-Krieg und verfolgte mit dem Kampf gegen Korruption und die Verschwendung von Staatseigentum eine autoritäre Reformagenda. In Gorbatschow sah er einen geeigneten Verbündeten. Dieser musste freilich noch den Tod von Andropows Nachfolger, Konstantin Tschernenko, 1985 abwarten, bis er im Alter von 54 Jahren an die Spitze der Partei nachrücken konnte.

#### **FORDERUNGEN NACH GLASNOST**

Gorbatschow trat sein Amt als überzeugter Leninist an, der an die Kraft und das Potenzial des Sozialismus glaubte. Es ging ihm um eine Revitalisierung des sozialistischen Systems, das aus der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus letztlich siegreich hervorgehen werde. Zunächst setzte er auf einen neuen Stil: Er redete frei, ließ Diskussionen im Politbüro zu und suchte das Gespräch mit den Bürgern. Außerdem forderte er Glasnost – "Offenheit" – in Medien und Kunst. Die Wirtschaft, von der er nicht viel verstand, sollte durch "Beschleunigung" unter Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts optimiert werden. Sowohl erste Anstrengungen zur Effizienzsteigerung als auch spätere Wirtschaftsreformen, die auf eine Dezentralisierung abzielten, jedoch an staatlich festgesetzten Preisen festhielten, waren wenig durchdacht und verschlechterten die wirtschaftliche Situation erheblich. Hinzu kam der weltweite Verfall des Rohölpreises, der immer größere Löcher in den Staatshaushalt riss.

Die Katastrophe von Tschernobyl vom 26. April 1986 wurde zu einem Wendepunkt für Gorbatschow: Von nun an wurde seine Kritik an dem alten Schlendrian schärfer und seine Reformvorstellungen wurden radikaler. Auf dem Januarplenum des Zentralkomitees 1987 fasste er erstmals politische

Reformen ins Auge. Neben Glasnost trat nun die Perestroika – der Umbau von Staat und Gesellschaft. Die KPdSU, die er damals noch als Motor dieser Veränderung nutzen wollte, musste dazu durch die Einführung echter parteiinterner Wahlen demokratisiert werden. Damit forderte er die große Masse der Funktionäre und die Konservativen an der Parteispitze um Jegor Ligatschow heraus. Eine in den Medien ausgetragene Kontroverse im Frühjahr 1988 endete mit einem Sieg der Reformer um Gorbatschow, der daraufhin im Juli 1988 eine Unionsparteikonferenz einberief, die angesichts der Passivität der Parteifunktionäre die Macht der KPdSU zugunsten der Sowjets – der Räte – begrenzen und mit der Demokratisierung Ernst machen sollte. Zusammen mit einer Parteireform im Herbst 1988 gelang Gorbatschow zwar eine weitgehende Machtbegrenzung der KPdSU; da die staatlichen Institutionen aber zu schwach waren, um die Anleitungsfunktionen zu übernehmen, die die Partei innegehabt hatte, wurde damit das gesamte Herrschaftssystem infrage gestellt.

1988 meldeten sich unter dem Einfluss von Glasnost überdies die bisher unterdrückten Nationalitäten im sowjetischen Vielvölkerstaat mit Macht zu Wort. In den Auseinandersetzungen der Armenier und Aserbaidschaner um die armenische Enklave Berg-Karabach brach offene Gewalt aus. Die baltischen Völker richteten sich mit ihrem Autonomiestreben direkt gegen die Zentralmacht. Gorbatschow setzte im Unterschied zu seinen Vorgängern zwar keine Gewalt zur Unterdrückung der Unruhen ein, hatte allerdings für die aufflammenden Nationalitätenkonflikte, die auch auf Georgien und Zentralasien übergriffen, kein Sensorium. Er hoffte jedoch, dass ein reformierter Sozialismus für Russen und Nicht-Russen gleichermaßen eine befriedigende Lösung darstellte.

#### **GENUINES INTERESSE AN ABRÜSTUNG**

In der Außen- und Sicherheitspolitik verfolgte Gorbatschow einen radikal neuen Ansatz: Denn er strebte nicht mehr nach absoluter Sicherheit für die Sowjetunion, sondern ihm war bewusst, dass deren Sicherheit auch vom Sicherheitsgefühl ihrer Gegner abhing. Hinzu kam sein genuines Interesse an internationaler Abrüstung – nicht nur, weil er spätestens seit Tschernobyl die Zerstörungskraft von Nuklearwaffen fürchtete, sondern auch, weil er die für Rüstungszwecke vorgesehenen Mittel für zivile Vorhaben einsetzen wollte. In seinem nuklearen Abrüstungswillen traf er sich mit US-Präsident Ronald Reagan, der ebenfalls, trotz seines Aufrüstungskurses seit 1981, Atomwaffen möglichst eliminieren wollte. Der am 8. Dezember 1987 unterzeichnete INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty) über die kontrollierte Vernichtung aller landgestützten Mittelstreckenwaffen beider Seiten war daher ein Meilenstein auf dem Weg in eine sicherere Zukunft. Dass er auch im konventionellen Bereich massiv abrüsten wollte, verdeutlichte er in seiner

Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988, in der er unter anderem die Verringerung der sowjetischen Truppen innerhalb von zwei Jahren um 500.000 Mann in Aussicht stellte. Auch gegenüber Westeuropa wollte er von der Konfrontation zur Kooperation übergehen, nicht zuletzt, um vom dortigen technologischen Fortschritt zu profitieren.

Demgegenüber widmete er den osteuropäischen Staaten weniger Aufmerksamkeit und versäumte es, die dortigen Reformer zu unterstützen. Er setzte jedoch darauf, dass die Satellitenstaaten aus Einsicht dem sowjetischen Beispiel folgen würden. Obwohl er 1987/88 immer öfter statt der Breschnew-Doktrin den Grundsatz der Wahlfreiheit für die östlichen Verbündeten verkündete, glaubte er nicht daran, dass dies zu einem Auseinanderbrechen des östlichen Bündnisses führen werde, da seiner Meinung nach der Sozialismus dort tief verwurzelt sei. Doch darin hatte er sich, wie die weitgehend friedlichen politischen Umbrüche in Ungarn, Polen, der DDR, der Tschechoslowakei und Bulgarien sowie der gewaltsame Umsturz in Rumänien 1989 zeigten, geirrt. Allerdings ließ er den Wandel zu, ohne militärisch einzugreifen, und ermöglichte damit ein friedliches Ende des Kalten Krieges. 1990 stimmte er sogar vor dem Hintergrund eigener Schwäche und westlichen Entgegenkommens der Wiedervereinigung und der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu.

#### PRÄSIDENT OHNE LAND

Innenpolitisch waren die halbfreie Wahl und das Zusammentreten des Kongresses der Volksdeputierten im Frühjahr 1989 der Höhe- und Wendepunkt der Perestroika. Damit war Gorbatschow indes nicht länger die Speerspitze der Reform, sondern musste zwischen konservativen Kräften und "Radikalreformern" wie Andrei Sacharow und dem früheren Moskauer Parteichef Boris Jelzin, dem mit einem Mandat im Volkskongress ein Comeback gelang, vermitteln. Mit dem ausbrechenden Pluralismus und den zunehmenden öffentlichen Diskussionen konnte Gorbatschow nicht mehr umgehen. Zweierlei war für seinen nun einsetzenden Machtverfall verantwortlich: Zum einen nahmen die ungelösten Wirtschaftsprobleme und die Nationalitätenkonflikte überhand und wurden durch die im Fernsehen übertragenen Debatten des Volkskongresses ins allgemeine Bewusstsein gerückt. Zum anderen verlor Gorbatschow mit der Entmachtung der KPdSU seine alte Machtbasis, ohne eine neue etablieren zu können. Auch der Ausbau eines auf ihn zugeschnittenen Präsidialsystems nützte ihm wenig, da äußere Machtfülle nicht mit Gestaltungsmacht gleichzusetzen war. Gorbatschow war endgültig zum Zauberlehrling geworden, der die Kräfte, die er gerufen hatte, nicht mehr loswurde.

Das zeigte sich überdeutlich bei seinem Versuch, den Zerfall der Sowjetunion zu verhindern. Im südlichen Kaukasus, wo die Kämpfe zwischen Armeniern und Aserbaidschanern erneut aufflammten, sah er sich im Januar 1990 gezwungen, über Baku den Notstand zu verhängen, mit sowietischen Truppen die Stadt zu stürmen und den Widerstand gewaltsam niederzuschlagen. Als im März in Litauen das gewählte Parlament die Unabhängigkeit des Landes erklärte, wollte er es mit einer Energieblockade in die Knie zwingen. Doch am gefährlichsten wurde es für ihn, als die Nationalbewegung auf Russland übergriff, das 1990 ebenfalls einen Volkskongress wählte und an dessen Spitze seinen Rivalen Jelzin setzte. Anders als Gorbatschow, den der XXVIII. Parteitag im Juli als Generalsekretär bestätigte, trat dieser mit Aplomb aus der Partei aus und ließ sich 1991 vom Volk zum Präsidenten Russlands wählen. Im Unterschied zu Gorbatschow sprach er sich angesichts des wirtschaftlichen Sinkflugs des Landes entschieden für die Marktwirtschaft aus und versprach eine Erhöhung des Lebensstandards binnen zwei Jahren. Da die Macht nicht länger von der Sowietunion, sondern von den Einzelrepubliken ausging – auch die Ukraine, Weißrussland und die anderen Sowjetrepubliken hatten eigene Parlamente gewählt –, wurde Gorbatschow immer mehr zu einem Präsidenten ohne Land.

Zur Jahreswende 1990/91 setzte er angesichts der Fliehkräfte in der Sowjetunion auf eine Reform der Unionsverfassung, traf aber auch hier auf Widerstand, insbesondere von Jelzin, der eine sehr viel schwächere Union wollte. In dieser Situation verbündete sich Gorbatschow mit den Hardlinern aus den Apparaten, insbesondere aus dem KGB. Nun wurden auch gegenüber den abtrünnigen Republiken die Zügel angezogen: Im Baltikum, in Georgien, Moldawien und der Westukraine traten Anfang Januar 1991 sowjetische Fallschirmjäger in Aktion, angeblich, um Wehrpflichtige zu ergreifen, die sich nicht gestellt hatten. In Litauen, wo Gorbatschow die Anerkennung der jüngst reformierten Sowjetverfassung und die Unterordnung unter die Union forderte, stürmten sowjetische Fallschirmjäger das Fernsehgebäude in Vilnius und hinterließen fünfzehn Tote und Dutzende Schwerverletzte. Ähnliches ereignete sich in Riga. Die Anwendung von Gewalt war offenbar kein Tabu mehr. Unklar bleibt, ob Gorbatschow sie angeordnet oder ob das Militär ohne seine Genehmigung gehandelt hatte.

#### DAS ENDE DER SOWJETUNION

Gorbatschows Unionsvertrag, dem schließlich neun Republiken zustimmten, sah eine Föderalisierung der Sowjetunion vor. Eine Reihe führender Persönlichkeiten aus KGB, KPdSU und Militär befürchtete, durch eine zu weitgehende Dezentralisierung ihre Machtbasis zu verlieren. Daher putschten sie unter Führung von KGB-Chef Wladimir Krjutschkow am 21. August 1991 gegen Gorbatschow. Jedoch verweigerte der im Urlaub auf der Krim weilende Präsident die Zusammenarbeit mit den Putschisten, und Jelzin stellte sich diesen entschlossen entgegen, sodass der schlecht geplante Coup binnen zwei

Tagen scheiterte. Gorbatschow kehrte zwar nach Moskau zurück, der Sieger hieß freilich Jelzin. Hinter dem Rücken Gorbatschows hob er mit dem weißrussischen und dem ukrainischen Präsidenten am 8. Dezember 1991 die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aus der Taufe. Gorbatschow blieb letztlich nichts als der Rücktritt am 25. Dezember. Einen Tag später wurde mit dem Ende der Sowjetunion anstelle der sowjetischen Fahne die russische Trikolore auf dem Kreml gehisst.

Michail Gorbatschow, der am 30. August 2022 im Alter von 91 Jahren in Moskau starb, vermochte nicht, sein mit großem Optimismus und Selbstbewusstsein getragenes Unterfangen zu realisieren, sondern führte unwillentlich den Untergang der Sowjetunion herbei, die sich als nicht reformierbar erwies. Das ändert freilich nichts an seinen außenpolitischen Erfolgen, die zum friedlichen Ende des Kalten Krieges führten. Denn er verzichtete weitestgehend auf Gewalt, sowohl zwischenstaatlich als auch innerstaatlich. Damit nahm er den Menschen in der Sowjetunion und in den ehemaligen Satellitenstaaten die Angst und konnte auch die zunehmende Teilhabe der sowjetischen Bürger an Entscheidungsprozessen durchsetzen.

Eine wesentliche Ursache für das innenpolitische Scheitern Gorbatschows lag darin, dass es sich bei der Perestroika um ein Elitenprojekt handelte, für das er zwar die liberale Intelligenzija begeistern konnte, nicht aber die maßgeblichen Vertreter der drei tragenden Säulen der Sowjetherrschaft – Partei, Armee und KGB. Die Partei zerbrach, und das Prestige der Armee war infolge von Abrüstung und Rückzug angeschlagen. Weitgehend ungeschoren blieb der Geheimdienst. In seinen Apparaten herrscht weitgehende Kontinuität zwischen der alten Sowjetunion und dem heutigen Russland.

Es ist deshalb kein Zufall, dass der ehemalige KGB-Offizier Wladimir Putin der Idee alter sowjetischer Größe anhängt. Auch Gorbatschow hielt lange an einer starken Sowjetunion fest. Gleichwohl trennen ihn von Putin Welten. Strebte er ein humaneres System an, geht es Putin um die Etablierung und den Erhalt seiner autokratischen Herrschaft. Seine Außenpolitik zielt nicht auf Abrüstung, Verständigung und Kooperation, sondern auf Aufrüstung und die brachiale Durchsetzung eigener Interessen. Während Gorbatschows Zukunftsvision die Abschaffung aller Atomwaffen vorsah, droht Putin mit deren Einsatz in dem von ihm entfesselten Ukraine-Krieg. Der Kalte Krieg ist zwar nicht zurück, allerdings erscheint der einst von Gorbatschow überwundene Graben zwischen den westlichen Staaten und Russland tiefer denn je.

# Glaube und Aberglaube

Eine ambivalente Überblicksdarstellung zur Bedeutung von Religion im "Dritten Reich"

#### **PHILIP ROSIN**

Geboren 1980 in Bonn, promovierter Historiker, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referent Zeitgeschichte, Wissenschaftliche Dienste/ Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Manfred Gailus: Gläubige Zeiten. Religiosität im Dritten Reich, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 2021, 224 Seiten, 20,00 Euro.

Im Jahr der nationalsozialistischen "Machtergreifung" gehörten rund 95 Prozent der deutschen Bevölkerung einer der beiden großen Kirchen an. Darüber hinaus war 1933 ein Aufflammen religiöser Gefühle zu beobachten. Vor diesem Hintergrund

entwickelt der an der Technischen Universität Berlin lehrende Historiker Manfred Gailus in seiner Überblicksdarstellung über Religion und Glaube in Deutschland zwischen 1933 und 1945 die These, die Jahre des Nationalsozialismus "war[en] nicht eine Zeit beschleunigter Säkularisierung [...], sondern vielmehr eine Epoche, die im Zeichen einer Rückkehr des Religiösen stand" (S. 165).

Das "Wendejahr 1933" (S. 18) – keine glückliche Formulierung – spielt in Gailus' Argumentation eine Schlüsselrolle. Vom "Tag von Potsdam" über eine Trendumkehr bei den Kirchenmitgliedschaften bis hin zu einer Konjunktur nationalreligiöser Schriften spannt der Autor das Panorama eines "religious revival". Seine

Erklärungen sind plausibel: Es gab nach der Vielzahl der Krisen und Umbrüche zwischen 1914 und 1933 ein Bedürfnis nach – auch religiöser – Orientierung und Führung; die pluralistischen, teils auch atheistischen Denkströmungen der Weimarer Jahre waren in religiös-konservativen Bevölkerungsteilen auf Unverständnis und Widerwillen gestoßen. Zudem lebte bei den Protestanten die Erinnerung an die enge historische Bindung zwischen Thron und Altar, zwischen Kirche und Staat, fort.

Gailus' Erläuterungen zur Auseinandersetzung zwischen den "Deutschen Christen" und den Anhängern der "Bekennenden Kirche" im vielstimmigen Chor der Protestanten einerseits und den Bemühungen um Ausgleich mit den neuen Machthabern im Deutschen Reich durch den Vatikan mit dem Abschluss des Konkordats vom 20. Juli 1933 andererseits bewegen sich in bekannten Bahnen. Allerdings fasst er seine Vorstellung von dem, was unter "Glaube" und "gläubig" zu verstehen ist, sehr weit und bezieht - anschaulich geschildert – mehr oder weniger obskure religiöse Praktiken mit ein. Doch nicht jeder Aberglaube darf als Glaube gelten.

#### "VAGIERENDE RELIGIOSITÄT"

Gailus spricht von einer außerkirchlichen, "vagierende[n] Religiosität" (S. 53) und lehnt sich damit an eine Formulierung des Historikers Thomas Nipperdey an, die dieser freilich allein auf das Kaiserreich bezogen hatte. Darunter subsumiert der Autor völkische Ideologien wie die "Deut-

sche Glaubensbewegung", die einen nordisch-germanisch zentrierten "Deutsch-Glauben" an die Stelle des traditionellen Christentums setzen wollte. Protagonisten dieser "Bewegung", die – wie Gailus einschränkt – ein Randphänomen blieb, waren der Tübinger Religionswissenschaftler Jakob Wilhelm Hauer und der frühere Schriftleiter der Alldeutschen Blätter Ernst Graf zu Reventlow. Einer ähnlich mythisch-deutschvölkischen Denkrichtung hing der Kreis um den früheren Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff und dessen Ehefrau Mathilde an; die von ihnen herausgegebene Halbmonatsschrift Am Heiligen Quell Deutscher Kraft erreichte immerhin eine Auflage von bis zu 86.000 Exemplaren. Dennoch blieb auch die Breitenwirkung der "Ludendorffer" begrenzt, selbst wenn Adolf Hitler den "deutschgläubigen" General kurz nach der Veröffentlichung der päpstlichen Enzyklika Mit brennender Sorge im Frühjahr 1937 - gewollt symbolträchtig – zu einem Gespräch empfing.

Als weitere Gruppe nennt Gailus die "Gottgläubigen", die die NSDAP beziehungsweise die SS zum Kern ihrer Religion erhoben. Seit 1936 galt "gottgläubig" neben "evangelisch" und "katholisch" im Deutschen Reich als offizielle Religionsbezeichnung und wurde von überzeugten, jüngeren Nationalsozialisten und SS-Angehörigen als Selbstcharakterisierung gewählt. So erhob Reinhard Heydrich, SS-Obergruppenführer, den Anspruch einer "kirchenfreien deutschen Religiosität". Damit sollte eine Alternative zu den vorhandenen Konfessionsbezeichnungen geschaffen und dem kirchlichen Vorwurf der Gottlosigkeit oder des Neuheidentums entgegengetreten werden. Doch selbst innerhalb der genannten einschlägigen

Gruppen blieb die sogenannte "Gottgläubigkeit" ein Minderheitenphänomen.

Meist verhielten sich die NSDAP-Mitglieder und -Funktionäre in Bekenntnisfragen eher "traditionell". Ob diese Gruppe daher als "christliche Nationalsozialisten" (S. 78) bezeichnet werden sollte, ist allerdings infrage zu stellen. Tatsächlich fanden in der Frühzeit der nationalsozialistischen Diktatur Massenhochzeiten speziell für Partei- und SA-Kreise statt, doch wurden sie bald eingestellt, weil eine Aufwertung des christlichen Glaubens und der Kirchen weltanschaulich gerade nicht gewollt war. Stattdessen wurden für "gläubige" Nationalsozialisten Ersatzrituale geschaffen, wie Weihefeiern anlässlich der Geburt, des Eintritts in die Hitleriugend oder der Eheschließung. So wurden etwa auf der SS-Ordensburg Vogelsang "Eheweihen" zelebriert, bei denen der "Burgkommandant" den Pfarrer ersetzte. Zu Recht weist Gailus darauf hin, dass auch diese "neureligiösen Feiern" unter den Parteigenossen keine Massenphänomene wurden: "Das christlich-kirchliche Monopol auf diesen Gebieten konnte zu keinem Zeitpunkt der NS-Herrschaft ernsthaft gefährdet werden" (S. 77).

#### **SCHULD UND WIDERSTAND**

Im Gegensatz zu dieser Feststellung misst der Autor diesen Entwicklungen insgesamt eine große Bedeutung zu, wenn er nur wenige Seiten später ausführt, "[a]us dem traditionellen konfessionellen Zweikampf zwischen Katholiken und Protestanten war durch massives Hinzutreten der völkischen "Neuheiden" [...] ein religiöser Dreikampf geworden" (S. 82).

Dass beide großen Kirchen durch Schweigen, Wegschauen und Kollaboration zwischen 1933 und 1945 auf vielfältige Weise Schuld auf sich luden, wird in Gailus' Untersuchung präzise dargelegt. Beispielsweise hatten sie Anteil an der Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenpolitik, indem sie Angaben aus den Kirchenbüchern für "Ariernachweise" bereitstellten. Wie in anderen Landeskirchen auch, betrieb der evangelische Pfarrer Karl Themel in Berlin sogar eine eigene, kirchenfinanzierte Sippenforschung. 1941 hielt er sich zugute, in den fünf Jahren ihres Bestehens habe die "Kirchenbuchstelle Alt-Berlin" unter seiner Leitung bereits über 2.000 Fälle jüdischer Abstammung ausfindig machen können.

Dem stellt Gailus individuell mutiges Handeln von Christen gegen Diktatur und Unrecht gegenüber und kann dabei auf seine vielfältige Expertise im Bereich der kirchlichen Widerstandsforschung zurückgreifen. Anschaulich geht Gailus etwa auf den Wuppertaler evangelischen Theologen Helmut Hesse ein, der in seiner Predigt am 6. Juni 1943 öffentlich die Judenverfolgung anprangerte, verhaftet wurde und wenige Monate später gesundheitlich geschwächt im Konzentrationslager Dachau verstarb. Auch die wiederholten Eingaben des württembergischen katholischen Bischofs Theophil Wurm an Adolf Hitler und andere Parteigrößen werden gewürdigt. Die bereits getroffenen und noch geplanten Vernichtungsmaßnahmen gegen Juden stünden, so Bischof Wurm in seinem Schreiben an Hitler vom 16. Juli 1943, "im schärfsten Widerspruch zu dem Gebot Gottes und verletzen das Fundament alles abendländischen Denkens und Lebens: das gottgegebene Urrecht menschlichen Daseins und menschlicher Würde

**PORTRÄT** 

überhaupt" (zitiert auf S. 159). Abgesehen von einem warnenden Antwortschreiben aus der Reichskanzlei hatten sie für Bischof Wurm persönlich keine negativen Folgen.

Die nationalsozialistischen Ansätze zu einem neuen "Gottglauben" scheiterten endgültig im Zweiten Weltkrieg. Im Zeichen von Kampf, Zerstörung und Tod schöpften viele Menschen in christlichen Gebeten Hoffnung und Trost. Selbst Propagandaminister Joseph Goebbels räumte in einem Tagebucheintrag vom Oktober 1942 ein, dass "wir selbst an jenseitigen Werten nicht allzu viel zu bieten haben [...]. Unsere religiösen Vorstellungen sitzen noch nicht tief genug, als dass sie dem Volke in diesem Kriege einen ausreichenden Trost und Halt geben könnten" (zitiert auf S. 150 f.).

### OFFENSICHTLICHER ANTAGONISMUS

Insgesamt hinterlässt die Lektüre von Gailus' Darstellung einen ambivalenten Eindruck. Der Anspruch einer griffigen Überblicksdarstellung ist gelungen; zahlreiche, gut gewählte Zitate machen den Text anschaulich. Darüber hinaus versteht es der Autor ebenfalls gekonnt, seine Informationen spannend zu präsentieren, und kann dabei aus seinen jahrelangen Forschungen zum Thema mit dem regionalen Schwerpunkt Berlin schöpfen. Dafür, dass sich das Buch an einen größeren Leserkreis wendet, spricht neben dem Umfang von 167 Seiten Text (ohne Anhang) der moderne, stellenweise saloppe Sprachgebrauch, wenn etwa von nicht vorhandenen "Nazi-Bischöfe[n]" (S. 48) oder "Top-Ten-Nazis" (S. 79) die Rede ist. Punktuell irritiert jedoch der lockere Zungenschlag: "Juden und das Judentum als Religion waren keine eigenständigen Player auf dem pluralistisch weit ausfächernden Religionsfeld der 1930er Jahre" (S. 89) – nein, "eigenständige Player" waren sie damals zweifellos nicht.

Seine Grundthese von "Gläubige[n] Zeiten" überzieht der Autor hingegen, wenn er beispielsweise mehrfach hervorhebt: "Es handelte sich bei der NSDAP [...] *nicht* um eine atheistische oder radikal säkulare Partei, sondern um eine sakral aufgeladene, durch vielfältige Schattierungen auch religiös strukturierte Partei. Mehrheitlich sind ihre Mitglieder, so die hier vertretene These, als ,christliche Nationalsozialisten' zu bezeichnen" (S. 90). Bei dem angeblich relevanten Zeitgeistphänomen des Entstehens neuer, nichtkirchlicher "geistlicher" Bewegungen relativiert Gailus deren Bedeutung wiederholt selbst. Mit Blick auf das Verhältnis des Nationalsozialismus zum Christentum bleibt jedoch der grundsätzliche inhaltliche Antagonismus offensichtlich, selbst wenn es vielfältige Kollaborationen gab, wovon etwa das Stuttgarter Schuldbekenntnis vom Oktober 1945 eindrucksvoll Zeugnis ablegt. Christen, die zu Tätern des nationalsozialistischen Unrechts wurden, handelten nicht aus einer christlichen Überzeugung heraus, sondern im Widerspruch dazu.

Wenn der Autor unter Verweis auf neue völkische "deutschgläubige" oder nationalsozialistische "gottgläubige" Denkweisen von einer Stärkung des Glaubens spricht, steht er selbst in Gefahr, der zeitgenössischen Propaganda zu unterliegen. In der rückschauenden Betrachtung müssen Glaube und Aberglaube, Gottesliebe und Götzenanbetung klar voneinander getrennt und unterschieden werden.

# "Toleranz und Grundsatztreue"

Bernhard Vogel zum 90. Geburtstag

#### **CHRISTOPHER BECKMANN**

Geboren 1966 in Essen, promovierter Historiker, Referent Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung. Im November 1985 nahm Bernhard Vogel an einer Diskussion mit Studenten und Professoren der Universität Peking (*Beida*) teil. In der vom ZDF übertragenen Diskussionsrunde wurden auch Fragen der deutschen Teilung und Perspektiven einer friedlichen Wiederver-

einigung thematisiert. Vogel betonte, man gebe die Hoffnung auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit nicht auf, möge diese auch "jenseits der Jahrhundertgrenze liegen".

Zu diesem Zeitpunkt hätte Bernhard Vogel es sich nicht träumen lassen, dass nur vier Jahre später eine friedliche Revolution die Mauer zum Einsturz bringen und im Jahr darauf die Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR vollzogen werden würde. Und vollends absurd wäre ihm wohl der

Gedanke erschienen, dass er selbst im Februar 1992 zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt werden könnte. Es ist dieses "Alleinstellungsmerkmal" der Ministerpräsidentschaft in zwei verschiedenen Ländern, von 1976 bis 1988 in Rheinland-Pfalz und von 1992 bis 2003 in Thüringen, das wohl vielen in den Sinn kommt, wenn sie den Namen Bernhard Vogel hören. Andere mögen daran denken, dass sein älterer Bruder Hans-Jochen ein prominenter, dem Land und seiner Partei ebenfalls in vielen Ämtern dienender SPD-Politiker war.

Norbert Lammert, seinerzeit Bundestagspräsident und heute Nach-Nachfolger Bernhard Vogels im Amt des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, bemerkte 2007 anlässlich der Verleihung des Leibniz-Rings an die Brüder Vogel, in "nachdynastischen Zeiten" habe "keine andere Familie mehr und länger herausragende politische Ämter besetzt". Spekulationen, seine Entscheidung für die CDU sei die Trotzreaktion eines jüngeren Bruders gewesen, der gegen den dominanten älteren aufbegehrte, erteilt Bernhard Vogel selbst eine klare Absage: Die politische Entwicklung sei völlig unabhängig erfolgt und davon geprägt gewesen, dass Hans-Jochen, der ab 1943 Kriegsdienst leistete, einen völlig anderen Erfahrungshorizont gehabt habe. Während dieser aufgrund der beeindruckenden Persönlichkeit Kurt Schumachers zur SPD gekommen sei, hätten ihn selbst Person und Programm Konrad Adenauers fasziniert und überzeugt. Für beide Brüder habe aber mit Blick auf den jeweils anderen gegolten: besser in der falschen Partei als in gar keiner!

#### MIT LEINEWASSER GETAUFT

Die Politische Meinung

Obwohl familiär in Bayern verwurzelt, kam Bernhard Vogel am 19. Dezember 1932 im niedersächsischen Göttingen – der Vater war dort Privatdozent – auf die Welt und wurde "mit Leinewasser getauft". Als Vogel senior kurz darauf einen Ruf auf den Lehrstuhl für Tierzucht und Milchwirtschaft an der Universität Gießen erhielt, siedelte die Familie dorthin um, und für Bernhard Vogel begannen "die glücklichsten Jahre" seiner Kindheit. 1949 erfolgte ein weiterer Umzug, dieses Mal nach München, wo er 1953 am Max-Gymnasium das Abitur ablegte. Da Vogel auf keinen Fall – wie es der mütterlichen Familientradition entsprochen hätte – Jura studieren wollte, entschied er sich für Fächer, an denen ihn das damals Neuartige und Unbekannte reizte: Soziologie und Politische Wissenschaft. Beide Studienrichtungen waren in Heidelberg durch Alfred Weber und Dolf Sternberger prominent vertreten, und so bot die Studienwahl auch die Möglichkeit, gut begründet nicht in München zu studieren und sich so vom Elternhaus abzunabeln. Auf Drängen des Vaters, der die Fächerwahl für "brotlos" hielt, kam noch Volkswirtschaft hinzu, in der Vogel zwar nicht abschloss, aber alle für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Scheine erwarb.



Foto: © KAS - Marco Urban

Zum wichtigsten akademischen Lehrer in Heidelberg wurde Dolf Sternberger, der im Geistesleben der jungen Bundesrepublik nicht nur als einer der (Wieder-)Begründer des Fachs Politische Wissenschaft, sondern auch als bedeutender Publizist eine wichtige Rolle spielte und der als einer der "Gründungsväter der zweiten deutschen Republik" gewürdigt wurde, "soweit diese auch eine Republik der Geister, eine Republik des öffentlichen Gesprächs und der kritischen Verhandlung war und ist" (Ulrich Raulff). Über seine nicht unumstrittene, gelegentlich missinterpretierte Wortschöpfung vom "Verfassungspatriotismus", die nicht den nationalen Patriotismus ersetzen, sondern verdeutlichen wollte, dass dieser auch etwas mit der Staatsverfassung zu tun habe, meint Bernhard Vogel, dieser Ansatz, biete nach wie vor "eine nützliche und hilfreiche Orientierung für unser nationales Selbstverständnis" (*Die Politische Meinung*, Nr. 452, Juli 2007). Ein Patriot sei jemand, "der nicht nur die Landschaft oder die Berge oder die Seen, sondern auch seine demokratische Verfassungsordnung liebt".

Hinsichtlich der Möglichkeit, die Politik zum Beruf zu machen, hegte Bernhard Vogel zunächst keinerlei Ambitionen. Diese richteten sich vielmehr darauf, an der Universität zu bleiben und der Promotion über "Die Unabhängigen in den Kommunalwahlen westdeutscher Länder" eine Habilitationsschrift zum britischen Regierungssystem folgen zu lassen. Beim Einzug in den Heidelberger Stadtrat 1963 ließ er sich zusichern, das Mandat niederlegen zu können, sollte dies für die Fertigstellung der Habilitation notwendig sein.

Und auch bei der Wahl in den Deutschen Bundestag 1965 hegte er noch den Plan, nach vier Jahren politischer Praxis zur Wissenschaft zurückzukehren. Erst bei der Berufung zum rheinland-pfälzischen Kultusminister zwei Jahre später, so Vogel rückblickend, habe ihm "gedämmert, dass es wohl bei der Politik bleiben werde".

In der Politik machte er in der Folgezeit rasch Karriere. Den jeweils zwei Jahren im Heidelberger Stadtrat und als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Neustadt/Speyer folgte 1967 die Berufung zum Kultusminister von Rheinland-Pfalz, in "stürmischer Zeit" – man denke nur an das Stichwort "68er". 1974 wurde Vogel Nachfolger Helmut Kohls, den er schon aus Heidelberger Studientagen kannte und der eigentlich Heiner Geißler für das Amt favorisierte, im Landesvorsitz der CDU Rheinland-Pfalz. 1976 folgte er Kohl auch im Amt des Ministerpräsidenten nach – und setzte sich erneut gegen den von diesem präferierten Kandidaten, Finanzminister Johann Wilhelm Gaddum, durch.

#### **EINDEUTSCHUNG DES ZWEITEN VATIKANISCHEN KONZILS**

Mit der Wahl zum Ministerpräsidenten legte Vogel ein anderes Amt nieder, das er seit 1972 in bewegter Zeit mit Herzblut ausgeübt hatte: das des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. In dieser Funktion spielte er eine wichtige Rolle im Rahmen der Würzburger Synode, die sich die "Eindeutschung" des Zweiten Vatikanischen Konzils auf die Fahnen geschrieben hatte. Bis heute hegt Bernhard Vogel große Wertschätzung für die Arbeit und die Ergebnisse der Synode, verbunden mit dem Bedauern darüber, dass wichtige Fragen wie die Priesterweihe verheirateter Männer und das Frauendiakonat nach wie vor einer befriedigenden Lösung harren.

Außerdem sah er sich mit der Strategie des Vatikans konfrontiert, den Regierungen des Ostblocks durch Entgegenkommen in organisatorischen und personellen sowie in Statusfragen Freiräume für die Seelsorge abzuhandeln und die Situation der Kirche dort zu verbessern. Dies betraf auch die Frage einer Verselbstständigung der katholischen Kirche in der DDR durch Neuzuschnitt der Diözesen und die Einrichtung einer eigenständigen Bischofskonferenz sowie deren diplomatische Anerkennung durch Entsendung eines Apostolischen Nuntius nach Ost-Berlin. Vogel und seine Mitstreiter in der CDU/CSU und im deutschen Katholizismus setzten "Himmel und Erde in Bewegung", um aus ihrer Sicht zu weit gehende Schritte des Vatikans zumindest hinauszuzögern und die Funktion der katholischen Kirche als eine der wenigen verbliebenen Klammern zwischen den beiden Staaten in Deutschland möglichst lange zu erhalten. Tatsächlich gelang dies, bis durch die Wahl Johannes Pauls II. im Oktober 1978 eine neue Situation eintrat und die vatikanischen Pläne hinsichtlich der DDR ad acta gelegt wurden.

Roland Koch bezeichnete Bernhard Vogel anlässlich seines 85. Geburtstages in dieser Zeitschrift als "Lehrmeister mit innerem Kompass" (*Die Politische Meinung*, Nr. 547, November/Dezember 2017). Vogel selbst betont, dass der christliche Glaube für ihn "in ganz entscheidender Weise lebensbestimmend" sei. Prägend hierfür waren die Mitgliedschaft im "Bund Neudeutschland", einem katholischen Ableger der Jugendbewegung, der seine Mitglieder zur "Lebensgestaltung in Christus" anhielt, sowie die intensive Auseinandersetzung mit der Katholischen Soziallehre. Schon als Student und Doktorand leitete Vogel hierzu Kurse für Jugendliche und Erwachsene im Mannheimer Heinrich-Pesch-Haus der Jesuiten.

#### PRÄGUNG DURCH DIE KATHOLISCHE SOZIALLEHRE

Der seinerzeitige Nestor der Katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, wurde neben Sternberger prägend für sein Denken. Besonders das Prinzip der Subsidiarität hat Vogel verinnerlicht und zählt dessen Bewahrung und Umsetzung zu den zentralen gesellschaftlich-politischen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft.

Der Parlamentarische Rat hat durch das Postulat der im christlichen Menschenbild wurzelnden Menschenwürde das Grundgesetz unter eine ethische Grundnorm gestellt. Auf dieser Grundlage verficht Bernhard Vogel eine pragmatische und lösungsorientierte Herangehensweise an Politik, verbunden mit einer ausgeprägten Abneigung, politische Streitthemen allzu rasch zu Prinzipienfragen zu erheben, die für Kompromisse nicht mehr zugänglich sind. Als der Philosoph Karl Jaspers 1966 das politische System und die politische Praxis der Bundesrepublik scharf kritisierte, konstatierte der junge Bundestagsabgeordnete, Jaspers fehle "das theoretische Verständnis für die Wirkweise des parlamentarischen Regierungssystems" sowie "erst recht jede praktische Anschauung": "Für den Philosophen mag allein die grundsätzliche Gesinnung zählen, für den Politiker zählt sie auch, aber für ihn ist darüber hinaus von Bedeutung, ob er die Inhalte dieser Gesinnung auch verwirklichen kann." Demokratie beinhalte die "Verpflichtung zur Toleranz". Jahrzehnte später, nach vielfältigen politischen Erfahrungen, bekräftigte Vogel, es gebe "in der Politik eine ganze Menge Entscheidungen, bei denen es nur darauf ankommt, dass entschieden wird". Vergleichsweise wenige – aber dann natürlich besonders wichtige - seien "wirklich von grundsätzlicher Bedeutung". Darum ärgere ihn die verbreitete Neigung, "aus dem Unterschied des jeweiligen Konzepts eine Beschimpfung des politischen Kontrahenten zu machen". Aus Anlass seines 70. Geburtstags würdigte Roman Herzog ihn als "lebendes Beispiel" für die Vereinbarkeit von "Toleranz und Grundsatztreue, Pflichterfüllung und Offenheit, Realismus und Zuversicht".

Dementsprechend war Vogels Amtsführung als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz auf Ausgleich und Moderation hin angelegt. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung charakterisiert ihn als "Bundespräsident[en] im Amt des Ministerpräsidenten". In seinen Regierungserklärungen legte er Wert darauf, auch Fragen grundsätzlicher Natur anzusprechen und sich nicht ausschließlich an Alltagsproblemen abzuarbeiten. Ähnliches trifft auf seine Amtszeit in Thüringen zu, wenngleich hier unvermeidlich die bisweilen profanen Erfordernisse des Auf-, Um- und Neubaus breiten Raum einnahmen. Vogel setzte in Mainz den unter Helmut Kohl begonnenen Kurs der Modernisierung und des Strukturwandels fort. Durch das von ihm forcierte Kabelpilotprojekt Ludwigshafen spielten Rheinland-Pfalz und er persönlich eine wichtige Rolle bei der Einführung des dualen Rundfunksystems aus privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern.

#### "POLITTOURIST" IM FOKUS DER STAATSSICHERHEIT

Zu den Feldern, denen seine Aufmerksamkeit galt, gehörte auch die Deutschlandpolitik. Seit 1977 unternahm Vogel jährlich eine kurze Privatreise in eine Region der DDR. Angesichts der fortwährenden Teilung und der Abgrenzungsbemühungen des SED-Regimes war in seinen Augen wichtig, dass möglichst viele Bundesbürger dorthin reisten, "sei es, um die Kontakte nicht abreißen zu lassen, sei es, um die Landschaften und Menschen [...] kennenzulernen". Insgesamt elf Mal fuhr Vogel in die DDR und vermied dabei lange Zeit bewusst offizielle Begegnungen mit Vertretern des Staats- und Parteiapparats. Erst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre kam es zu Begegnungen mit dortigen Spitzenfunktionären. So erneuerte er im Februar 1987 im Auftrag von Bundeskanzler Helmut Kohl die Einladung an Staats- und Parteichef Erich Honecker zu einem Besuch in der Bundesrepublik. In den Begegnungen mit Honecker sprach er so deutlich wie wenige andere bundesdeutsche Politiker die untragbaren Zustände an der innerdeutschen Grenze an, wo Menschen "in Lebensgefahr geraten, wenn sie von Deutschland nach Deutschland wollen".

Zu einer unfreiwilligen Unterbrechung seiner regelmäßigen DDR-Besuche kam es 1982, als sein Einreiseantrag abschlägig beschieden wurde. In den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit heißt es dazu, Vogel habe sich nach seinem letzten Besuch "verleumderisch und diffamierend über den Zustand von Kulturdenkmälern in der DDR geäußert". Tatsächlich hatte dieser seiner Erschütterung über den Zustand des Doms von Halle und der dortigen Altstadt Ausdruck verliehen, die "verrotten und verfallen" würde. Deshalb wurde ihm auf persönliche Anweisung von Erich Honecker die künftige Einreise verweigert, das Verbot allerdings einige Monate später wieder aufgehoben.

Jeder Besuch Vogels rief das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auf den Plan, das einen enormen Überwachungsaufwand betrieb. In einer 1984 entstandenen Ausarbeitung des MfS hieß es, der "Polittourismus" in die DDR vor allem seitens "der CDU/CSU und anderer entspannungsfeindlicher Kräfte [sei] eine feste Größe im Rahmen der politisch-ideologischen Diversion". Dabei wurden namentlich Bernhard Vogel und auch die Konrad-Adenauer-Stiftung genannt – im Rückblick eine ausgesprochen ehrenvolle Erwähnung.

Nach der Abwahl als CDU-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz 1988 trat Bernhard Vogel, wie vorher für diesen Fall angekündigt, auch vom Amt des Ministerpräsidenten zurück – ein Vorgang, der Narben hinterlassen hat. Kurze Zeit später folgte die Wahl zum Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung. Hier sah er sich angesichts der Umbrüche in Deutschland und Europa vor die Aufgabe gestellt, die Stiftung auf die neuen Herausforderungen einzustellen, sie in den jungen Ländern der Bundesrepublik zu etablieren und Außenstellen in Staaten des ehemaligen Ostblocks zu eröffnen. Die Nachricht vom Fall der Mauer erreichte ihn in Warschau am Vorabend der Eröffnung des dortigen Büros. Zudem wurde eine tiefgreifende Strukturreform der Konrad-Adenauer-Stiftung in Angriff genommen. Die Grundzüge der seinerzeit etablierten Organisationsstruktur mit fünf Arbeitsbereichen haben sich als langlebig erwiesen und bis heute erhalten.

#### "MUTMACHER" UND LANDESVATER

Als Bernhard Vogel im Februar 1992 überraschend in das Amt des thüringischen Ministerpräsidenten gewählt wurde, fragte *Die Zeit* höchst unfreundlich, ob es keine andere Möglichkeit gebe, als "eine hölzerne Blockflöte aus dem Osten einzutauschen gegen eine schon arg angeschrammte, zweite Geige aus dem Westen".

Als Vogel die Erfurter Staatskanzlei 2003 verließ, lauteten die resümierenden Urteile gänzlich anders. Er habe, so *Die Welt*, das Maß verkörpert, "das die heimatstolzen und schon zu DDR-Zeiten renitenten Thüringer an West-Import ertrugen: ein Landesvater, der mehr moderieren als dirigieren wollte, und der nach und nach zur unumschränkten Autorität wurde". Und die *Süddeutsche Zeitung* konstatierte, nun gehe nach Kurt Biedenkopf und Manfred Stolpe "der letzte jener großen Landesväter der Nachwende-Jahre, deren Aufgabe vor allem im ideellen Bereich, im Mutmachen lag". Es sei auch Vogels Wirken zu verdanken, "dass die Opfer leichter zu ertragen waren – ohne dass die junge Demokratie auf breiter Front in Frage gestellt wurde". Insofern war die Wahl 1992 nicht nur für ihn persönlich ein – wie er später sagte – "unverhofftes Glück".

Anders als zu rheinland-pfälzischen Zeiten tat sich Vogel in Thüringen leichter, die Bezeichnung "Landesvater" zu akzeptieren – wohl auch Folge des

mittlerweile erreichten Lebensalters: Mit annähernd sechzig Jahren vermag man sich eher mit einem derartigen Etikett abzufinden denn mit Mitte vierzig.

Wie schon in seiner rheinland-pfälzischen Amtszeit nahm Bernhard Vogel als thüringischer Ministerpräsident, im Gegensatz zu manchen seiner Amtskollegen, an nahezu allen Sitzungen des Bundesrats teil, dem er so lange angehörte wie kein anderer Politiker. Es ist ein weiterer Beleg für seine bei vielen Gelegenheiten zum Ausdruck gebrachte Hochschätzung des föderalen Prinzips als zentrales Element unserer politischen Ordnung. Die zunehmende Aushöhlung des Föderalismus – für ihn Voraussetzung heilsamen Wettbewerbs und Element freiheitssichernder Gewaltenteilung – betrachtet er daher mit Sorge.

Auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorsitz der Konrad-Adenauer-Stiftung, den er von 1989 bis 1995 und von 2001 bis 2009 innehatte, ist Bernhard Vogel ein gefragter Ratgeber, Redner und Diskussionsteilnehmer geblieben, der das politische Geschehen aufmerksam-kritisch beobachtet. Seine Funktion als Ehrenvorsitzender seit 2010 fasst er nicht nur als Ehre, sondern ebenso sehr als Pflicht auf. Beleg hierfür sind die zahlreichen Termine und Verpflichtungen, die er nach wie vor für die Stiftung wahrnimmt. Man kann davon ausgehen, dass er dies auch nach dem Eintritt in das zehnte Lebensjahrzehnt fortsetzen wird.

"[…] wer nicht weiß, wo er steht und worauf er gründet, fällt allzu oft der Versuchung zur Beliebigkeit anheim." Dies schrieb Bernhard Vogel 2006 zum fünfzigjährigen Jubiläum der Zeitschrift *Die Politische Meinung* (Nr. 439, Juni 2006), für die er seit 1990 – inzwischen gemeinsam mit Norbert Lammert – die Verantwortung als Herausgeber trägt. Seine Impulse und sein intensives Interesse an der Arbeit der Zeitschrift mit dem Ziel, den zentralen Fragen der Zeit ein offenes Forum zu bieten, aber auch Position zu beziehen, sind seit der 248. Ausgabe – bei allen Veränderungen in Layout und Erscheinungsweise – richtunggebende Konstanten. Sein für die Redaktionsarbeit geprägtes Motto schließt auf ihn selbst zurück: "Unbestechlich im Grundsätzlichen, kritisch-konstruktiv im Konkreten."

# Herzflimmern in der Demokratie?

Parlamentarismus in Deutschland und Europa

#### **CHRISTINE BACH**

Geboren 1970 in Sankt Ingbert, promovierte Historikerin, Referentin Zeitgeschichte, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Andreas Biefang / Dominik Geppert / Marie-Luise Recker / Andreas Wirsching (Hrsg.): Parlamentarismus in Deutschland von 1815 bis zur Gegenwart. Historische Perspektiven auf die repräsentative Demokratie, Droste Verlag, Düsseldorf 2022, 476 Seiten, 49,90 Euro.

Ines Soldwisch: Das Europäische Parlament 1979–2004. Inszenierung, Selbst(er)findung und politisches Handeln der Abgeordneten, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2021, 302 Seiten, 59,00 Euro.

Zwei Neuerscheinungen widmen sich dem Parlamentarismus in Deutschland und Europa aus historischer Perspektive: Der Band Parlamentarismus in Deutschland von 1815 bis zur Gegenwart entstand anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der Gründung der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen

Parteien (KGParl) im Jahr 1952 in Bonn. Die Gründung dieser außeruniversitären Forschungseinrichtung markierte, so die Herausgeber, die "institutionelle Etablierung einer historischen Parlamentarismusforschung" in Deutschland. Dass der Bund die Finanzierung der Kommission übernahm, verdankte sich einem politischen Ziel: Durch die Erforschung von und Beschäftigung mit parlamentarischen Traditionen in der deutschen Geschichte und deren Verankerung in der Gesellschaft (S. 17) sollte ein Beitrag zur Überwindung der Diktaturfolgen und zur Festigung der noch jungen Demokratie geleistet werden. Mit der Jubiläumsschrift liegt nun ein Sammelband über "200 Jahre Parlamentarismusgeschichte" vor, der sich ausdrücklich als "Handbuch" versteht und sich an ein breites Publikum richtet. Titel und Themenauswahl erinnern daran, dass die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland im 19. Jahrhundert beginnt.

Zu Recht weisen die Herausgeber darauf hin, dass die Forderungen nach demokratischen Partizipationsrechten im 19. Jahrhundert von Anbeginn an die Idee des Nationalstaats geknüpft waren. Die Geschichte der Demokratie und die Geschichte des deutschen Nationalstaats bildeten demnach über weite Strecken zwei Seiten der gleichen Medaille. In den sechzehn Kapiteln des Sammelbandes werden problematische Aspekte der Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert keineswegs ausgeblendet - vielmehr wird der Blick auf die vielfältigen Grauzonen gelenkt, die stets Bestandteil historischer Entwicklungen waren und sind.

Die Aktualität des Bandes ergibt sich aus dem deutlichen Hinweis auf die Ursprünge des in der Bundesrepublik weiterhin gültigen Verständnisses parlamentarischer Repräsentation. Am Anfang des modernen Parlamentarismus stand die *Abkehr* vom Gedanken der Repräsentation bestimmter Gruppen, wie sie in den frühneuzeitlichen Ständeversammlungen verwirklicht war. Stattdessen setzte sich allmählich ein neues, *abstraktes* Ideal von politischer Repräsentation durch.

## DAS IDEAL DEMOKRATISCHER PARTIZIPATION

In seinem instruktiven Beitrag "Parlamentarismus und Demokratie" beschreibt Andreas Biefang, wie im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ein "ideenund machtpolitischer Kompromiss" (S. 29) zwischen Forderungen nach einer direkten Herrschaftsausübung durch das Volk und dem Gedanken der Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger durch frei gewählte Abgeordnete Form annahm. Obwohl es sich bei den Parlamenten, die seit 1815 in den deutschen Ländern auf Grundlage landesständischer Verfassungen entstanden, keineswegs um Parlamente nach unseren heutigen Idealvorstellungen handelte, waren es doch bereits "mehrheitlich moderne Parlamente in dem Sinne, dass die Abgeordneten über ein freies Mandat verfügten und im Namen des gesamten Volkes handeln sollten" (S. 33).

Durch die zunehmende Einübung der Prinzipien der repräsentativen Volksvertretung in den Parlamenten des Vormärz, in der Frankfurter Nationalversammlung und im Reichstag setzte sich, so Biefang, das Ideal demokratischer Partizipation durch die Wahl freier Abgeordneter als Leitvorstellung durch. Ohne diese Vorgeschichte wären der politische Erfolg der Bundesrepublik und deren Stabilisierung als demokratischer Rechtsstaat nicht möglich gewesen, denn die Abgeordneten des Parlamentarischen Rats knüpften 1948 an kulturell verankerte Ideale und parlamentarische Erfahrungen an, die unter neuen Bedingungen und mit der Absicht, aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie zu lernen, Berücksichtigung fanden.

In Teilen liest sich Biefangs Beitrag wie ein Appell an Parteien und Öffentlichkeit, sich auf die Prinzipien der Repräsentation zu besinnen, und dies, obwohl der Parlamentarismus der Bundesrepublik stets auch "in einem Spannungsverhältnis zur Demokratie" stand. Gleichwohl gelang es in den Jahrzehnten nach 1949 stets, Teile außerparlamentarischer Bewegungen in das repräsentative System einzubinden. Ob dies weiter der Fall sein wird, ist für Biefang eine offene Frage, denn die zunehmende Infragestellung des Repräsentationsprinzips selbst durch gewählte Abgeordnete des Bundestags, etwa mit Forderungen nach einer vermehrten Anwendung von Instrumenten direkter Demokratie wie der Abhaltung von Referenden oder gar nach der Einführung von "Bürgerräten", bergen ihm zufolge die Gefahr in sich, dass sie "organisierte, gut ausgebildete und politisch artikulationsfähige Eliten zu Lasten weniger gebildeter und ärmerer Milieus" begünstigen (S. 48). Darüber hinaus zeige sich die aktuelle "Krise der parlamentarischen Repräsentation" darin, dass sich die bestehenden Parteien immer schwerer damit täten, "ihre traditionelle Aufgabe innerhalb des parlamentarischen Systems zu erfüllen und die vielfältigen, oft widersprüchlichen ökonomischen und ideellen Interessen zu bündeln".

Die einzelnen Beiträge des Bandes Parlamentarismus in Deutschland nähern sich ihrem Gegenstand in acht "historischen Längsschnitten", in fünf Beiträgen zum "Parlament als politischer Akteur und Machtfaktor" und drei Aufsätzen, die aus politikwissenschaftlicher, rechtsgeschichtlicher und historischer Perspektive grundsätzliche und aktuelle Fragen des Parlamentarismus erörtern.

## ANTIPARLAMENTARISCHE IDEEN

Dass "Sinn und Grenzen parlamentarischer Repräsentation" von Zeitgenossen seit jeher infrage gestellt wurden, schildert Hans-Christof Kraus in seinem Aufsatz "Parlamentarismuskritik, Antiparlamentarismus und Modelle alternativer Repräsentation". Kraus unterscheidet zwischen "Antiparlamentarismus, der jede Art einer parlamentarisch organisierten Repräsentation ablehnt und bekämpft und Parlamentarismuskritik, die nur bestimmte Aspekte jenes Systems kritisch bewertet" (S. 148, [Hervorhebung im Original]). Wenig überraschend ist der Hinweis auf die "extreme Zuspitzung des Antiparlamentarismus von rechts und links" in der Weimarer Republik.

Nach 1945 bestand in der DDR die Volkskammer als "Scheinparlament", dem die Aufgabe zufiel, als "Transmissionsriemen der Partei der Arbeiterklasse" zu den Massen zu fungieren (S. 155). In der Bundesrepublik existierte, sozusagen als einmal mehr, einmal weniger vernehmbare Begleitmusik neben der mehrheitlich bestehenden Akzeptanz des politischen Systems, weiterhin ein "ausgeprägter

Antiparlamentarismus und Antipluralismus der Rechts- und Linksradikalen" (S. 155). Eine Hochzeit antiparlamentarischer Ideen waren die Jahre um 1968, als Teile der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition einen "Kampf der Straße gegen das Parlament" propagierten. Alternative Vorstellungen zum Parlamentarismus der Bonner Republik kursierten mit unterschiedlichen Akzentuierungen in den "neuen sozialen Bewegungen", die sich in den 1970er-Jahren formierten und die Partei "Die Grünen" hervorbrachten. Dass die Grünen mittlerweile selbst ein fester Bestandteil der bestehenden parlamentarischen Praxis sind und damit das Repräsentativsystem gewissermaßen die Oberhand über die einstigen Kritiker gewonnen hat, ist bereits oft beschrieben worden.

Am Ende unternehmen die Mitherausgeber Andreas Wirsching und Dominik Geppert den Versuch einer "Gegenwartsbestimmung des Parlamentarismus aus historischer Perspektive". Sie kommen zu dem Schluss, dass "die Beschäftigung mit der langen Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland" dazu beitragen kann, aktuellen Krisenerscheinungen mit mehr Gelassenheit und dem Vertrauen auf die Problemlösungskompetenz des parlamentarischen Systems zu begegnen. Dies mag so sein, jedoch ist die Stabilität des politischen Systems kein Garant für das langfristige Überdauern einzelner politischer Parteien. Es sollte deshalb zumindest bedenklich stimmen, dass der Niedergang der einst führenden christlichdemokratischen Parteien in Belgien, den Niederlanden und Italien längst ein historischer Fakt ist und auch in Deutschland die Frage gestellt werden muss, ob sich ausreichend große Teile der Bevölkerung

noch von den Programmen der Parteien angesprochen fühlen.

#### **INSTITUTION MIT EIGENLEBEN**

Die Absicht, kulturhistorische Ansätze für die Erforschung ihres Gegenstands zu nutzen, vereint den Jubiläumsband der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien mit der an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen entstandenen Habilitationsschrift von Ines Soldwisch Das Europäische Parlament 1979–2004. Inszenierung, Selbst(er)findung und politisches Handeln der Abgeordneten. Mit der Arbeit betritt die Autorin insofern Neuland, als das Europäische Parlament bislang wenig in den Blick der historischen Forschung gelangt ist. Soldwisch vertritt in ihrer Untersuchung einen "akteurszentrierten Ansatz", denn, so ihr Ausgangspunkt: "Das Europäische Parlament reflektiert nicht nur geschichtliche Veränderungen, es steht nicht nur für eine bestimmte Etappe des Integrationsprozesses. Es hat sich darüber hinaus selbst verändert, ist eine Institution mit Eigenleben, hat Geschichte mitgestaltet" (S. 19).

Die Entwicklung des Europäischen Parlaments in den 25 Jahren seit der ersten Direktwahl untersucht die Autorin anhand von vier Bereichen, wobei jeweils ein Kapitel der Zeit vor beziehungsweise nach dem Vertrag von Maastricht gewidmet ist. Ihr *erstes* Thema ist die Architektur, also die Gebäude, in denen die Abgeordneten tagten, denn der Raum, in dem die Abgeordneten tagten, sei, so Soldwisch, als Ort der Selbstdarstellung des Parlaments von großer symbolischer Bedeutung. *Zweitens* 

geht es um die Entwicklung der Geschäftsordnung, die die Arbeit des Parlaments strukturiert und anhand derer auch Aufschlüsse zum Selbstverständnis der Abgeordneten zu gewinnen sind, drittens untersucht sie das Selbstverständnis und die sozialen Rollen der Europaabgeordneten, und viertens analysiert sie die Wahlen der Parlamentspräsidenten und -präsidentinnen, die im Europäischen Parlament nicht nur zu Beginn, sondern auch zur Hälfte der Legislaturperiode stattfinden.

#### INSZENIERUNGEN UND SYMBOLIK

Anhand der ausgewählten Themen zeichnet Soldwisch das Bild eines "lernenden Parlaments", das sich "von einer diskutierenden Versammlung hin zu einem diskutierenden und Entscheidungen fällenden Parlament entwickelte" (S. 281). Entscheidende Wegmarken hierzu waren die Verträge von Maastricht 1992/93 und Amsterdam 1997/1999, durch die sich die Kompetenzen der Abgeordneten erweiterten. Damit habe sich auch der Blick der Nationalen Regierungsvertreter auf das Parlament geändert: "Europäische Abgeordnete erlangten durch ihre neuen politischen und vertraglich bestätigten Rechte und das, was sie daraus ableiteten, eine neue Wertigkeit" (S. 235).

Folgt man den überzeugend vorgebrachten Argumenten, so ist der europäi-

sche Parlamentarismus eine Erfolgsgeschichte. Alle, denen die europäische Integration am Herzen liegt, werden diesem Urteil sicher zustimmen wollen. Ob man über die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsländer der Europäischen Union mit dem Europaparlament allerdings ein ähnlich positives Fazit ziehen kann, ist fraglich, zumal die Beteiligung an der Direktwahl zwischen 1979 und 2014 zumindest in Deutschland stetig zurückgegangen ist. 2019 änderte sich dies wieder; es bleibt abzuwarten, ob der positive Trend anhält.

Empfehlungen, wie die politisch Verantwortlichen das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der parlamentarischen Arbeit und damit auch die Identifikation mit dem Parlament als "Herzkammer der Demokratie" in Gegenwart und Zukunft stärken können, lassen sich den vorgestellten Publikationen entnehmen.

Sie verweisen auf die Bedeutung der medialen Vermittlung der parlamentarischen Arbeit und auf eine gelungene Kommunikation zwischen Öffentlichkeit und Parlamenten. Durch die kulturgeschichtliche Erweiterung der Perspektive zeigt sich – und das ist das überraschende Ergebnis dieser Zusammenschau –, dass der Erfolg des Parlamentarismus nicht nur von vermeintlich *rationalen* Verfahrensweisen und Arbeitsergebnissen abhängt, sondern auch von Inszenierungen und Symbolik. Beiden Publikationen ist zu wünschen, dass sie eine große Leserschaft finden.

#### **AUSBLICK**

#### **PUBLIKATIONEN**

Am 31. August 2022 ist das Handbuch zur Geschichte der CDU, das von der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft veröffentlicht wurde, erschienen. Der Band dient als Diskussionsbeitrag zum gegenwärtigen Erneuerungsprozess der Partei und bietet einen Überblick über die Geschichte der CDU. Er gibt einen Einblick in ihre programmatische Entwicklung, ihre Organisationsstrukturen, die Geschichte ihrer Landesverbände und ausgewählte Politikfelder. Umfangreiche Literaturangaben, eine Auswahlbibliographie und Quellenhinweise enthalten Ansatzpunkte für eine vertiefte Auseinandersetzung und künftige Forschungen.

Die ökologischen Entwicklungen und Folgen des Klimawandels werden die Klimaaußenpolitik in den kommenden Jahren herausfordern. Auch innerhalb des systemischen Wettbewerbs der Großmächte wird die internationale Klimapolitik zum Gegenstand außen- und sicherheitspolitischer Auseinandersetzungen. Das am 16. September 2022 veröffentlichte Papier Robuste Klimaaußenpolitik im Zeitalter der Systemkonkurrenz erklärt, in welchen Bereichen und wie die Europäische Union und Deutschland ihre Potenziale besser nutzen können.

Nachhaltige Lebensmittel werden oftmals mit regionalen Produkten gleichgesetzt. Dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass Lebensmittel, die außerhalb Deutschlands oder der Europäischen Union produziert werden, weniger nachhaltig sind. Viele Lebensmittelimporte nach Deutschland wären sogar nachhaltiger, wenn sie aus dem nicht europäischen Ausland erfolgten, so die am 5. Oktober 2022 publizierte Analyse Nur lokal wird nicht ausreichen.

Neben der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas besteht auch eine Abhängigkeit von chinesischen Industriemetallen, die für den Ausbau erneuerbarer Energien notwendig sind. Die am 6. Oktober 2022 veröffentlichte Analyse Energiewende und Protektionismus. Wie gehen wir pragmatisch mit China um? zeigt, welchen Rohstoffbedarf dieser Ausbau nach sich zieht, welche Abhängigkeiten von China daraus entstehen und welche Lösungsmöglichkeiten es gibt.

#### **PERSONALIA**

Paruvana Fiona Volkmann ist seit September 2022 Referentin im Vorstandsbüro. Lucas Lamberty leitet seit Dezember 2022 das Länderprojekt Irak.

Lukas Laible wird im Januar 2023 die Stelle des Junior-Auslandsmitarbeiters im Länderprojekt Nigeria übernehmen. Johannes Hügel leitet ab Januar 2023 das Länderprojekt Ecuador.

#### Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2023 zum Thema

### Kinder

#### Was sie brauchen

Mit Beiträgen unter anderen von Silvia Breher, Musa Deli, Helen Knauf, Heinz-Peter Meidinger und Sabine Walper.

#### **IMPRESSUM**

Nr. 577, November/Dezember 2022, 67. Jahrgang, ISSN 0032-3446

#### DIE POLITISCHE MEINUNG



#### Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Norbert Lammert und Bernhard Vogel

#### Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

#### Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur) Ralf Thomas Baus (Redakteur) Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

#### Geschäftsführung

Konstantin Otto Jenny Kahlert (Assistenz)

#### **Anschrift**

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92 ralf.baus@kas.de cornelia.wurm@kas.de www.politische-meinung.de

#### Redaktionsbeirat

Stefan Friedrich, Ulrike Hospes, Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

#### Verlag und Anzeigenverwaltung

Fromm + Rasch GmbH & Co. KG Postfach 19 48, 49009 Osnabrück Telefonnummer: (05 41) 310-333 kas@frommrasch.de

#### Herstellung

Fromm + Rasch GmbH & Co. KG Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

#### Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH, Berlin www.stanhema.com

#### Foto Cover und vierte Umschlagseite

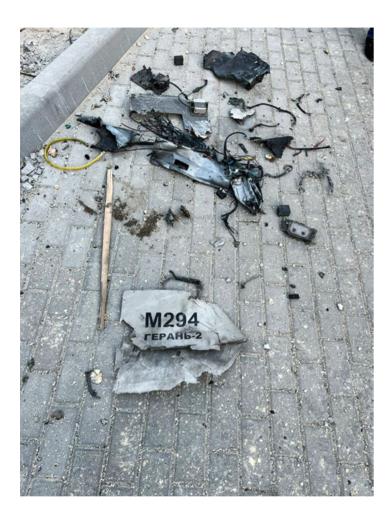
© Danila Tkachenko, Lost Horizon (2016), mit freundlicher Genehmigung von Danila Tkachenko und Spasibo Studio

#### Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





#### **HIDSCHAB AB!**

In Iran fallen die Schleier: Kürzlich räumte das dortige Regime erstmals ein, dass es Russland Kamikazedrohnen geliefert hat. Sie sind Teil des gnadenlosen Bombardements, mit dem die russischen Invasoren die Zivilbevölkerung in der Ukraine terrorisieren.

Gegen alle Verbote entschleiern sich iranische Mädchen und Frauen und begehren damit nicht allein gegen den obligatorischen Hidschab auf. "Frau, Leben, Freiheit" lautet die Parole einer Protestbewegung, die das ganze Land und seine Bevölkerung erfasst. Trotz massiver Repression durch das Regime hält der Widerstand seit Wochen an.



Gibt es Aussicht, "zwei langjährige weltpolitische Plagen gleichzeitig verenden zu sehen: Putins Russland und das Iran der Mullahs", wie der Islamwissenschaftler Stefan Weidner hofft? Kann deutsche Außenpolitik – zumal, wenn sie sich mit dem Beiwort "feministisch" versieht – den Freiheitskampf der Ukrainer unterstützen, aber die Frauen in Iran hinhalten und vertrösten?

Grundsätzliche Neuausrichtungen stehen nicht allein mit Bezug auf das Verhältnis zu Russland bevor.

Fotos: © Twitter

